

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die
systematisch manipulierten
Schuldgefühle
der
Deutschen**

Sonderheft Nr. 30



Die systematisch manipulierten Schuldgefühle der Deutschen

Sonderheft Nr. 30

Der ideologische Schuldkult

Inhaltsverzeichnis	Seite
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die systematisch manipulierten Schuldgefühle und die einseitige Erinnerungskultur der Deutschen	2-93
Schlußbemerkungen	93-96
Hinweise für den Leser	97-98
Quellen- und Literaturnachweis	

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die systematisch manipulierten Schuldgefühle und die einseitige Erinnerungskultur der Deutschen

Es ist undenkbar, daß die Mehrheit aller Deutschen verdammt werden soll mit der Begründung, daß sie Verbrechen gegen den Frieden begangen hätten. Das würde der Billigung des Begriffes der Kollektivschuld gleichkommen, und daraus würde logischerweise Massenbestrafung folgen, für die es keinen Präzedenzfall im Völkerrecht und keine Rechtfertigung in den Beziehungen zwischen den Menschen gibt.

Aus dem Urteil der Alliierten in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen gegen die IG Farben

Im Juni 1967 schlug Israel im Sechstagekrieg seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzte im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die politische Entwicklung Israels (x192/458): >>...Die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden zu einer Konstante der Nachkriegszeit.

Mit Waffenhilfe und finanzieller Unterstützung der USA entwickelte sich Israel zu einer wirksam verteidigten Insel des Wohlstands in einem Meer weniger entwickelter und schlecht bewaffneter arabischer Staaten.

Die Situation spitzte sich zu, als Ägypten und Syrien in den sechziger Jahren von der Sowjetunion Waffen- und technische Hilfslieferungen erhielten.

1967 fühlte sich die arabische Welt schließlich stark genug, Israel militärisch herauszufordern. Die Folge war der Sechstagekrieg, der für die Angreifer zum Desaster wurde. Israel schlug seine Gegner vernichtend und eroberte die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, die syrischen Golanhöhen und das Westjordanland, das vorher Teil Jordaniens gewesen war.

Ein weiterer Angriffsversuch sechs Jahre danach – der Jom-Kippur-Krieg – endete in einer ähnlichen Katastrophe für die Araber. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem

Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Sechstagekrieg" im Juni 1967 (x169/23-33): >>...

Mit dem arabisch-israelischen Junikrieg von 1967 wurde alles anders. Praktisch allen Berichten zufolge wurde DER HOLOCAUST erst nach diesem Konflikt zu einem festen Bestandteil des jüdischen Lebens in Amerika. Als gängige Erklärung für diesen Wandel gilt, daß Israels extreme Isolation und Verwundbarkeit während des Junikriegs die Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis wachrief.

In Wahrheit wird diese Analyse weder den Gegebenheiten der Machtbalance im Mittleren Osten zu jener Zeit noch der Art der sich entwickelnden Beziehung zwischen den jüdischen Eliten Amerikas und dem Staat Israel gerecht.

So, wie die amerikanischen Mainstream-Organisationen der Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis in den Jahren nach dem Krieg herunterspielten, blieb auch ihre Haltung gegenüber Israel mit der Politik der USA im Gleichschritt. Seit den frühesten Anfängen hegten die jüdischen Eliten Amerikas grundlegende Bedenken gegen einen jüdischen Staat.

An erster Stelle stand ihre Angst, er würde dem Vorwurf einer "doppelten Loyalität" Glaubwürdigkeit verleihen. Schon vor der Gründung des Staates Israel brachten Führer der amerikanischen Juden die Besorgnis zum Ausdruck, seine weitgehend osteuropäische, linksgerichtete Führungsriege würde sich dem Lager der Sowjets anschließen.

Auch wenn sie am Ende die von den Zionisten angeführte Kampagne für die Staatsgründung zu ihrer eigenen Sache machten, achteten die Organisationen der amerikanischen Juden genau auf die Signale aus Washington und paßten sich ihnen an.

Tatsächlich unterstützte das AJC die Gründung Israels vor allem aus der Angst heraus, es könne für die Juden zu einem innenpolitischen Rückschlag führen, wenn die in Europa verschleppten Juden nicht rasch angesiedelt würden. Obwohl Israel sich bald nach der Staatsgründung dem Westen anschloß, behielten viele Israelis eine starke Zuneigung zur Sowjetunion; die Führer der amerikanischen Juden hielten Israel, wie vorauszusehen gewesen war, auf Abstand.

Von seiner Gründung im Jahre 1948 bis zum Junikrieg von 1967 spielte Israel in der strategischen Planung Amerikas keine entscheidende Rolle. Als die Führung der Juden Palästinas die Ausrufung des Staates Israel vorbereitete, war Präsident Truman unschlüssig und wog innenpolitische Gesichtspunkte (die jüdischen Wählerstimmen) gegen die Warnungen des Außenministeriums ab (die Unterstützung eines jüdischen Staates würde die arabische Welt auf Distanz gehen lassen). Um die Interessen der USA im Mittleren Osten zu wahren, balancierte die Regierung Eisenhower die Unterstützung für Israel und die arabischen Länder aus, wobei sie jedoch die Araber begünstigte.

Immer wieder aufbrechende Konflikte der Israelis mit den USA über politische Fragen gipfelten in der Suezkrise von 1956, als Israel mit Großbritannien und Frankreich gemeinsame Sache machte, um Gamal Abd el Nasser, den nationalistischen Führer Ägyptens, anzugreifen. Obwohl Israels schneller Sieg und die Annexion der Sinai-Halbinsel die allgemeine Aufmerksamkeit auf sein strategisches Potential lenkten, wurde es von den USA weiterhin nur als einer von mehreren regionalen Interessenschwerpunkten geführt.

Dementsprechend erzwang Präsident Eisenhower den bedingungslosen Abzug Israels von der Sinai-Halbinsel. Während der Krise unterstützten die Führer der amerikanischen Juden für kurze Zeit die Anstrengungen Israels, den Amerikanern Zugeständnisse abzurufen, doch zuletzt, so erinnert sich Arthur Hertzberg, "zogen sie es vor, Israel zu empfehlen, lieber (auf Eisenhower) zu hören, anstatt sich den Wünschen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu widersetzen".

Außer als Objekt gelegentlicher Nächstenliebe verschwand Israel bald nach der Gründung des Staates aus dem Blickfeld des jüdischen Lebens in Amerika. Für die amerikanischen Juden war Israel in der Tat nicht von Bedeutung. In seiner Untersuchung von 1957 berichtete Nathan

Glazer, daß Israel "bemerkenswert wenig Auswirkungen auf das Innenleben der amerikanischen Juden hatte".

Die Zahl der Mitglieder in der *Zionist Organization of America* fiel von mehreren Hunderttausend im Jahre 1948 auf mehrere Zehntausend in den sechziger Jahren. Vor dem Juni 1967 machte sich nur einer von 20 amerikanischen Juden die Mühe, Israel zu besuchen.

Bei Eisenhowers Wiederwahl im Jahre 1956, die stattfand, nachdem er unmittelbar zuvor Israel zu seinem demütigenden Rückzug von der Sinai-Halbinsel gezwungen hatte, wuchs die schon beträchtliche Unterstützung der Juden für den Präsidenten weiter an.

Zu Beginn der sechziger Jahre bezog Israel wegen der Eichmann-Entführung sogar Prügel von einem Teil der Meinungsführer der jüdischen Elite, zum Beispiel von Joseph Proskauer, dem früheren Vorsitzenden des AJC, von dem Harvard-Historiker Oskar Handlin und der in jüdischem Besitz befindlichen *Washington Post*. "Die Entführung Eichmanns", meinte Erich Fromm, "ist ein Akt der Gesetzlosigkeit von genau der Art, deren sich auch die Nazis ... schuldig gemacht haben."

Die jüdischen Intellektuellen Amerikas erwiesen sich quer durch das politische Spektrum als besonders gleichgültig gegenüber dem Schicksal Israels. In detaillierten Untersuchungen über die linksliberale jüdische Intellektuellenszene während der sechziger Jahre wird Israel kaum erwähnt.

Unmittelbar vor dem Junikrieg veranstaltete das AJC ein Symposium zur "Jüdischen Identität hier und heute". Lediglich drei der einunddreißig "besten Köpfe der jüdischen Gemeinde" erwähnten Israel überhaupt; zwei von ihnen jedoch nur, um seine Bedeutung abzuwerten. Bezeichnende Ironie: Die einzigen beiden in der Öffentlichkeit stehenden jüdischen Intellektuellen, die vor dem Juni 1967 eine Verbindung zu Israel geknüpft hatten, waren ausgerechnet Hannah Arendt und Noam Chomsky.

... Die USA waren von Israels überwältigender Demonstration der Stärke beeindruckt und gingen dazu über, es sich als strategischen Besitz einzuverleiben. (Schon vor dem Juni-Krieg waren die USA vorsichtig zu Israel umgeschwenkt, als die Regimes von Ägypten und Syrien Mitte der sechziger Jahre einen zunehmend unabhängigeren Kurs einschlugen.) Militärische und wirtschaftliche Hilfe begann zu fließen, als Israel sich in einen Stellvertreter amerikanischer Macht im Mittleren Osten verwandelte.

Für die jüdischen Eliten Amerikas war Israels Unterordnung unter die Macht der USA ein gefundenes Fressen. Der Zionismus war aus der Prämisse entstanden, daß Assimilation ein Hirngespinnst sei, daß Juden immer als potentiell illoyale Fremdlinge angesehen würden. Um diesen Zwiespalt aufzulösen, waren die Zionisten bestrebt, eine Heimat für die Juden zu schaffen.

In der Tat wurde das Problem durch die Gründung Israels zugespitzt, jedenfalls für die Juden in der Diaspora - der Vorwurf der doppelten Loyalität erhielt damit eine institutionalisierte Ausprägung. Paradoxe Weise "erleichterte" die Existenz Israels nach 1967 die Assimilation in den Vereinigten Staaten: Jetzt standen Juden an der Front und verteidigten Amerika - eigentlich die "westliche Kultur" - gegen die rückständigen arabischen Horden.

Während Israel vor 1967 das Schreckgespenst einer doppelten Loyalität verkörperte, suggerierte es jetzt eine Super-Loyalität. Schließlich waren es nicht Amerikaner, sondern Israelis, die kämpften und starben, um die Interessen der USA zu schützen. Und anders als die amerikanischen GIs in Vietnam wurden die israelischen Kämpfer nicht von Emporkömmlingen aus der Dritten Welt gedemütigt.

Dementsprechend entdeckten die jüdischen Eliten Amerikas plötzlich Israel. Nach dem Krieg von 1967 konnte Israels militärischer Elan gefeiert werden, weil seine Gewehre in die richtige Richtung zeigten - auf die Feinde Amerikas. Seine militärische Potenz konnte vielleicht sogar den Eintritt in die inneren Zirkel der amerikanischen Macht erleichtern.

Konnten die jüdischen Eliten zuvor nur ein paar Listen mit jüdischen Umstürzern bieten, so spielten sie jetzt die Rolle der natürlichen Gesprächspartner für Amerikas neuesten strategischen Besitz. Von Nebendarstellern konnten sie plötzlich zu Mitspielern ganz oben auf der Besetzungsliste im Drama des Kalten Krieges avancieren. Israel wurde für die amerikanischen Juden ebenso zum strategischen Besitz wie für die Vereinigten Staaten. ...

Nach dem Juni-Krieg arbeiteten die jüdischen Mainstream-Organisationen Amerikas unablässig daran, die amerikanisch-israelische Allianz zu festigen. Im Fall der ADL schloß das eine weitreichende Überwachungsoperation im Inland mit Verbindungen zum israelischen und südafrikanischen Geheimdienst ein. In der New York Times nahm die Berichterstattung zum Thema Israel nach dem Juni 1967 auffällig zu. ...

Eine beliebte Pose der nach 1967 als Zionisten Wiedergeborenen bestand darin, ihre eigene freimütig geäußerte Unterstützung für ein vermeintlich belagertes Israel gegen die Feigheit der amerikanischen Juden während des Holocaust auszuspielen. In Wahrheit taten sie genau das, was die jüdischen Eliten Amerikas immer getan hatten: Sie marschierten im Gleichschritt mit der Macht in Amerika. ...

... Für die neuen jüdischen "Unterstützer" Israels in Amerika ... (war) ein unabhängiges Israel in Frieden mit seinen Nachbarn wertlos. Nur ein israelisches Sparta, das der amerikanischen Macht verpflichtet war, kam in Frage, denn nur dann konnten die jüdischen Führer in den USA als Sprecher für die imperialistischen Ambitionen Amerikas auftreten.

Wie Noam Chomsky vorgeschlagen hat, sollten diese "Unterstützer Israels" zutreffender als "Unterstützer des moralischen Abstiegs und der endgültigen Zerstörung Israels" bezeichnet werden.

Um ihren strategischen Besitz zu schützen, "erinnerten" die jüdischen Eliten Amerikas sich an DEN HOLOCAUST. Üblicherweise wird berichtet, sie hätten das getan, weil sie zur Zeit des Juni-Kriegs geglaubt hätten, Israel schwebe in tödlicher Gefahr, weshalb sie von Ängsten vor einem zweiten Holocaust ergriffen worden seien. Diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. ...

Israel bewies schnell, daß es 1967 weit weniger verwundbar war als in seinem Kampf um die Unabhängigkeit. Die israelischen und amerikanischen Führer wußten schon vorher, daß Israel in einem Krieg mit den arabischen Staaten leicht die Oberhand behalten würde. Als Israel seine arabischen Nachbarn innerhalb weniger Tage in die Flucht schlug, wurde diese Wahrheit überzeugend offenbar. Novick berichtet: "Anlässlich der Mobilisierung der amerikanischen Juden zugunsten Israels wurde vor dem Krieg erstaunlich wenig auf den Holocaust Bezug genommen."

Erst nach Israels überwältigender Demonstration seiner militärischen Stärke entstand die Holocaust-Industrie und florierte inmitten der größten israelischen Siegesgewißheit. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (52/1968) berichtete am 23. Dezember 1968 über jüdische Vergeltungsaktionen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Rache dein Volk**

Ein seltsam aufgeputzter Militärkonvoi rollte im Mai 1945 durch Oberitalien. An der Spitze flatterten weiß-blaue Fahnen mit dem David-Stern. An den Seiten der Dodge-Lastwagen war zu lesen: "Deutschland kaputt! Kein Volk! Kein Reich! Kein Führer! Die Juden kommen!"

In den folgenden Wochen häuften sich bei den alliierten Kommandanturen in Tirol und Kärnten Vermißten-Anzeigen. Stets hatten britische Soldaten deutsche Nazis zur Vernehmung abgeholt, Sie wurden auf Lastwagen verladen. Die Angehörigen warteten seitdem vergebens auf Nachricht.

Warum, das enthüllt der israelische Journalist und Ben-Gurion-Biograph Michel Bar-Zohar, 30, in einem Buch über jüdische Vergeltungsaktionen nach Kriegsende (Michel Bar-Zohar: "Les Bengueurs"; Librairie Arthème Fayard, Paris; 314 Seiten ...).

Aus dem Archiv der zionistischen Geheimorganisation Haganah berichtet er zum erstenmal

über jüdische Exekutionskommandos, die seinerzeit in Österreich und Süddeutschland NS-Verbrecher jagten. Haganah-Veteranen schilderten ihm Episoden jüdischer Rache, "über die sie bis dahin nicht einmal zu Verwandten und engsten Freunden gesprochen hatten".

Einige leben heute anonym im Kibbuz, andere erklommen hohe Posten in der israelischen Armee, drei - Schlomo Schamir, Meir Sorea, Chaim Laskow - als Generäle. Israel Karmi kommandierte später die Militärpolizei, Oberstleutnant Marcel Tobias wurde Fallschirmheld der Sinai-Kampagne.

Ihre ersten Erfahrungen hatten die jüdischen Freiwilligen, drei Regimenter stark, in der britischen Palästina-Brigade gesammelt - im Kampf gegen Rommel. Nach der Kapitulation sollten die drei Regimenter über Norditalien nach Großdeutschland einrücken.

Am Abend vor dem Abmarsch war feierlicher Flaggenappell. Ein Korporal verlas die zwölf "Gebote des hebräischen Soldaten auf deutschem Boden": "Erinnere dich deiner sechs Millionen ermordeten Brüder ... Betrage dich als ein Jude, der stolz ist auf sein Volk und seine Fahne. Beflecke nicht deine Ehre und mische dich nicht unter die Deutschen ..."

Nach Fraternisieren war den jüdischen Soldaten ohnehin nicht zumute. "Das Blut klopfte uns in den Adern", erinnert sich Romancier Hanoach Bartov. "Wir würden unser Volk rächen, ohne Freude oder Geschmack daran zu finden. Aber wir würden es rächen!"

Doch am folgenden Tag kam ein Gegenbefehl: Das britische Oberkommando fürchtete für die Disziplin der künftigen Besatzungsarmee. Es beorderte die Brigade in ein Camp bei Tarvisio, als Eingreifreserve für einen möglichen Konflikt um das von Tito-Partisanen besetzte Triest.

Es kam zu ersten Ausschreitungen gegen die deutschsprachige Minderheit. Oberst Karmi: "Solche Racheakte ehrten nicht unsere Erziehung als hebräische Kombattanten und verstießen gegen die Tradition der Reinheit der jüdischen Waffen."

Karmi und andere Haganah-Chefs, die innerhalb der Brigade eine eigene Hierarchie bildeten, versuchten, die Selbstjustiz zu regulieren. Aus zuverlässigen Kombattanten stellten sie ein Kommando zusammen. Nur solche Nazis sollten aufgespürt und bestraft werden, die nachweislich Verbrechen gegen das jüdische Volk begangen hatten.

Als britische Soldaten verkleidet, schwärmten die Rächer aus. Vor der Abfahrt lasen sie Broschüren der Jewish Agency über Himmlers Todesfabriken - "damit wir uns anheizten" (so ein anonym Teilnehmer).

"Wir beschäftigten uns hauptsächlich mit höheren SS-Offizieren", gab Schalom Gil'ad zu Protokoll. "Alles, wonach man uns hätte identifizieren können, das Nummernschild oder andere Insignien, waren sorgfältig verdeckt. Klaus, unser blauäugiger Arier, dolmetschte."

Die Namen der Todeskandidaten beschafften sich die Haganah-Chefs durch Verbindungsleute bei den alliierten Geheimdiensten. Um die eigene Haut zu retten, schrieben kleine Amtswalter oder Gestapo-Gehilfen bereitwillig Listen ihrer Vorgesetzten. Die meisten Opfer folgten den vermeintlichen Briten-Soldaten ahnungslos.

"Wenn wir das Dorf oder die Stadt verlassen hatten", so Gil'ad weiter, "gaben wir uns dem Nazi zu erkennen, verlasen die Liste seiner Verbrechen und das Todesurteil." Es wurde auf einem abgelegenen Grundstück vollstreckt.

Bald beunruhigten Leichenfunde die Bevölkerung in Österreich. Die britischen Militärbehörden ermittelten erfolglos. "Einige Offiziere", erklärt Bar-Zohar, "zogen es vor, die Augen zu schließen."

Wie viele SS-Leute auf diese Weise im Laufe des Sommers exekutiert wurden, konnte der Autor nicht genau feststellen. Die Angaben gehen von 50 bis 300, da jeder seiner Gewährsmänner nur den eigenen Anteil der Operation übersah.

Die anderen jüdischen Soldaten bekamen Feindesland erst zu sehen, als die Brigade von Österreich nach Belgien verlegt wurde. Die Journalistin Ursula von Kardorff erspähte den Konvoi der Brigade auf der Autobahn bei Augsburg. "Wir sahen eine Demonstration der gött-

lichen Gerechtigkeit", notierte sie unter dem Datum des 30. Juli 1945 in ihrem später veröffentlichten Tagebuch "Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942 bis 1945".

"Der Anblick eines Deutschen genügte, um unsere Rachegelüste zu wecken", beschrieb Landwirt Sam Halevi seine Gefühle. "Wenn ein Radfahrer an unserem Dodge vorbeifuhr, öffneten sich ruckartig die Wagentüren. Der Mann stürzte unter die Räder und wurde zermalmt." Die Brigade zog ab, die Rache ging weiter. Bis zum Sommer 1946 operierten mehrere Vergeltungskommandos in Europa. Auf ihr Konto gehen laut Bar-Zohar mindestens 1.000 geheime Hinrichtungen. Mit gefälschten Papieren holten sie verdächtige SS-Leute aus alliierten Gefangenenlagern. In Kroatien liquidierten sie Ustascha-Faschisten, in Österreich einen falschen Eichmann. In einem Deportierten-Camp bei Turin spürten sie einen polnischen Arzt auf, der untergetauchten SS-Männern die Blutgruppen-Tätowierung entfernte.

Im April 1946 wollte die Geheimgruppe "Nakam" ("Rache") aus Lublin 36.000 SS-Leute in einem Nürnberger Internierungslager durch die Aktion "Todesbrot" vergiften. Das Unternehmen wurde monatelang mit wissenschaftlicher Akribie vorbereitet, scheiterte aber an den Nachtwächtern einer Großbäckerei. Da sie die Eindringlinge jedoch für Diebe hielten, kamen immerhin etwa 2.000 mit Arsen präparierte Brotlaibe in die Proviantausgabe. Rund 4.300 SS-Leute brachen mit Krämpfen zusammen, zwischen 700 und 800 starben in Krankenhäusern.

Noch abenteuerlichere Haganah-Männer wollten mehrere deutsche Großstädte niederbrennen oder deren Einwohner durch Arsen-Beimischung ins Trinkwasser töten. Die Haganah-Oberen verhinderten derartige Taten, ungehorsame Rächer wurden verhaftet.

Das letzte Kommando-Unternehmen in Deutschland planten die drei Offiziere Oleg Gutman, Emil Brik und Kouba Sheinkmann 1949 in einer Tel Aviver Vorstadtwohnung. Sie wollten in die Spandauer Zitadelle eindringen und die dort einsitzenden NS-Größen niederschließen.

Von den Fenstern des Berliner Filmproduzenten Artur Brauner aus erkundete das Trio wochenlang das Wachsystem im alliierten Kriegsverbrechergefängnis. Doch die israelische Regierung wollte nichts mehr von privaten Vergeltungsaktionen wissen. Sie verbot das Unternehmen und rief die drei Offiziere kraft militärischer Disziplinargewalt in die Heimat zurück.<<

Im Oktober 1973 brachte ein ägyptisch-syrischer Überraschungsangriff ("Jom-Kippur-Krieg") Israel zeitweise in große in Bedrängnis.

Nach wechselvollen Kämpfen und hohen Verlusten konnten israelische Truppen die Angreifer während des Zweifrontenkrieges am Suezkanal (gegen Ägypten) und bei den Golanhöhen (gegen Syrien) letzten Endes zurückdrängen oder einschließen.

Die UdSSR und die USA setzten in der UNO schließlich einen Waffenstillstand durch. Nach Vermittlung des US-Außenministers Kissinger gab Israel 1974 einen Streifen am Suezkanal an Ägypten zurück und Syrien erhielt das Gebiet um Kuneitra auf den Golanhöhen zurück.

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1949-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) schrieb später über die Folgen des arabisch-israelischen Krieges im Oktober 1973 (x067/192):

>>... Vielleicht die wichtigste Folge des Jom-Kippur-Krieges war die Änderung in der amerikanischen Haltung gegenüber der Lage im Nahen Osten.

Die amerikanische Regierung begann sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß ihre Politik der Passivität und des Nichtstuns und des Versuches, den Status quo fortzusetzen, mit einem völligen Mißerfolg geendet hatte und eine Bedrohung darstellte, nicht nur für den Nahen Osten, sondern auch für die Politik der Entspannung, die Nixon und Kissinger zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingeleitet hatten.

Die beiden Supermächte, vor allem die USA, die allein die Mittel haben, Israel zu einer Änderung seiner Politik zu veranlassen, begannen ihre passive Politik durch eine mehr aktive zu ersetzen. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973" (x169/33-35): >>... Die schockierenden Rückschläge Israels zu Beginn und seine bedeutenden Verluste während des arabisch-israelischen Oktober-Krieges von 1973 sowie seine zunehmende internationale Isolation danach verschärften die Befürchtungen der amerikanischen Juden bezüglich Israels Verwundbarkeit. Entsprechend trat nun die Erinnerung an den Holocaust in den Mittelpunkt des Geschehens.

Novick schreibt dazu: "Unter amerikanischen Juden ... bekam die Situation eines verwundbaren Israels allmählich eine erschreckende Ähnlichkeit mit der der europäischen Juden dreißig Jahre zuvor. ... Nicht nur war das der "Take off" des Redens über den Holocaust in Amerika, es wurde auch zunehmend institutionalisiert." - Doch im Krieg von 1948 hatte Israel sich näher am Abgrund befunden und weit mehr Opfer zu beklagen gehabt als 1973.

Klar, abgesehen von seinem Bündnis mit den USA war Israel nach dem Oktober-Krieg von 1973 international nicht mehr gut angesehen. ... Abba Eban erinnert sich traurig seiner glänzenden Vorstellung vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die, "nachdem sie die Rede mit anhaltendem und heftigem Applaus bedacht hatte, in der Folge mit großer Mehrheit gegen uns stimmte".

Bei diesem Konsens spielten die USA eine herausragende Rolle. Nicht nur, daß Eisenhower Israel zum Rückzug zwang, auch die öffentliche Unterstützung für Israel in den USA fiel auf einen "erschreckenden Tiefstand" (so der Historiker Peter Grose). ...

Tatsächlich trat die Holocaust-Industrie nicht deshalb in den Mittelpunkt des Geschehens, weil Israels unerwartete Rückschläge während des Oktober-Krieges von 1973 ... Erinnerungen an die "Endlösung" wachriefen. ... Die historischen Dokumente legen überzeugend nahe, daß die amerikanischen Juden, wenn Israel nach dem Oktober-Krieg wirklich allein dagestanden hätte, sich um keinen Deut mehr an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis erinnert hätten als nach den Kriegen von 1948 oder 1956. ...<<

Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox ... "Das Tagebuch der Anne Frank" auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmals verfilmt werden. ... Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust", die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindlers Liste", ... der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt, inklusive Dokumentationen ... Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Trek", "Akte X", "Eine himmlische Familie" usw. ...

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von

Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterrichtsfach Mathematik auf, zu dem Geschehenen Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<

Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt z.B. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.

Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<

>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprachigen Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.

Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

Während einer Vortragsreihe der "Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" in München wurde im Oktober 1979 folgendes "Deutschlandbild" erstellt (x025/218-219): >>... Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht normalen Situation. Diese Situation ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt.

Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein und Abwehrmechanismen nahezu legen. Einer besteht darin, das Anormale für normal zu halten, ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen. Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten.

Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und durch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet.<<

Die "Augsburger Allgemeine" berichtete am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.

Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt.<<

Der deutsche Publizist Rudolf Augstein berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über die sogenannte "Befreiung der Deutschen": >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**

... Die Befreiung vom Naziterror zu feiern, das kann nur einem Tölpel eingefallen sein. Wir haben uns nicht selbst befreit, und ein beträchtlicher Teil Europas ist überhaupt nicht befreit worden. Ob man nun ein Konzentrationslager künstlich im Kölner Dom wiederaufbaut, oder ob man den Kölner Dom in ein Konzentrationslager verpflanzt: Uns bleibt immer noch der muntere Scherz unseres gewählten Kanzlers Helmut Kohl auf den Lippen, der freimütig bekennt: "Ich stehe zu unserer deutschen Vergangenheit."

Das wird die deutsche Vergangenheit recht beruhigen. Die Frage bleibt nur, ob die deutsche Zukunft zu einem solchen Vergangenheitsbewältiger noch stehen kann. ...<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jah-

restag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntlang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.

40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". ...

Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. ...

Erfahrung der deutschen Bevölkerung

Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht. Sie soll-

ten die Folgen der Niederlage spüren. Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen, vor allem im Osten, aber nicht nur, Demontagen, weitere Vertreibungen ... aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.

Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerrumpelt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück. Die Frauen mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.

Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ostgrenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet und beschönigt Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".

Die mitteldeutsche ... Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten einzusperren. Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.

Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskau-Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.

In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze, wie z.B. das Rückwirkungsverbot, und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.

Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes, in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.

Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:

Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festgezurrt. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an

den Deutschen.

Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-Regime" überlagert und verdrängt. ...

Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung. ...

Das Winseln der Besiegten

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche Besonderheit.

Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

Legendenbildung

... Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionsebenen mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust spricht:

"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".

Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. ... Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah ... Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.

Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen.

Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.

Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kon-

trolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt. Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsieges". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?

Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde - "Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte ...", entbehrt aber der Grundlage.

Sicher dagegen ist: Weizäckers Vater Ernst von Weizsäcker, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet. Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß Ernst von Weizsäcker in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären.

Der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht, bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage bzw. Befreiung waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.

1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizäckers überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. ... Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen. ...

Ostgrenze

Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um ... den Verlust der Reichseinheit zu verhüten. Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.

Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zugunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".

Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zuge-

ständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben gewesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut unachgiebig. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockierung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert. Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezahlen: Er gehört mit zu den frühesten Befürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deutscher Politiker von Rang. ...

Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden

... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Befreiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. ...

Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewalt-samer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbstentmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. Übrigens auch nicht in der Innenpolitik. Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.

Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulteranschluß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.

Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.

Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder

Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fort-dauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert.

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung bzw. Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergab die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...

Traditionen?

... Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen. Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind. ...

Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten. ...

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.

Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre. Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<

Herbert Czaja schrieb im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12):
>>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.

... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...

... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<

Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>... (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Juni 1986 über eine Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte: >>**Die Vergangenheit, die nicht vergehen will**

... Wahrheiten willentlich auszuspähen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist. ...<<

In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es sich hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 handeln würde (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärte im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>... Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<

Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärte am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>... Die Frage, (ob die Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 4. August 1989 über das neue Buch des deutschen Journalisten und Publizisten Johannes Gross "Phönix in Asche": >>**Mutig nur in der Freizeit**

An Johannes Gross mögen sich die Geister scheiden. Die einen finden seine Intellektualität arrogant, gräßlich und unerträglich; die anderen lieben ihn wegen seiner Könnerschaft. Er ist ein glänzender Formulierer, ein überaus gebildeter Mann, wie es sie in der Publizistik nur selten gibt, ein großer Spötter vor dem Herrn und ein Meister der belebenden Polemik. So schnell verschlägt ihm nichts die Sprache.

Kein Zweifel, er ist ein Konservativer. Dies zeigt nicht zuletzt sein jüngstes Buch "Phönix in Asche", das er uns pünktlich zum vierzigsten Jahrestag der Republikgründung beschert hat und in dem er versucht, in einer Reihe von kurzen Skizzen "die seelische Realität der Republik einzufangen". Dabei steht für ihn eines außer Frage, wenn er "die Miserabilität ihrer öffentlichen Darstellung" beklagt: Unserem Land fehlt etwas, das er selber in so reichlichem Maße besitzt: Stil.

Dafür kranken wir Deutschen, findet Johannes Gross, an etwas anderem in um so höherem Maße: an Kleinmut und Wehleidigkeit.

"Ein junger Deutscher wird daran gewöhnt, ja er wird dazu erzogen, daß Wagemut, Abenteuerlust, Unternehmungsgeist nur als Schlagwörter für die Freizeitgestaltung ihr Recht haben, aber keinen Platz in der Wirtschaft oder im beruflichen Leben. Wenn irgendwo eine zündende Idee aufträte, kämen die Kleinkrämer von allen Ecken herbeigeeilt, sie zu löschen; sie stört ja nur."

Wer so schreibt und denkt, hat naturgemäß Gegner zuhauf. Alle jene, die sich mit dem Zeitgeist verbunden haben, werden sich an der Behauptung stören, die Bundesrepublik Deutschland gleiche einem Phönix, der es nicht schafft, sich aus der Asche zu erheben, und es – wie Johannes Gross es seinen Lesern unter die Nase reibt – auch gar nicht schaffen will.

"In vierzig Jahren wachsenden Wohlstandes hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute wie von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern. Durch stillschweigendes Handeln drückt das politische Phänomen Bundesrepublik einen Minderwertigkeitskomplex aus, mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben." ...<<

Der deutsche Moralthologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Dezember 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese

Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:

"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."

Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldankennntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todes-schußgrenzen weiter empfohlen wird.

Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldflüge Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.

Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."

Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. ... Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.

Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten. Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatrio-

tismus " in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellem's: Das Jahrhundert der Lüge. Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).

Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus " soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.

In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.

"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebensfähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellem's). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 11/1990 berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fallen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt. ...

Moskau entthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.

Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.

Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.

Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.

Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahr-

lich ein Faß ohne Boden. ...

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. ...

Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".

Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Mitteldeutschen sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727,2 Milliarden Mark. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1991: >>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1992: >>**Neue Berechnung bestätigt Zahl der ermordeten Juden**

Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.

Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden.

Eine entsprechende Inschrift im Vernichtungslager war, wie berichtet, jüngst geändert worden. Die korrigierten Zahlen für Auschwitz seien dem Institut schon seit vielen Jahren bekannt und seitdem schon immer in die Berechnungen der Gesamtopferzahlen eingeflossen, sagte ein Wissenschaftler.<<

Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtete am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>... Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-

Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkort überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das ... Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der amerikanischen Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt.

Man stelle sich das Klagegeschrei in den USA gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<

Der deutsche Historiker und Publizist Michael Wolffsohn, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland, schrieb am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>Deutsche und Juden sind aneinandergelockt ...

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht. ...

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1995) berichtete am 13. März 1995 über das umstrittene Buch "Auge um Auge" von John Sack: >>Zu heiß zum Anfassen?

"Bis vor kurzem", behauptet der amerikanische Autor John Sack, "war es mir beinahe egal, ob mein Buch 'Auge um Auge' auch in einer deutschen Ausgabe erscheinen würde oder nicht." Inzwischen ist er anderer Meinung: "Alle möglichen Gerüchte laufen umher, und um der Juden willen, um der Deutschen willen und um der Wahrheit willen muß dieses Buch nun unbedingt veröffentlicht werden."

In nächster Zeit kann Sack, 64, jedoch nicht damit rechnen. Der Münchner Piper-Verlag hat die Auslieferung von "Auge um Auge" im Februar gestoppt, 6.000 bereits gedruckte Exemplare werden eingestampft. In einer Pressemitteilung begründete dies Viktor Niemann, der neue Leiter des unlängst an die schwedische Bonnier-Gruppe verkauften Verlagshauses: "Offensichtlich ist es so, daß dieses Buch zu dem Mißverständnis Anlaß geben könnte, als ließe sich der Holocaust mit anderen Verbrechen aus dieser Zeit vergleichen oder gar aufrechnen."

Der historische Hintergrund von Sacks "Skandalbuch" ("Die Woche") ist die gewaltsame Vertreibung von fast zwölf Millionen Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa im Gefolge des Einmarschs der Roten Armee 1945. Über die Opfer dieser Zwangsumsiedlung wird wenig geredet - vor allem in der Furcht, unbelehrbare Rechte könnten sie zur Relativierung der Nazi-Verbrechen mißbrauchen.

Zwar legten die Alliierten im Sommer 1945 in Artikel XIII des Potsdamer Abkommens fest, daß die gigantische Aktion "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" stattfinden sollte. Angesichts der Verheerungen eines von Hitler aufgenötigten Kriegs und der brutalen deutschen Germanisierungspolitik im Osten konnte davon jedoch meist keine Rede sein. Der Aufruf des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg "Die Deutschen sind keine Menschen ... Töte den Deutschen" hat dabei traurige Berühmtheit erlangt.

Auch in Polen und den polnisch besetzten ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden bereits im Frühjahr 1945 Hunderttausende Deutsche in Lagern und Gefängnissen eingeschlossen, verhört und mißhandelt. Die Nazi-Schergen, die so zur Verantwortung gezogen werden sollten, traf diese Grausamkeit nur selten.

Von den 60.000 bis 80.000 Menschen, die nach der Schätzung des Koblenzer Bundesarchivs zwischen 1945 und 1948 in den bis zu 1.255 Lagern des kommunistischen polnischen Sicherheitsdiensts umkamen oder ermordet wurden, waren die meisten unschuldige Zivilisten, darunter viele Greise und Kleinkinder. Diese Fakten werden auch von John Sack erwähnt, aber "Auge um Auge" ist keine umfassende Darstellung der Vertreibungsgreuel. Sack, der kein Historiker, sondern Reporter ist, behandelt nur einen regional und zeitlich begrenzten Ausschnitt: Oberschlesien 1945. In Form eines naiv erzählten Doku-Dramas, das die Einbettung in den größeren historischen Kontext vermissen läßt, schildert er die persönliche Geschichte einer jüdischen Überlebenden von Auschwitz: Lola Potok.

Lola ist 24 Jahre alt, als sie dem Vernichtungslager entkommt, in dem zehn Angehörige ihrer Familie, darunter ihr einjähriges Kind, umgebracht worden sind. Durch diese Erlebnisse traumatisiert, sucht Lola Vergeltung. Als Kommandantin eines vom polnischen Sicherheitsdienst eingerichteten Gefängnisses in Gleiwitz übt sie für einige Monate leidenschaftliche Rache, bis sie in einer moralischen Krise, so Sack, "die Falschheit ihres Tuns erkennt und zu Gott und zur Thora zurückkehrt". Bevor sie im November 1945 aus Polen flieht, bemüht sie sich nach Kräften, den internierten Deutschen zu helfen.

John Sack hat diese Geschichte im Jahre 1986 von Lola, die seit langem in den USA lebt, selbst gehört. Und ihr Bericht veranlaßte ihn zu einer siebenjährigen Recherche. Dabei mußte er feststellen, daß es Racheakte von einzelnen Überlebenden des Holocaust nicht nur in Gleiwitz gegeben hatte. So berichtet er in seinem Buch auch über das mörderische Wirken von Schlomo Morel, dem jüdischen Kommandanten des berüchtigten Lagers Schwientochlowitz bei Kattowitz. Dort fanden zwischen Februar und Oktober 1945 mindestens 2.500 Deutsche unter entsetzlichen Bedingungen den Tod. Die "Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die polnische Nation" hat Morel 1991 zum erstenmal vorgeladen. Der weiteren Untersuchung entzog er sich 1993 durch Flucht.

Laut der von Sack zitierten Schätzung des Sekretärs des Sicherheitsdienstes für Schlesien, Pinek Maka, sind in Oberschlesien, aber nur dort, zeitweilig fast 75 Prozent (rund 160) der höheren Offiziere des kommunistischen staatlichen Sicherheitsdiensts, der die Internierungs-

lager führte, Juden gewesen. Sack nimmt an, daß die sowjetisch gesteuerte Organisation absichtlich Überlebende des Holocaust auf hohe Posten setzte. Juden waren sowohl Pinek Maka als auch der Direktor der für die schlesischen Gefängnisse und Lager zuständigen Abteilung, Chaim Studniberg. Sie sind neben Lola Potok und Schlomo Morel die Hauptfiguren des Buches. Bis Herbst 1945 hatten die meisten Juden den polnischen Sicherheitsdienst aber bereits verlassen.

Der von dem polnischen Intellektuellen Adam Michnik geäußerten Überzeugung, die jüdischen Kommunisten des Jahres 1945 hätten eher als Kommunisten denn als Juden empfunden und gehandelt, folgt Sack aber nicht. Vielmehr zieht er sogar die Greuelthaten in einem als "Hölle von Lamsdorf" bekannt gewordenen Lager, das unter der Leitung eines nichtjüdischen Kommunisten stand, zur Illustrierung von Chaim Studnibergs "jüdischer Rache" heran. Denn Studniberg habe von den Vorgängen in Lamsdorf gewußt und das Lager mehrfach inspiziert.

"Als ich Lolas Geschichte entdeckte", erzählt Sack, "habe ich meinen Rabbi gefragt, was neben meiner Verpflichtung als Reporter meine Verpflichtung als Jude sei." Dessen Antwort: "Du mußt das schreiben, oder du machst dich schuldig."

Sack gehört zu den Veteranen des amerikanischen Journalismus. Der Autor von acht Büchern, darunter das Vietnam-Buch "M", das zum Unterrichtsstoff an amerikanischen Colleges gehört, ist seit über 45 Jahren Reporter. Unter anderem arbeitete er für den "New Yorker", für "Harper's" und "Esquire", ferner als Kommentator und Korrespondent für den Fernsehsender CBS, auch als Kriegsberichterstatter in Korea, in Vietnam und im Irak.

Trotz seiner Reputation als Journalist von "außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" ("The Nation") hatte Sack mit "Auge um Auge" von Anfang an wenig Glück. Mehrere Jahre lang zahlten ihm der Verlag Henry Holt und verschiedene Redaktionen hohe Vorschüsse, finanzierten aufwendige Recherchen und lehnten dann doch alle den Abdruck der Geschichte ab.

Im März 1993 aber druckte schließlich die New Yorker Zeitschrift "Village Voice" den Teil des Buches über Schlomo Morel. "Die Geschichte", schrieb der "New York Observer", sei "einfach zu heiß zum Anfassen". Ein halbes Jahr später wurde Sacks Buch vom angesehenen New Yorker Verlag "Basic Books" unter dem unpassenden Titel "An Eye for an Eye" veröffentlicht. Mit einem lüsternen Untertitel wurde gar der falsche Eindruck einer systematischen jüdischen Racheaktion suggeriert.

Obgleich die in den USA renommierte Fernsehsendung "60 Minutes" im November 1993 Sacks Recherchen über Schlomo Morel in einer großangelegten Dokumentation bestätigte, wurde "Auge um Auge" bis auf wenige Ausnahmen in der amerikanischen Presse meist angegriffen oder ignoriert.

Zwar hieß es in der allerersten Besprechung, die in dem kleinen Periodikum PS - The Intelligent Guide to Jewish Affairs aus der Feder des bekannten jüdischen Publizisten Adam Simms erschien: "Von 'Auge um Auge' haben wir nichts zu befürchten, sondern viel zu lernen." Doch ein Großteil der Kritik wurde vom Verriß eines Assistenz-Professors in Harvard, Daniel Goldhagen, diktiert, der im "New Republic" Sacks Buch eine "reine Erfindung" nannte. Die Zeitschrift Progressive vermutete, Sacks Beschreibung der Ereignisse in Polen wirke unglaubwürdig, weil das amerikanische Bewußtsein über den Holocaust inzwischen von Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" bestimmt sei. In der Schlußszene wird angedeutet, alle Überlebenden seien direkt nach Israel ausgewandert.

Daß die Veröffentlichung von "Auge um Auge" in Deutschland so plötzlich gekippt wurde, haben die großen amerikanischen Tageszeitungen dennoch mit einigem Erstaunen registriert. "Eine einzige Besprechung" - gemeint war der "Antisemitische Rohkost" überschriebene Artikel Eike Geisels in der Frankfurter Rundschau - "reichte anscheinend aus, um den Piper-Verlag zu überzeugen, daß der Ankauf von 'Auge um Auge' ein Fehler war", wunderte sich die

"Washington Post" über die Rücknahme des Buches. Die New York Times zitierte Ralph Giordano ("Das ist der größte Dreck") mit dem Hinweis, daß er das Buch nicht gelesen habe. In der deutschen Presse wurde Pipers Entscheidung begrüßt. Auch "die Zeit", die im Sommer 1993 noch den Nachdruck von Sacks Artikel aus der "Village Voice" erwogen hatte und deren Redakteur Thomas Kleine-Brockhoff an Sacks Recherche beteiligt war, befand jetzt, die neue Leitung bei Piper habe "richtig entschieden".

Daß die Zeit ausgerechnet unter der haltlosen Überschrift "SS-Juden" dem Autor Sack Sensationslust vorwarf und ihm ein hauseigenes Dossier über Schlomo Morel als musterhaftes Gegenbeispiel vorhielt, ist freilich ein Indiz für die Verkrampftheit und sogar Unehrlichkeit der gutgemeinten Argumentation: Die Autorin des Dossiers selbst, die Polen-Korrespondentin Helga Hirsch, hatte für die Veröffentlichung von Sacks Buch plädiert.

Ähnlich argumentierte der Polen-Experte Klaus Bachmann in der "taz". In der Mitte seines durchaus fundierten Artikels beschied er den Leser, Pipers Rückzug sei "richtig", zum Ende stellte er ihn in Frage: "Vielleicht hätte das schlechte Buch von John Sack ja das Entstehen einiger guter Bücher über die unmittelbare Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen provoziert."

Was der Piper-Verlag mit dem Verzicht auf das Buch verhindern wollte, ist nun - wenn auch unter Ausschluß der Leserschaft - erst recht passiert: In deutschen Feuilletons ist auf der Basis der amerikanischen Ausgabe eine Debatte eröffnet worden, die in die falsche Richtung geht.

Denn ein Großteil der Kritik sucht Sacks Buch ausgerechnet dort aus den Angeln zu heben, wo es nichts zu bezweifeln gibt: bei seinem Wahrheitsgehalt. So unübersichtlich die Anmerkungen und Quellenbelege in "Auge um Auge" auch sind, sie sind vorhanden und haben noch jeder Überprüfung standgehalten.

Sacks Quellen sind nicht nur, wie die Zeit meinte, eine "bloße Summierung von oral history". Vielmehr hat der Autor deutsche wie polnische Akten zur Verifizierung der von ihm eingeholten 150 Zeugenaussagen, darunter 48 am Geschehen direkt beteiligte Zeitgenossen, herangezogen. Besonders gewichtig sind dabei die Verwaltungs-, Prozeß- und Lagerakten aus Gleiwitz, Kattowitz und Schwientochlowitz, die erst nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Polen zugänglich wurden. Als Anfang der fünfziger Jahre fast 30.000 Vertreibungsberichte für eine "Ost-Dokumentation" des Bundesarchivs ausgewählt wurden, hatte man noch davon ausgehen müssen, daß die Vorfälle "aktenmäßig oder aus sonstiger Quelle nicht oder nur unvollkommen zu belegen sind".

Angreifbar an Sacks Darstellung sind nicht die Fakten, sondern Form und Stil. Sack ist ein Vertreter des sogenannten "new journalism", der im Bemühen um Authentizität hautnah aus der Sicht der Betroffenen schreibt und so Geschichte in persönlichen Geschichten faßbar zu machen sucht.

In den USA sind solche "Doku-Dramen" beliebt, auch ein Großteil der amerikanischen Holocaust-Literatur gehört zu diesem Genre. Man werde den Opfern nicht gerecht, wenn man das Grauen nicht direkt spürbar mache, heißt die Devise, die auch im deutschen Historikerstreit zur Forderung wider die kalte Historisierung des Nationalsozialismus wurde. Sack mag daher nicht verstehen, warum die eindringlichen Gewaltszenen in "Auge um Auge" ihm sogar in den USA den Vorwurf des "sadistischen Sensationsjournalismus" ("The Nation") eingetragen haben.

"Auge um Auge" zeigt überdeutlich die Tücken der dramatischen Einfühlung: So sind die Dialoge nicht erfunden, wie die Kritik mutmaßte. Vielmehr geben sie - mit drei Ausnahmen - direkte Aktenzitate oder die auf über 300 Stunden Tonband festgehaltene wörtliche Rede der von Sack befragten Zeitzeugen wieder. Das Problem: Selbst dem gutwilligen Leser erscheinen sie dennoch wie konstruiert.

Sacks Geschichte ist keine Kolportage, aber sie wirkt so. Und dieser fatale Eindruck wird

durch die katastrophale Unübersichtlichkeit des Anmerkungssteils noch verstärkt. Hier hätte das Piper-Lektorat zur Glaubwürdigkeit des Buches beitragen können. So aber verliert sich die Richtigstellung der von Lola stammenden verfehlten Analogien etwa von Auschwitz und den polnischen Internierungslagern im Unterholz. "Die Wahrheit", so Sack, "ist freilich, daß sie nur glaubte, wie die Nazis zu werden, dem aber keineswegs so war."

Für ein europäisches Lesepublikum ist "Auge um Auge" aber noch in einer weiteren Hinsicht schwer erträglich: Sacks Sprache ist unsensibel, voller Klischees und bedient sich frivoler Vergleiche. Seine Personenbeschreibungen führen gelegentlich nach Hollywood: von Humphrey Bogart bis zum Colonel (Oberst) aus "Die Brücke am Kwai", der im Auschwitz-Kapitel auftaucht.

Ebenso nachdenklich macht aber die Aufnahme, die "Auge um Auge" in der deutschen Kritik erfahren hat. Warum wird die Tatsache, daß einzelne Überlebende des Holocaust Vergeltung üben, mit solcher Bestürzung aufgenommen? Schließlich ist das Bedürfnis nach Sühne und Rache für erlittenes Unrecht ein sehr menschliches Phänomen. Und wer sonst hätte je Grund zur Vergeltung gehabt, wenn nicht die jüdischen Überlebenden des Holocaust?

Bei der Rache an den Deutschen, schrieb Walter Dirks schon 1947 in den Frankfurter Heften, handle es sich um "schreckliche Folgen schrecklicher Taten". Anscheinend gerät hier aber die heimliche Vorstellung jener ins Wanken, die sich die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Massenmords, aber auch die Überlebenden, als willenslose, passive Geschöpfe vorstellen wollen.

Auf jeden Fall war es ein waghalsiger Schritt des Piper-Verlags, Sacks Buch den Untertitel "Opfer des Holocaust als Täter" zu geben. Schließlich gehört zur deutschen Verarbeitungskultur die ebenso unmenschliche wie mystifizierende Forderung, alle Juden müßten makellose Heilige sein. Dies freilich ist nur die zynische Logik eines umgedrehten Antisemitismus: so als könne es die deutsche Schuld an Auschwitz in irgendeiner Weise relativieren, wenn auch nur ein Jude die ausschließliche Opferrolle verläßt.

Aber auch die irreführende Anständigkeit jener, die Sacks Buch als revisionistische Gefahr verdammten, enthüllt eine fatale Verwandtschaft. Ewiggestrige wie eilfertige Warner scheinen beide anzunehmen, daß eine Relativierung des Holocaust überhaupt möglich sei.

Sacks Buch ist mißglückt. Gefährlich ist es aber sicher nicht. Nach dem überstürzten Rückzug des Piper-Verlags liegt die Gefahr nun vielmehr darin, daß sich rechte Hetzer des Themas bemächtigen. Der einzige Ausweg aus diesem Verwirrspiel mit guten Absichten wird sein, daß "Auge um Auge" vernünftig lektoriert und dann doch publiziert wird.

Bis der Piper-Verlag am 30. April die deutschen Rechte am Buch zurückgeben muß, sieht sich Sacks Agent schon einmal nach einem anderen Verlag um. Das prompte Angebot des neokonservativen Hauses Ullstein Langen Müller hat der Autor aber abgelehnt.

"Nachdem bereits die linksliberale Presse behauptet hat, daß meine Botschaft 'Juden gleich Nazis' sei", fürchtet der endlich etwas ernüchterte Sack, "würden das die Rechten wohl erst recht tun, und dann könnten die Deutschen niemals erfahren, wovon mein Buch wirklich handelt." In Polen und Italien soll "Auge um Auge" demnächst erscheinen. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x853/...): >>Selektives Gedenken

... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind? Wer errichtet jenen wohl

hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen.

Wäre das nicht ein Gedenken wert von seiten auch einiger Feministinnen, wenn sie ernstgenommen werden wollen? Stünde es nicht der Kirche gut an, statt ungerechter Selbstbezeichnung der damaligen Kirche jener in würdiger Form zu gedenken, die damals ihr Leben gaben, um Frauen zu schützen, darunter waren nicht wenige Priester?

Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion 2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...

Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze - teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen - an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat? Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer - als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten - warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer - es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden - der Konzentrationslager - die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauriger Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs.

Genug. Man wird die festgefahrenen selektiven Bewältigungs-Profis, die Gedächtnis und Denkmale für ihre Zwecke instrumentalisieren, nicht umstimmen. Mir bleibt unvergessen, was uns 1946 Prof. Andres in der Vorlesung in Bonn mit erschütternder Verzweiflung sagte: "Ja, wir sind befreit. Befreit von den letzten Illusionen."

Amerikanische Soldaten - bei denen es übrigens 1945 in Deutschland makabrerweise noch die traditionelle strenge Rassentrennung gab - hatten sein Lebenswerk, ein religionswissenschaftliches Archiv mutwillig auf die Straße geworfen, zertrampelt, verdreckt, angezündet, vernichtet. Damals galt das Verbot der Verbrüderung. Man wollte gar nicht befreien. Morgenthau plante das Gegenteil.

Ja, wir hatten dann Glück im Unglück, als wir bald wieder - von Ost und West - gebraucht wurden. Das größte Glück aber war die fast wunderbarerweise gesundgebliebene Substanz des Volkes, religiös sowohl wie im Ethos, das keine Panik und nihilistische Verzweiflung aufkommen ließ. Insbesondere die damals noch intakten Familien wurden Orte des Sichfindens. Neuanfang und Aufbau sind ebenso wie Durchhalte- und Ertragskraft, Klugheit, Vorsorge und besonnenes Handeln in jener Zeit ein wahres Ruhmeskapitel unseres so fürchterlich geprüften Volkes. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**

... Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Kata-

strophen künftig auszuschließen."

Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."

Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1995: >>SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung

Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen ...

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.

Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich.

...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtete im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation

Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg

... Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts langjähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter White ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt. Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerziehung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und belegt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.

Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegervedikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekennnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...

Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekennnissen der Sudetendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine

gerechte Sache?" ausführt.

Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Kolonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen können. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffentlichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zunehmend schmerzlicher zu spüren bekommen. Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbsthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.

Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezeichnungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irrationale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.

Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:

"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:

"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte."

...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtete im Juni 1995 (x853/...):
>>Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):

"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

Lennart Meri, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident, erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. November 1995: >>**SS-Maid Irma Grese galt als Symbol des Bösen**

Vor 50 Jahren: Britisches Militärgericht verurteilt elf Belsen-Mörder zum Tode.

Mit elf Todesurteilen und 19 Freiheitsstrafen endete vor 50 Jahren in Lüneburg der erste weltweit beachtete Kriegsverbrecherprozeß in Deutschland. ...

Mehr als 50.000 Häftlinge waren in dem Lager (Bergen-Belsen) gestorben. Trotz dieser bestialischen Bilanz wurden 14 Angeklagte freigesprochen. Nach britischem Recht konnte ihnen keine persönliche Schuld nachgewiesen werden.

Von den Briten in die Turnhalle (dort führte der britische Militärgerichtshof den Prozeß durch) befohlen, verfolgte auch deutsches Publikum den Prozeß. Nach 54 Verhandlungstagen verkündete das Gericht unter Vorsitz von Generalmajor Berney-Ficklin am 16. und 17. November 1945 die Urteile.

Elf SS-Angehörige wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen KZ-Kommandant Josef Kramer und die Lagerführerin im Frauenlager, Irma Grese.

Die 22jährige wurde von der internationalen Presse zum Prototyp der rücksichtslosen SS-Maid und zum Symbol des Bösen erklärt. In Brutal-Comics spielt ihr "Typ" bis zur Gegenwart eine Rolle. In einem britischen Gerichtsbericht wurde sie als "aschblond und vollständig arisch" beschrieben. Sie besitze "die grausamsten Augen und den strengsten Mund, den je eine Frau hatte". Bergen-Belsen und "die Grese" wurden zum Inbegriff des Schrecklichen.

Kramer war zuvor Kommandant von Auschwitz-Birkenau. Auch Grese und viele andere Angeklagte kamen von Auschwitz nach Bergen-Belsen. So ging es in Lüneburg fast zwei Jahrzehnte vor dem Auschwitzprozeß von Frankfurt auch um die in Auschwitz verübten Verbrechen. Von Peinigern wie von Gepeinigten erfuhr die Welt erstmals etwas über die Vernichtungsmaschinerie der deutschen Konzentrationslager.

Am 13. Dezember 1945 wurden die Todesurteile am Galgen des Hamelner Zuchthauses vollstreckt. ...

Bergen-Belsen wurde am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit. Doch noch im Befreiungsmonat starben mehr als 18.000 Häftlinge an Entkräftung und Krankheiten. Mehrere Hundert Fälle von Kannibalismus während der Zeit der Gefangenschaft sind überliefert.

Bergen-Belsen ist auch ein Synonym für Mord durch Evakuierung. Je mehr das Deutsche Reich schrumpfte, desto mehr Häftlinge wurden aus anderen Konzentrationslagern in Todeskolonnen in die Lüneburger Heide geschickt. Bergen-Belsen blieb schließlich das letzte Aufanglager für die Insassen nahezu aller deutschen Konzentrationslager.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**

Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.

Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.

"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Er sei nicht mehr ein Jude, der in der Welt umherwandern und fliehen müsse, sagte er. Aber jeder Jude müsse sich selbst so verstehen, als sei er bei den weit zurückliegenden Ereignissen und an den Orten des Grauens dabei gewesen. "Jetzt wandere ich durch die Weite der Zeiten,

ziehe von Generation zu Generation, laufe auf den Pfaden der Erinnerung." ...

Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmans Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süßmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 17. Januar 1996: >>**Renten-**
kasse zahlt für 35.000 Juden

Die lange umstrittenen Abkommen über Renten für etwa 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und USA sollen an diesem Donnerstag im Bundestag ratifiziert werden. ... Zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich der Vorlage zugestimmt, wonach die Kosten von etwa 2,3 Milliarden Mark für die nächsten 10 bis 15 Jahre aus der Rentenkasse bezahlt werden sollen.

... Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Zahlung von Renten an die vorwiegend aus Lettland und Rumänien stammenden deutschstämmigen oder deutschsprachigen Juden bereits 1989 zugesagt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Februar 1996: >>**Kein Ruhmes-**
blatt für Justiz

... Bei den deutschen Staatsanwaltschaften und Gerichten liefen 1995 noch gegen 5.570 Personen Verfahren wegen nationalsozialistischer Straftaten.

Bundesminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) legte am Freitag die erste bundesweite Statistik über die Strafverfolgung von NS-Straftaten seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Die hohe Zahl der laufenden Verfahren beweise, daß die Strafverfolgungsbehörden auch heute noch die Aufgabe ernst nehmen, die entsetzlichen Verbrechen der NS-Diktatur zu ahnden, sagte der Minister. ...

Unter den Verurteilungen waren 13 – zumeist von den Alliierten verhängte – Todesstrafen und 166 lebenslange Freiheitsstrafen. Zu Freiheitsstrafen wurden 6.200 Personen verurteilt. Gegen insgesamt 106.178 Beschuldigte wurden Strafverfahren geführt. ...

Schwerste Menschenrechtsverletzungen dürften generell nicht ungesühnt bleiben. Deshalb erteilte Schmidt-Jortzig allen Vorschlägen eine klare Absage, die auf eine formelle oder faktische Amnestie für SED-Straftäter hinauslaufen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. März 1996: >>**Jüdische Rächer**
wollten Millionen Deutsche ermorden

Israelischer Dokumentarfilm berichtet über Sonderkommandos / Angeblich Vergiftung des Trinkwassers geplant

Es war das Thema Vergeltung, dem der israelische Regisseur Jarin Kimor seinen Dokumentarfilm gewidmet hatte. Im israelischen Fernsehen zeigte er am Sonntagabend Mitglieder sogenannter jüdischer Rachegruppen, die sich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen für die Ermordung mehrerer Millionen Juden rächen wollten.

"Die gesamte Bevölkerung von Hamburg, München und Nürnberg sollte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von jüdischen Rachekommandos vergiftet werden", erzählte General Israel Carmi, der nach Kimors Angaben Chef einer der jüdischen Gruppen war. "Unsere Leute waren die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Sie waren in Auschwitz erniedrigt worden. Sie hatten nichts mehr zu verlieren."

Nach Angabe von Mitgliedern der Gruppe waren Soldaten der jüdischen Brigaden damals in der britischen Armee abgestellt worden, um in den Wasserwerken von Hamburg und Nürn-

berg bei den großen Filteranlagen zu arbeiten. Carmi behauptet, er sei nach Palästina gefahren, um sich mit Chaim Weizman, dem späteren ersten Präsidenten des Staates Israel zu beraten. Dieser habe dann den Wissenschaftler Ernst David Bergmann beim "Ziv-Institut" beauftragt, sofort ein "geruchs- und farbloses Gift" zu entwickeln.

Das Gift sollte in das Trinkwasser der deutschen Städte geschüttet werden. 50 Kilo des Gifts, in Konservenbüchsen versteckt, wurden einem einfachen Soldaten diese Kommandos, Itzik Ron, in einem Sack mitgegeben. Während der Überfahrt per Schiff von Palästina nach Frankreich flog die Gruppe jedoch aus unbekanntem Gründen auf. Ron gibt in dem Film an, er habe das Gift deshalb ins Mittelmeer geschüttet.

"Das jüdische Volk versuchte, nach dem Holocaust seine Ehre zu retten, aber die große Rache scheiterte", resümierte Carmi.

Der Film berichtet außerdem davon, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1.000 und 2.000 Nazis von jüdischen Rachekommandos umgebracht worden seien. So sollen am 13. April 1946 bei Nürnberg 300 SS-Leute in einem amerikanischen Gefangenenlager umgekommen sein, weil jüdische Kämpfer rund 3.000 Brote mit Gift beschmiert hatten, erzählt ein weiteres Mitglied einer Rachegruppe.

Bei Hinrichtungen sei oft nach demselben Muster vorgegangen worden. Einige Nazis wurden mit den Händen erwürgt oder nach einem kurzen Feldgericht standrechtlich erschossen. "Im Namen des jüdischen Volkes verurteile ich Sie", sollen die Kämpfer der jüdischen Brigaden der britischen Armee gerufen haben, ehe sie die gefaßten Nazis erschossen und in Seen oder Flüssen versenkten.

In dem Film werden auch Einzelfälle genannt. So sollen jüdische Häscher in Judenburg in Österreich einen Nazi namens Alwin Gawanda entdeckt haben. Er war für besondere Grausamkeit bei der Verschickung von Kindern nach Auschwitz berüchtigt. Nach dem Krieg war er bei einem Jahrmarkt untergetaucht, dort leitete er einen Tontaubenschießstand. Er wurde aus nächster Nähe erschossen.

Im Wiener Rothschild-Hospital soll es nach dem Krieg einen Keller gegeben haben, wo sich Mitglieder dieser jüdischen Kommandos einen Folterraum eingerichtet hatten. "Nazis wurden dorthin gebracht und nie mehr wiedergesehen", heißt es in dem Dokumentarfilm.

Mitglieder dieses Kommandos lockten auch Joseph Balaki in einen Wald bei Wien und erschossen ihn dort. Balaki hatte bei Kolow in Polen erstmals Lastwagen ausprobiert, deren Abgase in den Ladekasten geleitet wurden. Tausende Juden wurden auf diese Weise vor der Erfindung der stationären Gaskammern ermordet.

In seinem Buch "Die siebte Million" warnt der israelische Historiker Tom Segev aber davor, solche Aktionen überzubewerten. Der Gedanke, sich an den Deutschen zu rächen, sei angesichts der historischen Einmaligkeit und des gigantischen Ausmaßes dieses Verbrechens von den Verantwortlichen in Israel bald verworfen worden.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des auf-

rechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feindseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>Woher nur die Lust an der Grausamkeit?

Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern

... Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" - also auf Beseitigung gerichtet - charakterisiert. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".

Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben".

Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert. ...

Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden. ...

"Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holo-

caust-Industrie auf lehrreiche Weise. ...

Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen. ...

Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...<<

Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schrieb später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<

Der deutsche Journalist Dieter Bartzko schrieb am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbar Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbogen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. August 1997: >>**Wir haben kein neues Problem ...**

Rente für osteuropäische Juden: Die Bundesregierung leugnet politischen Druck aus Amerika ...

Am Mittwoch nun ist Rabbi Singer, stellvertretender Vorsitzender der "Jewish Claims Conference", nach Bonn gekommen zu einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Diese Organisation hat schon früher Forderungen von jüdischen Opfern gegen die Bundesregierung vertreten. ...

Der Minister zählt kühl auf, daß Deutschland alles in allem bereits 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung geleistet habe, dabei auch mehr als eine Milliarde an Stiftungen in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. ... "Wir sind in finanziellen Schwierigkeiten, keine Frage." Man werde sich aber, wenn er erst das Kabinett unterrichtet habe, gewiß zu einer einvernehmlichen Lösung durchringen können. ...<<

Der US-Journalist Robert B. Goldmann schrieb am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.

Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilkämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the Germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

Das französische Nachrichtenmagazin "Nouvelle Observateur" berichtete am 20. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Angenommen, der Kommunismus sei von seinem Wesen her gut, während der Nazismus vom Wesen her pervers sei, weswegen ist dann das Verbrechen, das im Namen des Guten verübt wurde, weniger verdammenswert als jenes, das im Namen des Bösen verübt wurde?

Warum bedeuten die 25 Millionen Toten des Nazismus dessen Substanz, hingegen die 85 Millionen Toten des Kommunismus nur einen Unfall? ...<<

Der französische Historiker Stéphane Courtois schrieb im Vorwort des Buches "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x265/13,29-30): >>Die Geschichte ist die Wissenschaft vom Unglück des Menschen."

Diesen Satz Raymond Queneaus scheint unser von Gewalttätigkeit bestimmtes Jahrhundert eindrucksvoll zu bestätigen. Gewiß, auch in früheren Jahrhunderten gab es kaum ein Volk, kaum einen Staat, in dem es nicht zu Gewaltausbrüchen gegen bestimmte Gruppen gekommen wäre. Alle großen europäischen Mächte waren in den Sklavenhandel verwickelt.

Frankreich hat einen Kolonialismus praktiziert, der zwar auch Positives leistete, aber bis zu seinem Ende von vielen widerwärtigen Episoden gekennzeichnet war.

Die Vereinigten Staaten durchdringt nach wie vor eine Kultur der Gewaltausübung, die in zwei großen Verbrechen wurzelt: der Versklavung der Schwarzen und der Ausrottung der Indianer.

Aber man kann es nicht anders sagen: Was Gewalttätigkeit angeht, scheint dieses Jahrhundert seine Vorgänger übertroffen zu haben. Blickt man darauf zurück, drängt sich ein niederschmetterndes Resümee auf: Dies war das Jahrhundert der großen Menschheitskatastrophen – zwei Weltkriege und der Nationalsozialismus, einmal abgesehen von begrenzteren Tragödien in Armenien, Biafra, Ruanda und anderswo.

Das Osmanische Reich hat sich zum Genozid an den Armeniern hinreißen lassen und Deutschland zu dem an Juden, Roma und Sinti. Das Italien Mussolinis massakrierte die Äthiopier. Den Tschechen fällt es schwer zuzugeben, daß ihr Verhalten gegenüber den Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 nicht über jeden Verdacht erhaben war. Und selbst die kleine Schweiz wird heute von ihrer Vergangenheit als Raubgoldverwalter eingeholt, auch wenn sich die Abscheulichkeit dieses Verhaltens nicht mit der des Völkermords vergleichen läßt.

In dieser Epoche der Tragödien gehört der Kommunismus, ja, er ist eines ihrer stärksten und bedeutendsten Momente. Als wesentliches Phänomen dieses kurzen 20. Jahrhunderts, das 1914 beginnt und 1991 in Moskau endet, steht er im Zentrum des Geschehens. Der Kommunismus bestand vor dem Faschismus und dem Nationalsozialismus, er hat sie überlebt und sich auf den vier großen Kontinenten manifestiert.

Was genau verstehen wir eigentlich unter "Kommunismus"? Schon an dieser Stelle muß man zwischen Theorie und Praxis unterscheiden. ...<<

>>... Die Sieger vom 1945 stellten legitimerweise das Verbrechen - und besonders den Völkermord an den Juden - in den Mittelpunkt ihrer Verurteilung des Nationalsozialismus. Viele Wissenschaftler aus der ganzen Welt arbeiten seit Jahrzehnten über dieses Thema. Tausende von Büchern sind dazu geschrieben, Dutzende von Filmen gedreht worden, darunter einige weltberühmte, und in ganz unterschiedlichen Sparten - "Nacht und Nebel" oder "Shoah", "Sophies Entscheidung" oder "Schindlers Liste". Raul Hilberg, um ihn nur zu erwähnen, beschreibt in seinem Hauptwerk detailliert, mit welchen Methoden die Juden im Dritten Reich umgebracht wurden.

Doch zur Frage der kommunistischen Verbrechen gibt es keine Arbeiten dieser Art. Während die Namen Himmlers und Eichmanns in der ganzen Welt als Symbole zeitgenössischer Barbarei bekannt sind, sind Dserschinski, Jagoda oder Jeschow weitgehend unbekannt. Was Lenin, Mao, Ho Chi Minh und selbst Stalin betrifft, so wird ihnen immer noch eine erstaunliche Verehrung zuteil. In Frankreich war die staatliche Lotteriegesellschaft sogar so unbedacht, Stalin und Mao in einer ihrer Werbekampagnen zu erwähnen. Wer käme auf die Idee, Hitler oder Goebbels zu so etwas heranzuziehen?

... Warum reagiert die öffentliche Meinung so schwach auf die Zeugenaussagen über die kommunistischen Verbrechen? Warum das peinlich berührte Schweigen der Politik? Und vor allem: Warum sagt die akademische Welt nichts zu der kommunistischen Katastrophe, die 80

Jahre lang rund ein Drittel der Menschheit auf vier Kontinenten betraf? Warum diese Unfähigkeit, in den Mittelpunkt der Analyse des Kommunismus einen so wesentlichen Faktor wie das Verbrechen zu stellen, das systematische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Ist es etwa unmöglich zu begreifen? Handelt es sich nicht eher um eine bewußte Weigerung, wissen zu wollen, um eine Angst vor dem Begreifen?

Die Verschleierung hat viele komplexe Gründe. Zunächst ist da das klassische unaufhörliche Bemühen der Henker, die Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen und zu rechtfertigen, was sie nicht verbergen konnten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1997: >>Späte Nachholstunde zu einem Jahrhundertthema

Historiker-Debatte in Frankreich: Der Forscher Courtois lastet den Kommunisten 85 Millionen Todesopfer an

... "Das Schwarzbuch des Kommunismus – Verbrechen, Terror, Unterdrückung" des französischen Historikers Stéphane Courtois, ist zum Renner des Pariser Bücherwinters geworden. Courtois, Forschungsdirektor beim staatlichen Wissenschaftszentrum CNRS, hat einen neuen Historikerstreit vom Zaun gebrochen, der die Herzen und Hirne wohl noch einige Zeit bewegen wird.

"Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das vom stalinistischen Regime gezielt der Hungersnot ausgeliefert wurde, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom Naziregime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel", lautet einer der Kernsätze des Herausgebers.

Zehn Jahre nach dem Streit deutscher Historiker, den Ernst Nolte mit der Leugnung der Singularität des industriellen Massenmords an den europäischen Juden auslöste, ist damit in Frankreich die Debatte über die geschichtliche Einordnung des nationalsozialistischen und des kommunistischen Totalitarismus in diesem Jahrhundert neu entbrannt.

Mit dem Vergleich, erklärte Courtois, wollte er "die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage stellen". Es gehe nicht darum, "eine Art doppelte Buchführung des Horrors" aufzustellen. ...

Mittlerweile ist die erste Auflage bereits vergriffen, und das 846 Seiten starke Buch – Von Bernard Fixot, dem Leiter des Verlages "Robert Laffont" bereits als "Bibel" angepriesen – ist weiterhin in Leserbriefspalten der Zeitungen, TV-Talk-Shows und politischen Debatten Thema Nummer eins. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die "Einzigartigkeit des Holocaust" (x169/55-58): >>...

Die Debatte um die Einzigartigkeit des Holocaust ist unfruchtbar. Die Behauptungen, der Holocaust sei einzigartig, haben mittlerweile in der Tat eine Form von "intellektuellem Terrorismus" (Chaumont) angenommen. Jene, die die normalen vergleichenden Verfahren wissenschaftlicher Untersuchungen anwenden, müssen zunächst tausendundeinen Vorbehalt voranschicken, um den Vorwurf gar nicht erst aufkommen zu lassen, sie würden "DEN HOLOCAUST trivialisieren".

In der Behauptung von der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch enthalten, daß DER HOLOCAUST einzigartig böse gewesen sei. Die Leiden anderer, wie schrecklich auch immer, seien damit einfach nicht zu vergleichen. Vertreter der Einzigartigkeit des Holocaust weisen diese Implikation immer weit von sich, doch solche Einwände sind unaufrichtig.

Die Behauptungen, daß der Holocaust einzigartig sei, sind intellektuell unfruchtbar und moralisch verwerflich, doch sie bleiben bestehen. Die Frage lautet, warum? Zunächst verleiht einzigartiges Leid einen einzigartigen Anspruch. Das unvergleichlich Böse des Holocaust sondert die Juden laut Jacob Neusner nicht nur von den anderen ab, sondern gibt den Juden auch einen "Anspruch gegenüber diesen anderen". Für Edward Alexander stellt die Unvergleichlichkeit

DES HOLOCAUST "moralisches Kapital" dar; Juden müßten die "Herrschaft" über diesen "wertvollen Besitz beanspruchen".

Die Einzigartigkeit des Holocaust - dieser "Anspruch" gegenüber anderen, dieser "wertvolle Besitz" - dient Israel in der Tat als vorzügliches Alibi. "Da das jüdische Leiden so einmalig ist", bringt der Historiker Peter Baldwin vor, "erweitert es die moralischen und emotionalen Ansprüche, die Israel an andere Länder ... stellen kann."

So gab, Nathan Glazer zufolge, der Holocaust, indem er auf die "besondere Unverwechselbarkeit der Juden" verwies, den Juden "das Recht, sich selbst als besonders bedroht und als aller möglichen zum Überleben notwendigen Anstrengungen besonders würdig anzusehen". Um ein typisches Beispiel zu zitieren: Jeder Bericht über Israels Entscheidung, Nuklearwaffen zu entwickeln, beschwört das Gespenst des Holocaust herauf. Als ob Israel sich sonst nicht auf den Weg zur Nuklearmacht begeben hätte.

Es spielt noch ein anderer Faktor mit. Die Behauptung der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch die Behauptung der jüdischen Einzigartigkeit. Nicht das Leiden der Juden machte den Holocaust so einzigartig, sondern die Tatsache, daß die "Juden" litten. ...

So vehement Elie Wiesel in bezug auf die Einzigartigkeit des Holocaust ist, so nachdrücklich vertritt er auch die These, daß die Juden einzigartig seien. "Alles an uns ist anders." ...

DER HOLOCAUST bezeichnete den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden; damit bezeugte er nicht nur das unvergleichliche Leiden der Juden, sondern eben auch ihre Einzigartigkeit. ...

Mit der Aneignung eines zionistischen Glaubenssatzes wurde Hitlers "Endlösung" innerhalb der Konstruktion DES HOLOCAUST zum Höhepunkt eines tausendjährigen Juden Hasses der Nichtjuden erhoben. Die Juden kamen um, weil alle Nichtjuden, sei es als Täter oder als passive Mittäter, ihren Tod wünschten.

Laut Wiesel lieferte "die freie und zivilisierte Welt" die Juden "an ihren Henker aus. Da waren die Vollstrecker - die Mörder -, und da waren jene, die schwiegen." Für einen mörderischen Impuls der Nichtjuden in ihrer Gesamtheit gibt es keinen einzigen historischen Beweis.

Daniel Goldhagens nachhaltige Anstrengung, in "Hitlers willige Vollstrecker" eine Variante dieser Behauptung zu beweisen, ist allenfalls komisch. Politisch ist sie jedoch ausgesprochen nützlich. Man könnte übrigens noch festhalten, daß der "ewige Antisemitismus" es dem Antisemiten leicht macht.

Hannah Arendt erklärt in "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft": "Daß die antisemitische Geschichtsschreibung sich dieser Theorie professionell bemächtigt hat, bedarf keiner Erklärung; sie liefert in der Tat das bestmögliche Alibi für alle Greuel: Wenn es wahr ist, daß die Menschheit immer darauf bestanden hat, Juden zu ermorden, dann ist Judenmord eine normale, menschliche Betätigung und Judenhaß eine Reaktion, die man noch nicht einmal zu rechtfertigen braucht. Das Überraschende und Verwirrende an der Hypothese eines ewigen Antisemitismus liegt darin, daß sie von den meisten unvoreingenommenen und von nahezu allen jüdischen Historikern geteilt wird."

Das Holocaust-Dogma vom ewigen Judenhaß der Nichtjuden hat sowohl dazu gedient, die Notwendigkeit eines jüdischen Staates zu rechtfertigen, als auch dazu, die Feindschaft zu erklären, die Israel entgegengebracht wurde. Der Staat der Juden ist der einzige Schutz gegen den nächsten (unvermeidlichen) Ausbruch eines mörderischen Antisemitismus; im Gegenzug steckt der mörderische Antisemitismus hinter jedem Angriff auf den jüdischen Staat.

Die Romanautorin Cynthia Ozick hatte eine Antwort bereit, um die Kritik an Israel zu erklären: "Die Welt will die Juden ausrotten ... Sie hat immer den Wunsch gehabt, die Juden auszu-rotten."

Wenn alle Welt die Juden tot sehen will, ist es wahrhaft ein Wunder, daß sie immer noch leben - und, anders als große Teile der Menschheit, nicht gerade hungern.

Dieses Dogma hat Israel außerdem einen umfassenden Freibrief verschafft: Nachdem die Nichtjuden ständig darauf aus sind, Juden zu ermorden, haben die Juden das uneingeschränkte Recht, sich zu schützen, wie es ihnen beliebt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-135): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". Der Bankenausschuß des Repräsentantenhauses hielt im September Anhörungen ab.

Die Abgeordnete Carolyn Maloney erklärte, daß "die verflossene Zeit keine Entschuldigung für unrechtmäßige Bereicherung sein darf" (jedenfalls nicht die aus jüdischer Zwangsarbeit - die afrikanisch-amerikanische Sklavenarbeit ist eine andere Geschichte), während der Ausschußvorsitzende Leach, der sein altes Skript erneut verlas, tönte, daß "die Geschichte keine Verjährungsfrist kennt".

Deutsche Firmen, die in den Vereinigten Staaten Geschäfte machten, teilte Eizenstat dem Ausschuß mit, "legen Wert auf ihr gutes Ansehen hierzulande, und sie werden in den USA und in Deutschland weiterhin jene gute staatsbürgerliche Gesinnung beibehalten, die sie immer gezeigt haben."

Unter Verzicht auf diplomatische Nettigkeiten drängte der Kongreßabgeordnete Rick Lazio den Ausschuß ganz unverblümt, "sich auf die deutschen Firmen des privaten Sektors zu konzentrieren, insbesondere auf jene, die in den USA Geschäfte machen".

Um die öffentliche Hysterie gegen Deutschland anzuheizen, brachte die Holocaust-Industrie im Oktober verschiedene ganzseitige Zeitungsanzeigen heraus. Die schreckliche Wahrheit war nicht genug; man bediente alle Register DES HOLOCAUST. Eine Anzeige, die sich gegen den deutschen Pharmahersteller Bayer richtete, brachte Josef Mengele ins Spiel, obwohl es keinerlei Beweise dafür gibt, daß Bayer dessen mörderische Experimente "gesteuert" hat.

In der Erkenntnis, der Wucht DES HOLOCAUST nicht standhalten zu können, unterwarfen die Deutschen sich am Ende des Jahres einem umfangreichen finanziellen Vergleich. Die Londoner Times führte diese Kapitulation auf die "Holocash-Kampagne" in den Vereinigten Staaten zurück. "Ohne den persönlichen Einsatz von Präsident Clinton ... sowie anderer hoher Beamter" der US-Regierung, teilte Eizenstat dem Bankenausschuß später mit, "hätten wir keine Einigung erreicht."

Wie die Holocaust-Industrie anklagend feststellte, hätte Deutschland eine "moralische und rechtliche Verpflichtung", ehemalige jüdische Zwangsarbeiter zu entschädigen. "Diese Zwangsarbeiter verdienen ein wenig Gerechtigkeit", plädierte Eizenstat, "für die paar Jahre, die sie noch zu leben haben."

Doch es ist, wie weiter oben schon gezeigt, einfach nicht wahr, daß sie keinerlei Entschädigung erhalten hätten. In die ursprünglichen Abkommen mit Deutschland zur Entschädigung von Häftlingen der Konzentrationslager waren auch jüdische Zwangsarbeiter einbezogen gewesen. Die deutsche Regierung entschädigte ehemalige jüdische Zwangsarbeiter für den "Freiheitsentzug" und für "Beeinträchtigung der Gesundheit".

Nur die zurückbehaltenen Löhne wurden nicht formell entschädigt. Jene, die bleibende Schäden erlitten hatten, erhielten eine ansehnliche lebenslange Rente. Deutschland bedachte auch die Jewish Claims Conference mit annähernd einer Milliarde Dollar (nach heutigem Wert) für jene jüdischen ehemaligen Lagerhäftlinge, die nur die Minimal-Entschädigung erhalten hatten. Die Claims Conference verstieß ... gegen das Abkommen mit Deutschland und verwendete die Gelder statt dessen für ihre verschiedenen Lieblingsprojekte. ...

Die Frage, was eine "angemessene" Entschädigung für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter darstellen könnte, ist schlechterdings nicht zu beantworten. Man kann jedoch folgendes festhalten: Dem neuen Abkommen zufolge wird jeder ehemalige jüdische Zwangsarbeiter vermutlich etwa 7.500 Dollar erhalten. Wenn die Claims Conference die ursprünglich von Deutschland gezahlten Gelder angemessen verteilt hätte, hätten sehr viel mehr jüdische Zwangsarbeiter sehr viel früher sehr viel mehr Geld erhalten.

Ob die "bedürftigen Holocaust-Opfer" je etwas von den neuen Geldern aus Deutschland sehen werden, ist eine offene Frage.

Die Claims Conference wünscht, daß ein großer Anteil als "Sonderfonds" zu ihrer Verfügung abgezweigt wird. Dem Jerusalem Report zufolge hat die Konferenz "viel zu gewinnen, wenn sie dafür sorgt, daß die Überlebenden nichts bekommen".

Der israelische Knesseth-Abgeordnete Michael Kleiner (Herut-Partei) geißelte die Konferenz als einen "Judenrat, der das Werk der Nazis auf andere Weise fortsetzt". Sie sei eine "unredliche Körperschaft, die sich in professionelle Geheimniskrämerei hüllt und durch abstoßende öffentliche und moralische Korruption verdorben ist", klagte er, "eine Körperschaft der Finsternis, die jüdische Holocaust-Überlebende und deren Erben mißhandelt, während sie selbst auf einem riesigen Haufen Geld sitzt, das Privatpersonen gehört, aber alles unternimmt, (das Geld) zu erben, während diese noch am Leben sind".

In der Zwischenzeit erging sich Stuart Eizenstat in weiteren Lobreden über das "transparente Vorgehen, das die Jewish Material Claims Conference in den letzten vierzig-und-ein-paar Jahren gezeigt hat".

Was jedoch blanken Zynismus angeht, wird Rabbi Israel Singer von niemandem übertroffen. Nach den Abkommen mit der Schweiz und Deutschland wiederholte er vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses salbungsvoll, daß "es eine Schande wäre", wenn die Holocaust-Entschädigungen "an Erben statt an Überlebende ausbezahlt" würden. "Wir wollen nicht, daß dieses Geld an Erben ausgezahlt wird. Wir wollen, daß das Geld an die Opfer bezahlt wird."

Doch wie "Haaretz" berichtet, war es vor allem Singer, der dafür eintrat, die Holocaust-Entschädigungen zu verwenden, "um die Bedürfnisse des ganzen jüdischen Volkes zu befriedigen, und nicht nur die jener Juden, die das Glück hatten, den Holocaust zu überstehen und bis ins hohe Alter zu leben."

Henry Friedlander, der geachtete Historiker und Auschwitz-Häftling, skizzierte in einer Veröffentlichung des US Holocaust Memorial Museums für das Kriegsende folgendes Zahlenbild:

"Wenn Anfang 1945 etwa 715.000 Häftlinge in den Lagern waren und zumindest ein Drittel - das heißt etwa 238.000 - im Frühjahr 1945 starben, können wir annehmen, daß höchstens 475.000 Häftlinge überlebten. Da die Juden systematisch ermordet wurden und allenfalls jene, die man zur Arbeit auswählte - in Auschwitz etwa 15 Prozent -, auch nur eine Chance hatten, am Leben zu bleiben, müssen wir davon ausgehen, daß Juden nicht mehr als 20 Prozent der Menschen in den Konzentrationslagern (zur Zeit der Befreiung) ausmachten."

"Demnach läßt sich abschätzen", folgerte er, "daß die Zahl der jüdischen Überlebenden nicht mehr als 100.000 betragen haben kann."

Friedlanders Zahl der bei Kriegsende noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter gilt unter Wissenschaftlern übrigens als relativ hoch. In einer maßgeblichen Untersuchung schrieb Leonard Dinnerstein: "Sechzigtausend Juden ... verließen die Konzentrationslager. Innerhalb einer Woche waren mehr als 20.000 gestorben."

Während einer Besprechung im Außenministerium im Mai 1999 nannte Stuart Eizenstat eine Gesamtzahl von 70.000 bis 90.000 noch lebender Zwangsarbeiter, Juden wie Nichtjuden, wobei er die Zahl anführte, die von "sie vertretenden Gruppen" stammte.

Damit läge die Zahl der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter bei 14.000 bis 18.000 (20 Prozent von 70.000 bis 90.000). Doch als sie in die Verhandlungen mit Deutschland eintrat, verlangte die Holocaust-Industrie Entschädigung für 135.000 noch lebende ehemalige jüdische Zwangsarbeiter.

Die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter (Juden wie Nichtjuden), wurde mit 250.000 angegeben. Anders gesagt, die Zahl noch lebender ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter hat sich seit Mai 1999 auf fast das Zehnfache erhöht, und das Verhältnis zwischen noch lebenden jüdischen und nichtjüdischen Zwangsarbeitern hat sich drastisch verschoben. Wenn man der Holocaust-Industrie glauben darf, leben heute mehr ehemalige jüdische Zwangsarbeiter als vor einem halben Jahrhundert.

"Welch verworrenes Netz spinnen wir", schrieb Sir Walter Scott, "wenn wir erst anfangen zu betrügen." Während die Holocaust-Industrie Zahlenspiele treibt, um ihre Entschädigungsforderungen hochzutreiben, machen sich Antisemiten voller Schadenfreude lustig über die "jüdischen Lügner", die sogar ihre Toten "verhöckern". Mit dieser Zahlenakrobatik wäscht die Holocaust-Industrie den Nationalsozialismus, wenn auch unbeabsichtigt, rein.

Raul Hilberg, beim Thema Holocaust die führende Autorität, gibt die Zahl der ermordeten Juden mit 5,1 Millionen an. Wenn aber heute noch 135.000 ehemalige jüdische Zwangsarbeiter am Leben sind, dann müssen ungefähr 600.000 den Krieg überlebt haben. Das übertrifft die anerkannten Schätzungen um mindestens eine halbe Million. Diese halbe Million müßte man dann von den 5,1 Millionen Ermordeten abziehen. Damit wird nicht nur die Zahl von "6 Millionen" immer unhaltbarer, sondern die Zahlen der Holocaust-Industrie nähern sich rasch denen der Holocaust-Leugner.

Man muß im Auge behalten, daß der Nazi-Führer Heinrich Himmler die Gesamtzahl der Lagerinsassen im Januar 1945 auf knapp über 700.000 bezifferte und daß laut Friedlander bis zum Mai etwa ein Drittel von ihnen getötet wurde. Wenn nun aber die Juden nur etwa 20 Prozent der überlebenden KZ-Häftlinge ausmachten und, wie es die Holocaust-Industrie unterstellt, 600.000 jüdische Lagerinsassen den Krieg überlebten, dann müßten insgesamt sogar 3 Millionen Lagerinsassen überlebt haben.

Nach diesen Schätzungen der Holocaust-Industrie dürften die Bedingungen in den Konzentrationslagern gar nicht so hart gewesen sein; ihnen zufolge müßte man von einer bemerkenswert hohen Vermehrungs- und einer bemerkenswert niedrigen Sterblichkeitsrate ausgehen.

Als gesicherte Auffassung gilt, daß die "Endlösung" als einmalig effiziente, fließbandartige industrielle Vernichtung abgelaufen ist.

Doch wenn, wie die Holocaust-Industrie vorbringt, viele hunderttausend Juden überlebt hät-

ten, könnte die "Endlösung" am Ende gar nicht so effizient abgelaufen sein. Sie müßte weniger zielgerichtet gewesen sein - genau das, was die Holocaust-Leugner vertreten. "Les extrêmes se touchent" - "die Extreme berühren einander".

Raul Hilberg hat in einem kürzlich erschienenen Interview betont, daß Zahlen von Bedeutung sind, wenn man die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis begreifen will. Die von der Claims Conference geänderten Zahlen stellen sein eigenes Verständnis in der Tat radikal in Frage.

Laut "Positionspapier" der Claims Conference für die Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeit war diese " ... eine der drei von den Nazis angewandten Hauptmethoden, die Juden zu ermorden - die anderen beiden waren Erschießen und Vergasen. Einer der Zwecke der Sklavenarbeit war es, daß die Menschen sich zu Tode arbeiteten ...

In diesem Zusammenhang ist der Ausdruck 'Sklave' nicht ganz zutreffend. In der Regel sind Sklavenhalter daran interessiert, Leben und Arbeitsfähigkeit ihrer Sklaven zu erhalten. Bei diesen 'Sklaven' hatten die Nazis jedoch vorgesehen, ihre Arbeitskraft zu nutzen und die 'Sklaven' anschließend zu vernichten."

Abgesehen von Holocaust-Leugnern hat bisher kein Mensch bestritten, daß die Nazis die Zwangsarbeiter für dieses schreckliche Schicksal bestimmt hatten. Wie lassen sich diese anerkannten Tatsachen aber mit der Behauptung in Einklang bringen, in den Lagern hätten viele hunderttausend jüdische Zwangsarbeiter überlebt? Hat die Claims Conference dadurch nicht eine Bresche in die Mauer geschlagen, die die schreckliche Wahrheit über den Holocaust von der Leugnung des Holocaust trennte?

In einer ganzseitigen Anzeige in der New York Times verurteilten Größen der Holocaust-Industrie wie Elie Wiesel, Rabbi Marvin Hier und Steven T. Katz "Syriens Leugnung des Holocaust". Der Text zog über einen Leitartikel in einer regierungsoffiziellen syrischen Zeitung her, in dem behauptet wurde, daß Israel "Geschichten über den Holocaust erfindet", um "mehr Geld von Deutschland und von verschiedenen europäischen Institutionen zu erhalten".

Leider trifft der syrische Vorwurf zu. Doch die Ironie, die sowohl der syrischen Regierung als auch den Unterzeichnern der Anzeige entging, liegt darin, daß diese Geschichten, die von vielen hunderttausend Überlebenden sprechen, selbst eine Art von Leugnung des Holocaust darstellen. ...<<

Waclaw Dlugoborski, Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der polnischen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, kritisierte am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181):

>>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma.

Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über das Ermittlungsergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aus dem Jahre 1945 (x046/181):

>>... Kaum besser waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als "offenkundig", obwohl niemand wußte, wie sie sich eigentlich berechnete.

Zweifelnde wurden von einer unwissenden politischen Justiz verfolgt, nur weil sie den Propagandazahlen des Stalinismus keinen Glauben geschenkt und sie damit "geleugnet" hatten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Streit um Walser-Rede zieht Kreise

Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...

Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.

Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 30. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Total normal?

Der Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis wühlt die Nation auf. Ist die Debatte über die "Dauerpräsentation" der Nazi-Verbrechen Auftakt für eine neue deutsche "Normalität" der Berliner Republik?

Das ist sie also, die neue deutsche Normalität: Über 53 Jahre nach der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz debattieren hochgeachtete liberale Persönlichkeiten plötzlich über die "Instrumentalisierung unserer Schande", über Erinnerung, Gewissen, den Zwang zum Wegschauen und eine "Moralkeule" namens Holocaust, ganz so, als sei Hitlers Terror-Herrschaft eben erst zu Ende gegangen. ...

Als 1979 die amerikanische Serie "Holocaust" lief, schwappte eine neue, diesmal stark medienbeeinflusste Woge von Erregung und Debatte durchs Land, die seitdem immer wieder neue Nahrung erhielt: ob durch Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" oder den Historikerstreit über die Vergleichbarkeit von Hitlers Holocaust und Stalins Gulag, durch beeindruckende Fernsehdokumentationen wie "Soldaten für Hitler" in der ARD und "Hitlers Helfer" im ZDF, den Streit über die provozierenden Thesen des Historikers Daniel Jonah Goldhagen oder die heftig befahdete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht - ganz zu schweigen von den unzähligen, mehr oder weniger populärwissenschaftlichen Publikationen über fast sämtliche Aspekte des Geschehens zwischen 1933 und 1945.

In all diesen Jahren schien es, als rückten die Nazi-Verbrechen mit dem zeitlichen Abstand der Jahre immer näher, bedrängend nahe - Vergangenheit, die nicht vergeht. Längst und unvermeidlich war Auschwitz zur Chiffre geworden für den historisch einzigartigen, nahezu industriell vollzogenen Genozid, für das Jahrhundertverbrechen, den Zivilisationsbruch schlechthin. Und für eine nie wieder gutzumachende deutsche Schuld, die unentrinnbare Erbschaft einer Nation und ihrer Elite.

Immer neue Jahres- und Gedenktage erinnern daran. Die Worte der Gedenkredner ähneln und wiederholen sich, ja, sie nutzen sich ab. Da erscheint vieles floskelhaft, wie der Vollzug eines reinen Rituals. All die Ermahnungen, ja nicht zu vergessen, was geschehen ist, mögen die Jüngeren abstumpfen, bei den Älteren metaphysische Phantomschmerzen und im übrigen jene "Betroffenheit" auslösen, die wenig kostet, aber viel gute Gesinnung demonstriert.

Auschwitz und der Holocaust, so sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, wurden für viele Wohlmeinende und politische Gutmenschen eine Art "negativer Sinnstiftung", eine profane Erlösungsreligion ... - ... andererseits billige ... Vorwürfe gegenüber politischen Gegnern oder sonstwie Andersdenkenden.

An diesem Punkt muß man Walser recht geben: Ja, Auschwitz und der Holocaust sind vielerorts zu wohlfeilen Metaphern plattgeredet worden, zu argumentativem Kleingeld gepreßt. Es stimmt: Manche Intellektuelle versuchen, sich auf die Seite der Opfer der deutschen Geschichte zu schleichen, um als die besseren Deutschen dazustehen. Und es ist richtig, daß der Massenmord an den Juden immer wieder auch "instrumentalisiert" wird, um allerlei Unfug

moralisch zu rechtfertigen, zum Beispiel die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz oder jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>Es geht auch um viel Geld

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington.

... Elie Wiesel Jahrgang 1928, geboren in einem rumänischen Dorf, Kind armer, orthodox jüdischer Eltern, Friedensnobelpreisträger, ist ein Überlebender der Judenverfolgung. Er ist einer derjenigen, deren Schicksal im Mittelpunkt der Konferenz in der amerikanischen Hauptstadt steht. Geht es dort doch darum, Überlebenden späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, "Brücken zwischen Brutalität und Menschlichkeit zu bauen", wie Stuart Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, über die Beratungen sagt.

Eizenstats Chefin Madeleine Albright beeindruckt die Zuhörer, als sie berichtet, wie schmerzhaft es für sie einst gewesen sei, ihre jüdischen Wurzeln in der Tschechoslowakei wiederzuentdecken. "Ich denke jetzt oft an das Blut in meinen Adern. Es sollte keine Rolle spielen. Aber für Hitler spielte es eine Rolle und deshalb starben sechs Millionen Juden."

So zynisch es angesichts des unsagbaren menschlichen Leids erscheinen mag: In Washington geht es auch und nicht zuletzt um viel Geld, um Kunstschatze, Versicherungspolicen, um Häuser und Grundstücke. Um Werte, die jüdischen Familien und Gemeinden gehört haben; sie sind enteignet und gestohlen sowie bis heute nicht zurückgegeben worden.

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat (Staatssekretär im US-Außenministerium) oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrati-

onslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...

Die Deutschen und Österreicher sind froh, in Washington nicht an den Pranger gestellt zu werden. Wenn hier von Greueln die Rede ist, sind immer die "Nazis" die Täter. Und sollten auf der Konferenz klare Richtlinien für die Rückgabe gestohlener Kunstwerke formuliert werden, käme dies nicht zuletzt deutschen Museen zugute und zwar in ihrem Streit mit den russischen Behörden um einst aus der russischen Zone entführte Beutekunst.

Teilnehmer der Konferenz waren eingeladen, nach der feierlichen Tagungseröffnung das Holocaust-Museum zu besichtigen, durch einen Viehwaggon zu gehen, in dem Juden zusammengepfercht nach Auschwitz transportiert wurden, oder einen schnellen Blick auf die Fotos zu werfen, zum Beispiel von jenem kleingewachsenen Juden, der von deutschen KZ-Ärzten erstochen und zerlegt wurde, um sein außergewöhnliches Skelett einer medizinischen Sammlung zuführen zu können. Die Ärzte haben den "Vorgang" penibel dokumentiert.

Nur wenige Delegierte nahmen die Einladung an. Weit größer war der Andrang am Büfett.<< Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe (x169/13-15): >>... Obwohl meine Eltern bis zu ihrem Todestag die Vergangenheit jeden Tag aufs neue erlebten, verloren sie gegen Ende ihres Lebens das Interesse an dem Holocaust als öffentlichem Schauspiel.

Einer der lebenslangen Freunde meines Vaters war mit ihm gemeinsam Lagerinsasse in Auschwitz gewesen, ein scheinbar nicht korrumpierbarer Idealist vom linken Flügel, der die deutsche Entschädigungszahlung nach dem Krieg aus Prinzip ablehnte. Am Ende wurde er einer der Leiter der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Zögernd und mit aufrichtiger Enttäuschung räumte mein Vater schließlich ein, daß selbst dieser Mann von der Holocaust-Industrie korrumpiert worden war und seine Überzeugungen angepaßt hatte an das, was Macht und Gewinn versprach.

Als die Darstellung des Holocaust immer absurdere Formen annahm, zitierte meine Mutter gern (und ironisch) Henry Ford: "Geschichte ist Quatsch."

Die Geschichten der "Überlebenden des Holocaust" - alle waren KZ-Insassen, alle Helden des Widerstands gewesen - bildeten zu Hause eine ganz besondere Quelle der Erheiterung. Vor langer Zeit hat John Stuart Mill erkannt, daß Wahrheiten, die nicht ständig hinterfragt werden, schließlich "nicht länger als Wahrheit wirken, weil sie durch Übertreibung zur Unwahrheit werden".

Meine Eltern fragten sich oft, weshalb mich Verfälschung und Ausbeutung des Völkermords der Nazis so empörten. Der Hauptgrund ist der: Man hat ihn dazu benutzt, die verwerfliche Politik des israelischen Staates und die amerikanische Unterstützung für diese Politik zu rechtfertigen. Doch es gibt auch ein persönliches Motiv. Ich Sorge mich um das Andenken an die Verfolgung meiner Familie. Die laufende Kampagne der Holocaust-Industrie, mit der im Namen "bedürftiger Opfer des Holocaust" Geld von Europa erpreßt werden soll, hat das moralische Format ihres Martyriums reduziert auf einen Einsatz im Casino von Monte Carlo.

Doch auch abgesehen von dieser Besorgnis: Wir sollten die Integrität der historischen Überlieferung bewahren, ja, für sie kämpfen.

... (Wir) können ... durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht

nur etwas über "die Deutschen" oder "die Nichtjuden" erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden "lernen" wollen, so muß, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden. Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung.

Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte "immer" Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen.

Doch wenn man moralisch zwischen "unseren" und den Leiden "jener" unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. "Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen", erklärte Plato, "und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere."

Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter**

In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.

Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg schrieb am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 19. Juni 1999 (x887/...): >>"**Auge um Auge, Zahn um Zahn**"

Kriegsverbrechen an Deutschen ist nun auch für die Medien ein Thema

Der Krieg im Kosovo sorgt dafür, daß sich vermehrt auch die deutschen Medien eines Themas erinnern, das für viele Jahre im deutschen Fernsehen umgangen wurde - der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.

Nun hat sich die ZDF-Sendung "Frontal" dieses Themas angenommen. Berichtet wurde über ein besonders "schwieriges Thema" (Ulrich Kienzle). Viele Tausende Deutsche waren seit 1945 in polnischen Todeslagern umgekommen oder ermordet worden. Als einen solchen Fall stellte ZDF-Moderator Kienzle den Fall Salomon Morel vor. Dieser war vom 2. Februar bis Ende November 1945 Kommandant des früheren Außenlagers Schwientochlowitz des Konzentrationslagers Auschwitz.

Morels Eltern stammten aus dem polnischen Dorf Garbów. Er war zwanzig, als 1939 die Deutschen einmarschierten. Polnische Kollaborateure verhafteten in der Weihnachtswoche 1942 seine Eltern und seinen Bruder. Da sie nicht preisgeben wollten, wo ihr Sohn Salomon sich aufhielt, wurden sie von ihnen ermordet. Morel schloß sich daraufhin einer Partisanengruppe an, die sich vor allem im Gebiet von Lublin aufhielt.

Über das Todeslager von Schwientochlowitz hatte 1993 der amerikanische Journalist John

Sack in einem aufsehenerregenden Buch berichtet. Als sein Buch ein Jahr später im angesehenen Piper Verlag in deutscher Übersetzung erscheinen sollte, wurde der Verlag derart unter Druck gesetzt, daß dieser schließlich die bereits gedruckte Erstauflage einstampfen ließ. Ihm war vorgeworfen worden, "ein braunes Pamphlet voller sadistischer Phantasien" zu publizieren. Analysen durch Historiker sowie Untersuchungen der polnischen Staatsanwaltschaft bestätigten jedoch, daß die Darstellungen Sacks absolut korrekt waren. Erst im Jahr 1995 konnte das Buch unter dem Titel "Auge um Auge - Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten" leicht gekürzt im Hamburger Kabel-Verlag erscheinen.

Morel wird seit dem 4. März 1997 mit Haftbefehl von der Interpol, der Bezirksstaatsanwaltschaft von Kattowitz und der Generalstaatsanwaltschaft in Dortmund gesucht. In dem Haftbefehl heißt es, Morel habe als Mitglied der polnischen Geheimpolizei UB zusammen mit seinen Helfershelfern in Schwientochlowitz wenigstens 1.538 Menschen ermordet. Die meisten von ihnen Jugendliche, Frauen und Greise. Sie wurden ermordet, weil sie Deutsche waren oder für Deutsche gehalten wurden. Die Lagerinsassen seien vor allem durch Schläge, zugefügte Verletzungen, Erschießungen, Eintauchen in Eiswasser, absichtliches Erfrierenlassen und vorsätzliches Ansteckenlassen durch Zusammenlegung von Gesunden mit Typhuskranken umgekommen.

In der Folge ist Morel Kommandant des Konzentrationslagers Jaworzno und dem Staatsgefängnis in Kattowitz gewesen, wo er laut Haftbefehl für unzählige Tote und Folterungen von politischen Gefangenen verantwortlich gewesen sei. Im Jahre 1988 habe sich Morel als Oberst der polnischen Geheimpolizei Sluzba Bezpieczenctwa (SB) in Warschau zur Ruhe gesetzt.

Im Jahr 1993 wurde er schließlich wohl von früheren Kollegen gewarnt, daß eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden sei. Morel flüchtete daraufhin nach Israel. Seit 1996 lebe er in Tel Aviv in einer auf den Namen seiner Schwester gemieteten Wohnung. Der Bezirksstaatsanwalt von Tel Aviv gab zunächst vor, ihn nicht auffinden zu können. Später vertraten die israelischen Behörden die Auffassung, Morel könne lediglich Körperverletzung nachgewiesen werden. Und als ein solches Delikt seien seine Handlungen bereits verjährt. Eine Auslieferung Morels an Polen wurde daher abgelehnt.

Die polnische Seite hat diese Rechtsauslegung entschieden bestritten. Sie hat demgegenüber stets die Meinung vertreten, bei den Taten Morels handele es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und diese verjähren nach unbestrittener internationaler Rechtsauffassung niemals. Kürzlich hat nun ein israelisches Gericht letztinstanzlich entschieden, daß Salomon Morel nicht ausgeliefert werden wird.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre.

...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 26. Juni 1999 über das Holocaust-Mahnmal: >>**Zur rechten Zeit**

Wird gut, was lange währt? Der Bundestag hat gestern eine mehr als zehnjährige Hängepartie beendet. In Berlin wird im nächsten Jahr mit dem Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals begonnen. ...

Das gestrige Ergebnis hat allerdings einen Haken. Nur der jüdischen Opfer soll zwischen Peter Eisenmans Betonstelen gedacht werden. Die "Hierarchisierung" der Opfer ist beschlossene Sache. ...

Neuer Streit ist also programmiert. Das Mahnmal wird ein Stein des Anstoßes bleiben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 8. Juli 1999: >>**Bonn will Klage von NS-Opfern gegen Degussa-Hüls abwenden**

... Die Bundesregierung hat sich vor einem US-Gericht dafür eingesetzt, die Sammelklage von NS-Opfern gegen den deutschen Konzern Degussa-Hüls fallenzulassen.

Bonn verweist auf die Souveränität und Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik. ... Bonn bringt im wesentlichen 2 Gründe zum Schutz des Unternehmens vor. Die Anwälte verweisen auf das "souveräne Interesse der Bundesrepublik", Ansprüche dieser Art selbst zu regeln.

Schließlich hätten das Bundesentschädigungsgesetz und spätere Regelungen dazu beigetragen, daß Deutschland "eine moralische Basis" finde, um nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der atlantischen Allianz aufgenommen zu werden. Bislang seien 104 Milliarden Mark für "Wiedergutmachungszahlungen" aufgebracht worden, heißt es in dem Schreiben an das Gericht.

Zugleich heben die Rechtsvertreter Bonns hervor, daß für noch offene Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter von deutschen Konzernen, die "Teil der staatlich kontrollierten Kriegswirtschaft waren", ein Entschädigungsfonds geschaffen werden solle. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1999: >>USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Mercur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. September 1999: >>Vom Land kein Geld für Ostkreuz

Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.

Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.

Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 1999 über die 50. Preisverleihung des Deutschen Buchhandels in Frankfurt: >>"NS-Geschichte lastet auf uns allen"

... Der Friedenspreisträger und US-Historiker Fritz Stern hat die Deutschen aufgefordert, sich weiter ihrer Vergangenheit zu stellen. ...

In seiner Dankesrede sagte der Sohn jüdischer Eltern vor großer Zuschauerprominenz, darunter Bundespräsident Johannes Rau: "Der Nationalsozialismus lastet auf uns allen."

Stern betonte aber zugleich, daß die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, in Europa immer größer werde. Deutschland sei ein Land, "in dem so viele Bürger sich der Vergangenheit bewußt sind und sich um Versöhnung bemühen." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>Geklagt wird, wo was zu holen ist

Die Anwälte der Zwangsarbeiter – raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"?

8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung

ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?

Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich, schrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.

Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekanntem Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit.....

Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune" schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".

Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...

Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an.

... Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %.

...

In den USA kommt es nur in etwa jeder 50. Schadensersatzklage zum Prozeß. Viele Klagen werden abgewiesen. Der Ermessensspielraum von Richtern ist groß. Rund 80 Prozent aller Klagen enden in einer außergerichtlichen Einigung. Prozesse sind langwierig und bringen Schlagzeilen, die sich viele Unternehmen glauben nicht leisten zu können.

Im Sommer 1998 brachten Fagan, Weiss und Hausfeld fast gleichzeitig Klagen im Namen von ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern gegen deutsche Unternehmen ein, vor verschiedenen US-Gerichten.

Fagan reklamierte für sich, der Erste gewesen zu sein: "Wir haben Nachahmer. Nachahmer zu finden, ist die höchste Form der Schmeichelei." Fagan suchte sich seine Mandanten, indem er Anzeigen in polnischen Zeitungen aufgab.

Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspesen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.

... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, denen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.

Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf

Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark. Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton haben sich im Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern auf eine Lösung verständigt. ... Schröder sagte in Berlin, er habe mit Clinton unter anderem die Größenordnung des Entschädigungsfonds geklärt. ...

Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:

"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...

Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.

Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...

Bayerns Staatskanzleichef Erwin Huber (CSU) wies die Forderung nach einer Beteiligung der Länder zurück: "Es gibt keine rechtliche, keine politische und keine moralische Verpflichtung der Länder und Kommunen, sich an dieser Finanzierung einer eindeutigen Bundesaufgabe zu beteiligen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**

Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen

... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.

Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.

Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnet sollte.

... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.

Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...

Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".

Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.

Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.

In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."

Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 1999: >>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**

... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...

Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll. Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...

Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtete später über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**

Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?

Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".

Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.

Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.

Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.

Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.

Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.

Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.

Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.

Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassistisch Verfolgter berücksichtigt werden.

Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.

Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. April 2000 (x887/...): >>**Wehrmacht: Jenseits der Polemik**

Was der Historiker Walter Post über den "Vernichtungskrieg" herausfand, läßt aufhorchen

Wenn die Anti-Wehrmacht-Ausstellung vom Reemtsma-Heer etwas Gutes bewirkt hat, dann war es neben der von Monat zu Monat breiter gewordenen Ablehnungsfront die Entstehung einer Reihe wertvoller Einzelstudien und einiger Gesamtdarstellungen, mit denen überwiegend nichtbeamtete Historiker Vorwürfe der Ausstellung aufgegriffen und widerlegten. So wurde ein erheblicher Teil der Öffentlichkeit auf einen Abschnitt unserer Geschichte hingewiesen, der drohte, dem allgemeinen Bewußtsein zu entschwenden.

Das fundierteste, griffigste, einleuchtendste, in sich geschlossenste Widerlegungs-Werk erschien soeben, also nach der Schließung der Ausstellung - jedenfalls in Deutschland.

Autor dieses höchst bemerkenswerten Buches ist der promovierte Historiker Walter Post. Er nannte sein Buch "Die verleumdete Armee - Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda" ... Post hatte sich bereits mit seinem vor wenigen Jahren erschienen Werk "Unternehmen Barbarossa - Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41" als profunder Kenner der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ausgewiesen.

Er beschränkt sich in seinem neuen Buch nicht darauf, einzelne Fehler der Ausstellung aufzudecken und zu kritisieren. Er wollte sich auch nicht damit begnügen, nur die zentralen Thesen der Ausstellung zu widerlegen. Das erledigt er sozusagen im Vorbeigehen. Walter Post hat vielmehr mit Erfolg den Versuch unternommen, dem Bild der Wehrmacht, wie Hannes Heer und seine willigen Helfer es zeichneten, ein anderes, und zwar ein vollständiges und richtiges Bild entgegensetzen.

Dabei vermeidet es Post, nur Meinungen oder gar Gefühle zu äußern, er läßt Dokumente sprechen, und zwar sowohl solche, die die Wehrmacht belasten, als auch solche, die sie entlasten. Jede von ihm geschilderte Tatsache wird mit Hilfe eines umfangreichen Anmerkungsapparates belegt. So ist ein außerordentlich sachliches Buch entstanden, das um so überzeugender wirkt.

Da Reemtsma und Heer behaupten, die deutsche Wehrmacht habe Verbrechen begangen, muß zunächst das Recht dargestellt werden, das angeblich durch die Wehrmacht verletzt worden sei. Das unterließen die beiden Verantwortlichen für die Ausstellung konsequent, und sie wußten, warum. Maßgebend für die Frage, was eine schwere Rechtsverletzung war und was andererseits vom Völkerrecht gedeckt wurde, ist das damals geltende Völkerrecht.

Nach den Haager Landkriegsordnungen und den Genfer Abkommen war es der Zivilbevölkerung grundsätzlich untersagt, an Kampfhandlungen in einem Krieg teilzunehmen. Unterstützten Zivilisten trotzdem den Kampf, dann konnten sie nach den völkerrechtlichen Regelungen als Freischärler bestraft werden. Partisanenkrieg war daher von vornherein völkerrechtswidrig. Auf frischer Tat ertappte Partisanen konnten hingerichtet werden. Dieser Grundsatz wurde auch nach dem Kriege von den Militärgerichtshöfen der alliierten Sieger anerkannt.

Heer und Reemtsma allerdings taten in ihrer Ausstellung so, als hätten die Partisanen das Völkerrecht auf ihrer Seite und als sei es völkerrechtswidrig = verbrecherisch, Zivilisten, die sich am Kampf beteiligten, hinzurichten. Auf diese dreiste Lüge fiel die Masse der deutschen Publizisten bereitwillig herein. Post rückt die Dinge zurecht.

Aber auch Geiselnahme und Erschießung von Geiseln wurden innerhalb festgelegter Regeln, die von der deutschen Wehrmacht fast immer eingehalten wurden, durch das internationale Völkerrecht gedeckt. So wurde denn auch in den Nürnberger Prozessen die deutsche Wehrmacht weder angeklagt noch verurteilt. Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß freigesprochen. Die amerikanischen und britischen Gerichte verurteilten nur einzelne Feldmarschälle und Generäle, die aber ausnahmslos nach einigen Jahren rehabilitiert und freigelassen wurden.

... Als Antwort auf die in der Ausstellung behauptete "Ausplünderung" der Ukraine durch die deutsche Wehrmacht, wodurch große Teile der Zivilbevölkerung dem Hungertod preisgegeben wurden, schildert Post die tatsächliche Lage.

Die zurückgehenden Sowjettruppen zerstörten planmäßig und ohne Rücksicht auf die zurückbleibende Zivilbevölkerung alles, um den deutschen Vormarsch zu behindern. Das reichte von einfachem landwirtschaftlichem Gerät bis zu den Kraftwerken. So wurden in der Ukraine 95 Prozent der Kraftwerkskapazitäten durch die Rote Armee zerstört. Die Industrieproduktion lag völlig danieder. Die Förderung von Kohle, Eisenerz, Rohstahl, Elektrizität war aufgrund der sowjetischen Zerstörungen in nicht wenigen Fällen auf dem Nullpunkt. In der Landwirtschaft war die Erzeugung auf die Hälfte der Vorkriegswerte gefallen, weil auch hier die sowjetischen Zerstörungstruppen ganze Arbeit geleistet hatten. ...

Die Ernährungsprobleme in den besetzten Ostgebieten gingen also zum überwiegenden Teil auf die sowjetische Strategie der "verbrannten Erde" zurück. Mit der Industrieproduktion ging es nicht anders. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Mai 2000 (x887/...): >>**Vertreibung ist ein unverjährbares Verbrechen**

Resolution des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

... Wir Heimatvertriebenen fordern alle Staaten und Völker guten Willens dieser Welt auf, das Recht auf die angestammte Heimat als Grundrecht von Menschen und Volksgruppen zu wahren und Verstöße dagegen rigoros zu ahnden. Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten geben, zumal wir aus tiefster christlicher Überzeugung jegliche Kollektivschuld oder Kollektivhaftung strikt ablehnen. Nach verbindlicher Rechtsauffassung der vereinten Nationen ist jede Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllt den Tatbestand des Völkermordes. Dieser ist als Delikt grundsätzlich zu ahnden und hat keinen Anspruch auf Nachsicht oder "Toleranz". ...

Aber nicht nur materielle Entschädigung in bezug auf Eigentumsdelikte ist zu leisten. Viel gravierender sind die bisher völlig unberücksichtigten Schäden an Leib und Seele. Die Okkupation der deutschen Ostprovinzen wie der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches ging mit einer unvorstellbar unmenschlichen Brutalität vor sich. Durch Mord, Vergewaltigung, Verschleppung und Zwangsarbeit verloren nahezu drei Millionen Menschen ihr Leben. Ein Großteil dieser Delikte geschah nach der Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 und vollzog sich bis in das Jahr 1949 hinein. Auch hier fordert das Recht Sühne, Bestrafung der Täter und Verantwortlichen sowie Wiedergutmachung. ...

Wir Heimatvertriebenen waren stets für "Europa", aber unser erhofftes "Europa" war stets ein Europa der Völker, des Selbstbestimmungsrechts, des Friedens und des Rechts. Wahrer Frieden kann aber nur eintreten, wenn sich alle Völker zum Prinzip von Wahrheit und Wahrhaftigkeit bekennen, die historische Wahrheit nicht manipuliert und unterdrückt wird, das Recht herrscht. Wir sind überzeugt von der alten Weisheit nur "Gerechtigkeit schafft Frieden". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juli 2000: >>**Deutsche als Zwangsarbeiter**

Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, CDU, hat die Bundesregie-

rung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. September 2000 (x887/...):

>>"**Ende der Diskussion**"

Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien

Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von "Zeit", "Süddeutsche Zeitung", "Spiegel", "Stern" und "Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über "Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.

Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein "Die Holocaust Industrie" ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch.

Wieder einmal - wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte - konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke. ...

Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein - nicht nur in Deutschland -, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entschädigungen widmet und dabei Organisationen wie die "Jewish Claims Conference" massiv kritisiert. ...

Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditioneller linker Medien gebrochen werden konnte.

Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2000: >>**Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark**

Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...

Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete am 28. Oktober 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Repressalien gegen die Zivilbevölkerung und das Völkerrecht im Zweiten Weltkrieg

... Der estnische Staatspräsident Lennart Meri sagte am Tag der Heimat am 3. Oktober 1995: "Warum zeigen die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst. Deutschland ist eine Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue ... Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung ausführt ..."

Bekanntlich pflegen unsere Politiker bei Auslandsbesuchen die Gedenkstätten des jeweiligen Landes aufzusuchen und dort einen Kranz niederzulegen. Für gewöhnlich werden hierbei die deutschen Opfer übergangen. Eine solche Haltung ist verächtlich und nicht nur eine Schmäherung der Soldaten, die in Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen sind, und der Zivilbevölkerung, die vor allem nach dem Krieg aufgestautem Haß zum Opfer fiel, sondern auch eine Beleidigung ihrer Angehörigen. Wenn man wirklich Versöhnung über den Gräbern will, sollte man auf ehemaligen Kriegsschauplätzen und in Konzentrationslagern für die Opfer aller Beteiligten eine gemeinsame Gedenkstätte errichten.

... Es sollte eine Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung sein und zur Versöhnung über den Gräbern führen. Ähnliche Gedenkstätten für Deutsche und andere Völker sollten die Gräben zwischen den Völkern zuschütten und daran erinnern, daß einseitige Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite auf Dauer nicht zur Verständigung, sondern zur Zwietracht und zum Haß führen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 20. Januar 2001 (x887/...): >>Über Amerikaner spricht man nicht

Auch Westalliierte verletzen Haager Landkriegsordnung

Von den 3.500 archäologischen Fundstücken aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, unersetzliche Dokumente der europäischen Geschichte, fanden die Sowjets in Kisten 1.500 im Flak-Turm, darunter der "Schatz von Troja", den Schliemann gefunden hatte und der heute in Rußland als "Beute" auf seine Rückkehr nach Deutschland wartet. Wo sind die übrigen 2.000 Objekte?

Die Skulpturen-Galerie vermittelte einen Überblick über die Bildhauerkunst vom 9. bis zum 19. Jahrhundert. Ein Teil davon ist tatsächlich, da nachweislich im Flak-Bunker, verbrannt, ein Teil wurde von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben. Die wichtigsten Skulpturen aber fehlen.

Die von Klaus Goldmann, Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, angeführten Verluste sind nur einige Beispiele aus der riesigen Anzahl von vermißten deutschen Kulturgütern. Die deutschen Museumsdirektoren haben sich bisher damit begnügt zu erklären, diese Objekte seien dem Krieg zum Opfer gefallen, wobei manche durchaus wissen dürften, daß das keineswegs für alle verschwundenen Stücke gilt.

Man weiß sehr wohl in Fachkreisen, in welchem Land man nach ihnen suchen müßte. Nur gilt es als politisch unkorrekt, gegenüber unseren Freunden in den USA solche Feststellungen öffentlich zu treffen. Die Reaktionen sind also ähnlich wie in der Zeit vor der Wende in der DDR, als es auch niemand wagen konnte, öffentlich zu erklären, welche immensen Kunstschätze von der UdSSR in Deutschland geraubt worden sind.

Während in der DDR tatsächlich ein Enthüller Leib und Leben, mindestens aber seine Existenz riskiert hätte, wäre ein altbundesrepublikanischer Museumsfachmann, der auf die USA als wahrscheinlichen Kunsträuber hinweist, zwar einem politischen Druck ausgesetzt, doch brauchte er nicht zu befürchten, seine berufliche Position zu verlieren oder Schlimmeres zu gewärtigen. Trotzdem hält man lieber den Mund. Und eine Arbeit wie die hier referierte des Dr. Goldmann muß im Ausland erscheinen! ...

In seiner Eröffnungsrede am 8. Februar 1946 vor dem internationalen Militärtribunal von Nürnberg sagte der sowjetische Hauptankläger, daß nach Artikel 56 der Haager Landkriegsordnung von 1907 "jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung ... von Werken der Kunst und Wissenschaft" verboten sei und "geahndet werden" solle. Allerdings beschuldigte er zusammen mit seinem alliierten Kollegen nur Deutschland der Verstöße gegen diese Vorschrift. Zur selben Zeit raubten, wie jetzt bekannt geworden ist, nicht nur Stalins Armeen systematisch deutsche "Werke der Kunst und Wissenschaft".

Als im Mai 1945 die deutschen Streitkräfte kapitulierten, begann eine lebhafte Diskussion vor allem in den Vereinigten Staaten, ob man tatsächlich auf das Eigentum von Museen und von Privatleuten zum Zwecke der Reparationen zurückgreifen sollte.

Am 6.11.1945 traf in Verfolgung des Planes, Kunstwerke als Reparationsgüter zu beschlagnahmen, aus Washington beim Direktor der amerikanischen Sammelstelle für deutsche Kunstwerke und Wissenschaft in Wiesbaden, Capt. Walter Ings Farmer, der Befehl ein, unverzüglich 202 alte Meisterwerke aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum zusammenzupacken und in die USA zu schaffen, um sie "sicherzustellen".

Diese Gemälde gelangten tatsächlich in die USA, zunächst mit der klaren Zweckbestimmung, daß die USA sie sich aneignen wollten. Als das in der Öffentlichkeit bekannt wurde, behauptete man, es handele sich bei den Gemälden um "Nazi-Raubgut". Da aber wandten sich die meisten der in Europa eingesetzten amerikanischen Kunstschutzoffiziere in einem offenen Brief an die amerikanische Regierung, sich nicht des völkerrechtswidrigen Kunstraubes schuldig zu machen. Ihnen schlossen sich US-Politiker an, so daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den USA einige Jahre später alle Gemälde an Deutschland zurückgegeben wurden, nachdem sie in mehreren Städten in den Vereinigten Staaten ausgestellt worden waren.

Während des Krieges wie auch in den ersten Jahren nach Kriegsschluß beteiligten sich alle Siegermächte ernsthaft an den Verhandlungen über die Frage, ob man Kunstwerke und andere wertvolle Objekte der Kultur den Deutschen wegnehmen sollte als Kompensation für eigene Kriegsverluste an Kulturgütern, wobei sich die Frage aufdrängt, für welche Verluste die USA sich "entschädigen" wollten. Das Thema blieb auf der Tagesordnung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland. Allerdings kam es zu keiner Einigung der Alliierten über die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt und umgesetzt werden sollte.

Goldmann schließt seinen umfangreichen, in englischer Sprache gehaltenen Beitrag in einer britischen Fachzeitschrift mit den Sätzen: "Alles in allem erscheint es dem Autor dieses Aufsatzes außerordentlich bemerkenswert, daß die meisten dieser 'kulturellen Ziele' - gemeint sind die Kunstwerke, die als geplante Beute der Sieger auf den Restitutionslisten standen, die schon vor Abschluß des Krieges von allen Seiten auf Listen erfaßt worden waren, sofort in verschiedenen Kanälen verschwanden. Diese verschiedenen Wiedergutmachungskanäle sind geheim geblieben bis heute. Das bemerkenswerte Verschwinden und das Schicksal dieser in den meisten Fällen ebenso einmaligen wie kostbaren Werke ist ein Mysterium. Wer aber hält den Schlüssel zu den Schatzkammern in der Hand, die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis unter das Dach gefüllt worden sind?"

Goldmann läßt durchblicken, daß die von ihm gefundenen Dokumente, daß Zeitungsberichte und daß Zeugenaussagen den begründeten Schluß zulassen, daß sofort nach dem Kriege US-Sondereinheiten die im Deutschen Reich vorhanden gewesenen kompletten Verzeichnisse der ausgelagerten Kunstwerke manipuliert haben. Dabei konnten sie der Hilfe von Direktorialbeamten der Berliner Museen sicher sein; gemeinsam veränderte man Bestandslisten, um zu verhindern, daß mit Hilfe der Unterlagen die Sowjets sich der Kunstwerke usw. bemächtigten. Dabei dachten die Berliner Verantwortlichen, daß die Kunstwerke in amerikanischer Hand sicher wären. Als sie jedoch nach Übernahme durch die amerikanischen Truppen verschwanden

den, erklärten die amerikanischen Stellen, sie seien verbrannt oder zerstört.

Dazu Goldmann: "Damit aber waren die Objekte tot, und fortin suchte niemand mehr, auch nicht in amerikanischen Museumsmagazinen, wo sie erst nach hundert Jahren von 1945 an gerechnet gezeigt werden dürfen."

1985 brachte das Fernseh-Magazin "Report" einen Bericht über nach dem Krieg illegal in die USA verbrachten deutschen Kunstschatze. Reporter hatten einige der angeblich am Kriegsende vernichteten Kunstwerke in amerikanischen Museen ausfindig gemacht. Im Bundestag stellte daraufhin die SPD-Abgeordnete Konstanze Wegner die Frage an die damalige Bundesregierung, welche Bemühungen sie unternommen habe, um diese auf völkerrechtswidrige Weise in die USA gelangten Kunstwerke nach Deutschland zurückzuholen.

Der Staatsminister Hoyer antwortete ausweichend und behauptete, die Fernsehsendung sei "einseitig, verkürzt und lückenhaft" gewesen. Er vertrat die Ansicht, die US-Regierung habe zu keinem Zeitpunkt "völkerrechtswidrige Beutepolitik" in Deutschland verfolgt. Goldmann kommentiert: "Diese Feststellung scheint nach den hier dargestellten Zusammenhängen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten zu entsprechen."

Es dürfte an der Zeit sein, die Bundesregierung zu fragen, was sie zu unternehmen gedenkt, um die völkerrechtswidrig auch in die USA gelangten deutschen Kulturgüter zurückzubekommen.<<

Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärte in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>... Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästi-

nensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. ...<<

Hans-Peter Uhl, CSU-Politiker, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, schrieb am 9. Juni 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"**Nicht aufrechnen, aber erinnern!"**

... Wir beweisen ... erneut unsere Verantwortung vor der historischen Wahrheit. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft wollen mit dieser Stiftung die bereits geleisteten Wiedergutmachungszahlungen noch einmal ergänzen, um dadurch ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Das Wachhalten der Erinnerung an das vergangene Leid darf aber auch nicht dazu führen, daß das Erinnern zur alleinigen Verpflichtung der Deutschen wird. Die richtige Erinnerung darf nicht bei unserer schonungslosen Aufdeckung von Verbrechen durch die Nazi-Herrschaft stehenbleiben:

- Der Verbrechen der Deutschen wird gedacht.
- Aber die Verbrechen an Deutschen werden ausgeblendet.

Ohne jede Aufrechnungsabsicht muß festgestellt werden: Das Unrecht des Naziregimes hat letztlich auch das Unrecht an vielen Deutschen ausgelöst. Aber ein Unrecht kann das andere Unrecht niemals rechtfertigen. Es kann kein Aufrechnen geben. Weder für uns noch für andere. Erinnern kann nicht teilbar sein!

Es darf zu keiner ewigen Stigmatisierung der Deutschen kommen. Sonst bedeutete das: Deutsche dürfen ihre Verbrechen nicht aufrechnen. Wohl aber dürfen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, mit dem NS-Unrecht aufgewogen werden. ...

Weit über zwei Millionen Deutsche sind nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch Vertreibung, Internierung und Zwangsarbeit zu Tode gekommen.

Alles dies geschah übrigens in demselben Zeitraum, als in den Nürnberger Prozessen gegen Nazi-Größen Todesurteile wegen Deportation, Zwangsarbeit und Vernichtung ausgesprochen wurden.

Verantwortung beginnt mit der Wahrhaftigkeit, und sie endet mit ihr. Ob Christ, ob Jude oder Atheist, ob Pole, Russe oder Deutscher: Was man ihnen in den Arbeitslagern des Zweiten Weltkriegs und danach antat, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. ...

Der englische Berichterstatter Bashford schrieb bereits im Sommer 1945 an das englische Außenamt: "Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. ... In Swientochlowice in Oberschlesien müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals im kalten Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."

In einem Bericht an den amerikanischen Senat vom 28. August 1945 heißt es: "Man hätte erwarten dürfen, daß nach der Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals wieder derartiges geschehen würde; das aber scheint leider nicht so zu sein."

Der Philosoph Bertrand Russell schrieb am 19. Oktober 1945 an die Londoner "Times": "In Osteuropa ... hat man ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert."

So wie das Erinnern unteilbar und Leid nicht teilbar ist, so ist auch die Verantwortung für

Verbrechen nicht teilbar. Willy Brandt kniete in Auschwitz. Roman Herzog bat im Warschauer Ghetto um Vergebung. Deutsche haben sich zu Recht für deutsche Untaten immer wieder entschuldigt und um Vergebung gebeten. Wir vermissen aber, daß auch die Gegner von einst sich ihrer Verantwortung stellen. Eine wahre Aussöhnung kann es aber nicht geben, wenn das Leid des einen anerkannt und das des anderen geleugnet wird.

Wer sich nicht erinnert und damit die eigene Verantwortung leugnet, der sät die Blumen des Bösen: Auf dieser Saat der Selbstgerechtigkeit blüht keine Zukunft und gedeiht keine gute Nachbarschaft in Europa.

In unserer Fraktionserklärung zur Abstimmung im Juli des vergangenen Jahres forderten wir diejenigen Staaten auf, "die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, den noch lebenden deutschen Opfern eine der deutschen Regelung zur Zwangsarbeiterfrage entsprechende Entschädigung in Form einer humanitären Geste zu gewähren".

Wer dies verweigert, mit der Begründung, daß das deutsche Leid auf das Konto der Nazis gehe, vergißt zweierlei: Zum einen war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Zum anderen wurden diese Verbrechen an zumeist unschuldigen Zivilisten begangen. Wir wollen nur, daß die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit für alle Menschen, d.h. auch für Deutsche, gelten.

Die Geschichte kennt keinen Schlußstrich: Verantwortung für die Zukunft bedeutet deshalb, daß wir die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus fortführen werden. Wohl aber muß es für die Menschen in diesem Lande die Gewißheit geben, daß die materiellen Wiedergutmachungsleistungen irgendwann ein Ende nehmen. Denn über 70 Prozent aller heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren.

Erinnerung, Verantwortung, Zukunft - dieser Titel der Stiftung ist Ausdruck des deutschen Bemühens um Versöhnung und materiellen Ausgleich für das von deutscher Seite verursachte Leid. Über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs muß es aber auch für Deutsche eine historische Gerechtigkeit geben. Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als diese Gerechtigkeit. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>... Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.

Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayed, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<



Abb. 90 (x904/...): Holocaust-Mahnmal in Berlin: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde am 10. Mai 2005 feierlich eröffnet.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. September 2003 (x887/...):

>>**Gut gehütetes Kainsmal**

Über den Zwang vieler Politiker, die Kollektivschuldthese immer wieder neu zu beleben:

Vor drei Jahren unterbreiteten Erika Steinbach und Peter Glotz, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die eine, prominenter SPD-Politiker und -Vordenker der andere, der Öffentlichkeit den Plan, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu schaffen. In dieser von einer Stiftung getragenen Institution sollen die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts dokumentarisch-museumal dargestellt werden.

Darüber hinaus will man in diesem zentralen Vertreibungsmuseum, in dessen Mittelpunkt natürlich die größte ethnische Säuberung der Weltgeschichte stehen muß, auch wissenschaftlich Gründe und Folgen von Vertreibungen aufarbeiten. Die Initiatoren unterließen es nicht, den Botschaften der Nationen, die - aktiv oder passiv - von dem Thema betroffen waren, von dem Plan Kenntnis zu geben und sie zur Mitarbeit einzuladen.

Fast drei Jahre lang nahm die Öffentlichkeit von dem Projekt kaum Notiz. Als dann aber das Thema "Vertreibung der Deutschen" in den Medien zur Überraschung mancher - vielleicht auch angeregt durch Günter Grass' Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" - einen immer prominenteren Platz einnahm, da brach ein immer schriller werdender Chor vor allem polnischer und tschechischer Politiker und Intellektueller in Protestgeschrei aus.

Bald schloß sich ihnen die bekannte Polen- und Tschechen-Lobby von Joschka Fischer bis Rita Süßmuth an: Ein Zentrum in Berlin würde die "Geschichte umdeuten"; man müsse verhindern, daß durch ein solches Mahnmal die Deutschen nicht mehr als die ständigen Täter, sondern auch als Opfer in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dadurch könnte die Kollektivschuld der Deutschen angezweifelt werden, die für manche offenbar zum Fundament geworden ist, auf dem die Deutschen zu stehen haben, und zwar nicht aufrecht, sondern stets reuevoll gebückt.

Soeben ist ein Buch erschienen, dessen Autor ohne jede Verschnörkelung und ohne sich "bedeckt" zu halten den Kult mit der Schuld frontal angeht, ihn entlarvt als Herrschaftsinstrument, kritisch nach seinen Ursprüngen fragt und seine Unsinnigkeit aufdeckt. Der sudeten-deutsche Jurist und Autor zahlreicher juristischer wie historischer Bücher, Heinz Nawratil,

faßte auf 238 Seiten unter dem Titel "Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewußtsein" ... zusammen, wer verantwortlich ist für die These von der angeblichen deutschen Kollektivschuld, wer die Propaganda verbreitet, welchen Sinn sie hat und wie man ihr begegnen muß. ...

Die alliierte psychologische Kriegführung propagierte während des Krieges, allein die Deutschen seien schuld an Krieg und Verbrechen, und zwar alle Deutschen. Alliierte Politiker von Churchill und Roosevelt bis zu Stalin verbreiteten diese These, teils sicherlich aus Überzeugung, teil aber auch, um dadurch die eigenen Völker zum Kampf gegen die Deutschen aufzustacheln.

Mit der deutschen Kollektivschuld wurde dann nach der Kapitulation der Wehrmacht die weitgehend völkerrechtswidrigen Maßnahmen gegen Deutschland und die Deutschen gerechtfertigt - von der Zwangsarbeit, zu der deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in Siegerländer geschickt wurden, über die Annektierung deutschen Bodens, die Vertreibungen, den Raub deutscher Patente, die Demontagen, den Raub von Kulturgütern, bis zu den gewollten Hungersnöten in Deutschland und den Lagern deutscher Kriegsgefangener. So wurde die angebliche deutsche Kollektivschuld die Basis für die alliierte Besatzungspolitik in den ersten Jahren nach der deutschen Niederlage.

Von deutscher Seite war zunächst das Echo darauf verhalten. Zwar wies der sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher ebenso wie der Kardinal Graf Galen die Behauptung der deutschen Kollektivschuld scharf zurück, doch schlich sich die alliierte Propagandabeauptung dennoch in die öffentliche Debatte ein, so etwa wenn der erste Bundespräsident Heuss zwar den Begriff der Kollektivschuld zurückwies, ihn aber ersetzte durch die Kollektivscham, die in der Praxis ebenso instrumentalisiert wurde wie die Kollektivschuld.

Unvergessen bleiben sollte auch das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekennntnis", in dem - nicht ohne Mitwirkung des britischen Geheimdienstes - elf führende Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche ohne Legitimation die Alleinschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg aussprachen. - Der damalige Papst Pius X. hingegen stellte eine deutsche Kollektivschuld entschieden in Abrede.

Das deutsche Volk hingegen war in jenen ersten Nachkriegsjahren voll und ganz damit beschäftigt, das Land wieder aufzubauen. Außerdem gab es noch genügend viele Frauen und Männer, die die Legenden, mit denen die Kollektivschuldthese begründet wurde, widerlegen konnten.

Ende der 60er Jahre allerdings bemächtigte sich die "68er-Generation", Jugendliche ohne eigene Erfahrungen der Kriegs- und Notzeit, ohne ausreichendes Verständnis für ihre Elterngeneration, wohl aber vielfach mit Anzeichen von Wohlstandsverwahrlosung, der Kollektivschuldthese. Aber auch Leute, die es hätten besser wissen müssen, wie die Bundespräsidenten v. Weizsäcker und Herzog, übernahmen die Vokabel, damit aus dem Kreis der von ihnen Beschuldigten austretend und sich auf die Seite der Sieger schlagend. Und auch die Evangelische Kirche setzte ihre Kollektivschuld-Propaganda fort mit ihrer "Ostdenkschrift", in der sie die Vertreibung der Ostdeutschen rechtfertigte, unter anderem mit der bemerkenswerten Begründung, die Polen brauchten "Lebensraum".

Die 68er entdeckten als weltanschauliche Grundlage den Marxismus-Leninismus als Waffe gegen das eigene Volk, und so gingen, wie Nawratil überzeugend nachweist, Linksextremismus und Antigermanismus eine "quasi natürliche Symbiose" ein.

Deutschland war und ist das einzige Land, das mit der Übernahme von Schuld seine Vergangenheit zu "bewältigen" versucht, wofür Nawratil eindrucksvolle Beispiele aufführt.

Inzwischen haben die Vertreter jener Schuld- und Sühne-Generation erfolgreich den Weg durch die Institutionen angetreten. Nun werden sie vom Ausland handfest aufgefordert, die deutsche "Schuld" permanent wieder gutzumachen, wozu beispielsweise auch gehört, daß aus-

ländische "Freunde" mit Erfolg fordern können, deutsche Soldaten hätten in allen Winkeln der Welt alle möglichen Interessen zu vertreten, die keineswegs die deutschen sind.

Inzwischen ist die deutsche Kollektivschuld zur Staatsreligion geworden. Ihr Hauptprediger ist Joschka Fischer, dessen Wort aus dem Jahr 1999 unvergessen ist. Vom französischen Außenminister gefragt, welches der Urkonsens sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte - so wie Frankreich durch die Revolution 1789, antwortete der deutsche Außenminister, für die Bundesrepublik sei das Auschwitz. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial kam zu dem Schluß, daß Deutschland wohl das einzige Land der Welt sei, in dem ein "negativer Nationalismus" herrsche. Nawratil zitiert, daß Deutschland unter diesen Umständen nur eine Aufgabe hätte, nämlich sich selbst abzuschaffen.

In Nawratils Buch "Der Kult mit der Schuld" liest man absurde bis skurrile Beispiele für Schuldbekennnisse deutscher Politiker, so etwa Joschka Fischers Ansicht, Deutschland trage Schuld an der Sklaverei, woraus sich natürlich finanzielle Forderungen aus Afrika ergaben. So werden Schuldkomplex, Selbsthaß und moralische Desorientierung miteinander verzahnt.

Bemerkenswert, und auch das stellt Nawratil überzeugend dar, ist die Tatsache, daß niemand daran denkt, die Verbrechen des Kommunismus "aufzuarbeiten", obwohl sie, gemessen an der Zahl der Opfer, die deutschen oder nationalsozialistischen Verbrechen bei weitem übertreffen. Aber weder die Russen als Trägervolk des Kommunismus noch die Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben, sehen eine Notwendigkeit, den Kommunismus daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit sie schuldig sind für die Greuel des 20. Jahrhunderts.

Mit einer sachlichen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die These von der deutschen Kollektivschuld nichts zu tun. Selektiv nur werden Verbrechen der Vergangenheit wahrgenommen und zu Propagandathesen verarbeitet. "Massenverbrechen werden in der Öffentlichkeit entweder hochgespielt oder vertuscht, je nach politischem Nutzen", so lesen wir. Und: "Wo das Totschweigen - von Sieger-Verbrechen - nicht weiterhilft, versucht man, die Verbrechen durch deutsche Kollektivschuld oder ähnliche Argumentationsketten zu rechtfertigen. Auf diese Weise aber entstehen Erfolgsmodelle für künftige Massenverbrechen."

Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung waren die "ethnischen Säuberungen" in Jugoslawien, die die dortigen Machthaber glaubten vornehmen zu können, da die "ethnischen Säuberungen" Ostdeutschlands auch nicht geahndet worden waren. Können aber die Verbrechen an Deutschen nicht mehr unterdrückt werden, dann rechtfertigt man sie, indem man versucht, sie aufzurechnen.

Welche absurden Folgen der so herangezüchtete deutsche Schuldkomplex hat, hat Günter Maschke, aufgelistet, den Nawratil in seinem Buche zitiert: "Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen - wegen Hitler! ... Sie fürchtet den Vorwurf des Antiamerikanismus - wegen Hitler! Und den des Antikommunismus - wegen Hitler! Sie versagt sich die Rechte, die jeder Nation zustehen - wegen Hitler!" Und Maschke fragt: "Wie lange noch die Regierung Hitler?" Nawratil antwortet sarkastisch: "Bis zum Jahre 2933. Dann vielleicht erweist sich das Dritte Reich dennoch als tausendjährig - 12 Jahre Diktatur, 988 Jahre Bewältigung."

Als Historiker nach gründlichen Forschungen zu dem Schluß kamen, der Reichstag sei 1933 keineswegs von den Nazis, sondern tatsächlich von dem Anarchokommunisten van der Lubbe allein angezündet worden, warnte Thomas Manns Sohn Golo davor, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten, weil sonst das Bewußtsein der Alleinschuld gemindert werden könnte.

Als ein russischer Fernsehregisseur auf seiner Deutschlandreise Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker, Zeit-Chefredakteurin Gräfin Dönhoff sowie Egon Bahr besuchte und sie unter anderem darauf hinwies, daß es zunehmend Anzeichen dafür gebe, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Krieg lange vorbereitet hatte und die deutsche Wehrmacht ihm nur zuvorgekommen sei, antworteten diese, er solle das nur nicht in seinen Fernsehfilmen erwähnen, "weil damit Hitler ja entlastet würde". Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Festhalten an Legenden

Stalin entlastet. Nawratil sagt zu Recht, derartiges erinnere verzeifelt an "selige DDR-Zeiten".

Zu diesem Kapitel gehört auch die Aussage des ehemaligen Fraktionschefs der SPD in Nordrhein-Westfalen, Farthmann, der meinte, es dürfe im Hinblick auf das Dritte Reich in Deutschland keine Rechtsparthei geben, weil das "unserem internationalen Ansehen nur schaden" könne.

Ein Kapitel ist der Wiedergutmachung gewidmet, die eine direkte Folge der Behauptung ist, alle Deutschen seien kollektiv schuldig. Nach Information des Bundesfinanzministeriums hatte die deutsche öffentliche Hand bis 1999 insgesamt über 103 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt, weitere 26 Milliarden würden aufgrund von Abmachungen in den nächsten Jahren hinzukommen. Wenn man dann die gewaltigen Dimensionen alliierter Demontagen und Reparationsentnahmen zählt, die Beschlagnahme von Urheberrechten und Forschungsergebnissen, die Raubzüge an deutschem Kulturgut, die Arbeitsleistungen deutscher Zwangsarbeiter, das, was bei der Annexion deutscher Gebiete den Siegern in die Hände fiel, dann hat Deutschland mit Abstand mehr wieder gutgemacht, als durch den Krieg zerstört worden ist. Und trotzdem gehen die Forderungen nach deutschen Tributzahlungen weiter.

Nawratil fordert die Deutschen auf, endlich den aufrechten Gang zu lernen und Mut zu haben. Eine zweite Aufklärung sei notwendig, um die Deutschen aus ihrer "selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu befreien.

Der Psychologe Prof. Speidel beurteilt in einem Abschlußkapitel die Sucht, Kollektivschuld auf sich zu nehmen. Er kommt zu dem Schluß: "Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm Generativität, Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und eine Satellitenmentalität. Das Kollektivschuldintjekt ist ein gefährliches Risiko, ob es wie bisher autodestruktiv wirkt oder per Aggressionsumkehr nach außen. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 6. Dezember 2003 (x887/...):
>>"**Keine Kameradschaft**"

Am 4. November ist der Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte, KSK, in Calw, Brigadegeneral Reinhard Günzel, in einer Blitzaktion des Verteidigungsministers in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Vorausgegangen war das Verbot der Ausübung des Dienstes und des Tragens der Uniform. Er durfte die Kaserne vor seiner Entlassung nicht mehr betreten, geschweige denn seine Dienstgeschäfte ordnungsgemäß übergeben und sich von seiner Truppe verabschieden.

Der General hatte - nach dreiwöchiger dienstlicher Abwesenheit - einen Berg liegengebliebener Post etwas eilig und unbedacht abgearbeitet. Sein anerkennender Dankesbrief an den ihm gut bekannten Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, der ihm seine angeblich antisemitische Rede zum Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober übersandt hatte, war in einem abstoßenden Wortbruch durch ein Fernsehteam an die Öffentlichkeit gelangt.

Wie man in den Fernsehnachrichten verfolgen konnte, hat der ungediente Oberbefehlshaber der Bundeswehr im Frieden von einem "verwirrten General", der "nicht ehrenhaft" entlassen worden ist, gesprochen. Die Medien, bekannt für ihren Mut und ihre Toleranz(!), richteten den General in einem wahrhaft einstimmigen Chor so hin, wie es in vielen Büchern längst an zahlreichen Beispielen geschildert wird. Günzel ist "gesebnitzt" worden. Der inszenierte Skandal ist wichtiger als jedes menschliche Schicksal.

Als General Günzel am Tage der Offenbarung seines Fehlers um 14 Uhr bei dem (zivilen) Rechtsberater des Inspektors angehört werden sollte, stellte sich heraus, daß er bereits für 18 Uhr zur Entgegennahme seiner Entlassungsurkunde, die von Berlin nach Bonn geschickt wer-

den mußte, einbestellt worden war. Darauf sagte der General dem Beamten: "Da meine Anhörung ja, wie Sie selbst bestätigen, keinen Einfluß auf meine Entlassung mehr hat, können Sie sich Papier und Tinte sparen."

So weit, so schlecht. Die Urkunde des Bundespräsidenten enthielt nicht - wie üblich - den Dank für treue Dienste, in diesem Fall nahezu 41 Dienstjahre. Der General ist "wie ein Hühnerdieb" vom Hof gejagt worden. Das also ist die Praxis der "Inneren Führung".

Dies ist der weniger wichtige Teil der Affäre. Wir denken vielmehr schon viele Tage über den Paragraphen 12, "Kameradschaft", des Soldatengesetzes und die Grundregeln menschlichen Anstandes nach. Keiner der militärischen Vorgesetzten hat es offensichtlich fertiggebracht, den Betroffenen in Ruhe in einem kameradschaftlichen Gespräch unter vier Augen anzuhören, weder vorher noch hinterher! Das billigen wir dem jüngsten Leutnant zu. Man stelle sich dieses Verhalten des höheren Führerkorps der Bundeswehr in einer Diktatur wie dem Dritten Reich vor - nicht auszudenken!

Wo also bleibt die Generalität? Die politische Klasse hat wieder einmal aller Welt gezeigt, daß die "Zivilgesellschaft" keinen Verstoß gegen ihre Spielregeln und kein Ausscheren aus ihrer Ordnung duldet.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 2004 (x887/...):
>>**Von Kollektivschuld kann keine Rede sein**

Bei einer Nachbetrachtung der Wehrmachtausstellung verneinen Historiker deren wissenschaftlichen Wert

Die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat eine gesellschaftliche Debatte entfacht, die fast zehn Jahre lang geführt wurde. ...

Der Ertrag, den die wissenschaftliche Forschung aus der Arbeit des Instituts ziehen kann, ist denkbar gering. Doch darum dürfte es den Ausstellungsmachern auch gar nicht gegangen sein. Sie wollten offensichtlich den gesellschaftlichen Legitimationskonsens der Kriegsgeneration zerstören. Das Bild von der als Institution in ihrer Gesamtheit sauberen Wehrmacht sollte ersetzt werden durch das Bild von der allgemein verbrecherischen Wehrmacht.

Die Kriegsgeneration, die noch bis vor wenigen Jahren die Führungseliten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen gestellt hat, sollte jetzt auf diese Weise sozusagen "post mortem" demontiert werden. Ein später Erfolg der 68er also.

Und die Deutschen? Wie reagierten sie auf diese kollektive Schuldzuweisung, die keineswegs das Ergebnis seriöser Forschung und Aufarbeitung war? Folgsam und politisch korrekt ausgerichtet, nahmen sie das düstere Bild, das hier von ihren Vätern und Großvätern gezeichnet wurde, kritiklos an. Die Medien, Politiker und Kulturschaffende überschlugen sich in ihrem einhelligen Entsetzen über "die verbrecherische Wehrmacht". Diejenigen, die sich gegen Reemtsma wandten, blieben wenige und bei ihren Veranstaltungen zumeist unter sich.

Die etablierte Fachwissenschaft schwieg lange in dieser Debatte. Kein Wunder, denn eine fundierte Quellenkritik hätte schnell zu einem vernichtenden Urteil über die Ausstellung geführt. Welcher Historiker im staatlichen Wissenschaftsbetrieb aber kann es sich schon leisten, "in die rechte Ecke gestellt" zu werden, weil er gegen den Strom schwimmt? So blieb es schließlich dem polnischen Historiker Bogdan Musial und seinem ungarischen Kollegen Krisztian Ungvary überlassen, mit den Ausstellungsmachern hart ins Gericht zu gehen. Schließlich wurde die Ausstellung vom Markt genommen und eine Historikerkommission mit ihrer Überarbeitung beauftragt. ...

Für de Zayas hat die Ausstellung keinerlei wissenschaftliche Bedeutung, da sie nur Einzelfälle darstelle, die schon allein quantitativ nicht aussagekräftig seien. Er hält die Ausstellung schlichtweg für "pietätlos" und kritisiert ihre Duldung durch die Öffentlichkeit als "Versagen der Gesellschaft". Die kollektive Beschuldigung der Wehrmacht ist nach seiner Auffassung eine Unverschämtheit, da die Quellen nicht nur Schuld, sondern auch Unschuld bewiesen. Die

deutschen Vorschriften und die vielen Befehle zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts paßten nicht zu Reemtsmas These von der NS-Verschöpfung an der Spitze der Wehrmacht. Entlastendes Quellenmaterial sei von den Ausstellungsmachern jedoch bewußt nicht herangezogen worden. Zudem sei der Zusammenhang von Partisanenkrieg und Vernichtungskrieg quantitativ und qualitativ vollkommen ignoriert worden.

In einem völkerrechtlichen Exkurs wies der US-Amerikaner de Zayas nach, daß viele Maßnahmen der Wehrmacht, so furchtbar sie auch gewesen sein mögen, vom Kriegsvölkerrecht gedeckt waren und somit keine Verbrechen darstellten. Auch alliierte Streitkräfte hätten in vielen Fällen ähnlich gehandelt, ohne daß ihr Verhalten heute Gegenstand wissenschaftlicher oder gar gesellschaftlicher Debatten sei. Abschließend bezeichnete de Zayas die Ausstellung als unseriös und überflüssig.

Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil, Autor des Reemtsma-kritischen Buches "Legenden, Gerüchte, Fehltritte", bewertete die Bilderschau als "polemisch und einseitig". Ihr Konzept sei falsch, und sie enthalte zahlreiche sachliche Fehler. Der Titel allerdings sei brillant gewählt, ermögliche er doch eine "Suggestion über die eigentliche Aussage der Ausstellung hinaus". Die Wehrmacht als Ganzes werde angegriffen, auch wenn nur Einzelbeispiele genannt würden.

Auch Scheil trat der These entgegen, die militärische Führung habe Hitlers Kriegskonzept ausnahmslos zugestimmt. Ein schlüssiger Nachweis dafür sei nicht möglich. Vielmehr sei die Historikerkommission zu dem Schluß gekommen, daß streng nationalsozialistische Offiziere die Ausnahme gewesen seien. Von einer Kollektivschuld ihrer Soldaten könne keine Rede sein. Hitler selbst habe dem Militär deshalb bis zum Schluß äußerst mißtrauisch gegenüberstanden. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte am 22. August 2004 während einer Rede in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."

Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als böse Täter verstanden werden?

Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich für die Demokratie geführt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.

Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...

Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer

geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.

Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.

Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<

Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete im Jahre 2004 über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-248,255-256): >>... Die Kollektivschuld ist das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden ...

Die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit und Gefährlichkeit der Wertprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekennnisse und Bußrituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...

Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...

Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen ist - Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und Nationalstolz.

Die kollektive masochistische Moral - wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift - stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet ...

Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die geißlerischen Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freud beschrieben hat. Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben ... anbietet, wie im Kampf der 68er Generation ... das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.

Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pedant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt

wird. ...

So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.

... Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen ...

Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden ... unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal oder populistisch belegt werden. ...<<

>>... Kollektivschuld und masochistische Moral wurden ... zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt.

...

Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 30. April 2005 über die US-Umerziehungsexperten: >>Wir waren nicht mehr wehrlos

Von *Ulrich Baron*

Die Ritchie Boys: Wie deutsche Emigranten dem amerikanischen Geheimdienst halfen

So hatte sich der 1911 in Budapest geborene János Békessy die militärische Lage in den USA nicht vorgestellt. Nachdem ihn ein Militärlaster an der Bahnstation von Baltimore abgeholt und stundenlang durch das verschneite Land gefahren hatte, sah er dort das, vor dem er 1940 aus Europa geflohen war: "Eine Kompanie uniformierter SS marschierte an mir vorbei. Ein deutscher Militärwagen, wie ich ihn aus Dieuze kannte, ratterte an mir vorüber: Zwei deutsche Offiziere saßen steif im Fond des Wagens." Auch deren fernöstliche Verbündete waren nah: "Auf dem Feld zu unserer Rechten exerzierte eine japanische Kompanie, während sich im Hintergrund die Umrisse eines deutschen Panzers abhoben."

Verkehrte Welt! Doch auch ein siegesgewisser Nazi, den es zu dieser Zeit in die Berge Marylands verschlagen hätte, wäre verblüfft und wohl ein wenig enttäuscht gewesen, weil die meisten dieser SS-Männer Jiddisch sprachen. Das in der idyllischen Landschaft der Blue Ridge Mountains gelegene Camp Ritchie war kein Brückenkopf der Achsenmächte in den USA und auch kein gewöhnliches amerikanisches Militärlager, sondern ein "Military Intelligence Training Center", ein Ausbildungszentrum für psychologische Kriegsführung. Vor allem deutschsprachige Emigranten aus Europa wurden hier für Einsätze als Verhör- und Propagandaspezialisten jenseits des Atlantik vorbereitet. Dabei waren viele von ihnen damals noch gar nicht richtig in den USA angekommen.

Jahrzehnte später hat der Dokumentarfilmer Christian Bauer einige Veteranen unter den "Ritchie-Boys", aufgespürt und sie ihre Geschichten erzählen lassen. Jenen János Békessy aber, der seine Ankunft im Camp so plastisch geschildert hatte, konnte er nicht mehr interviewen. Der war bereits 1977 im Tessin verstorben - nachdem er es unter seinem Pseudonym Hans Habe zu einem der bekanntesten deutschsprachigen Publizisten der Nachkriegszeit gebracht hatte.

Solche Namenswechsel waren nicht selten in der Geschichte der Ritchie-Boys, und das nicht nur weil sie in geheimer Mission kämpften. Wenn der 1922 in Hildesheim geborene Günther Stern zu Guy Stern, wenn der gleichaltrige Fritz Ehrlicher zu Fred Howard wurde, so war das auch ein Bekenntnis zu ihrer neuen Heimat, die für die meisten von ihnen USA hieß. Leicht hatte man ihnen es dort nicht gemacht. Guy Stern war mit nur 15 Jahren ins Land gekommen, als einziger seiner fünfköpfigen Familie, der ein Einreisevisum erhalten hatte, und - wie er später erfuhr - als einziger, der dem Holocaust entkam.

Für viele der deutschen Emigranten, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung zuerst aus politischen und bald auch aus rassistischen Gründen verfolgt worden waren, wurden die USA spätestens dann zum Gelobten Land, als Exilländer der ersten Stunde wie die Tschechoslowakei und Frankreich der Übermacht Deutschland erlagen. Doch wer die ersehnte Einreiselerlaubnis bekommen hatte, sah sich oft bald ernüchtert.

Der Antisemitismus hatte am Atlantik nicht halt gemacht, und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 galten die deutschstämmigen Auswanderer in Amerika als "enemy aliens", als feindliche Ausländer und potentielle Agenten ihrer einstigen Verfolger. Für den 1918 im polnischen Lublin geborenen Maler Si Lewen war das Ende seines amerikanischen Traums schon bald nach seiner Ankunft in New York im Jahre 1935 gekommen, als ein Polizist, der ihn als Juden erkannt hatte, den Jungen im Central Park ausraubte und zusammenschlug.

Die freiwillige Meldung zum Militär war auch ein Mittel sich Respekt zu verschaffen und zu zeigen, daß man auf Seiten Amerikas stand. Für junge jüdische Emigranten, die verzweifelt und oft vergeblich versucht hatten, ihre Eltern und Geschwister vor dem Untergang zu bewahren, bedeutete dieser Schritt aber noch viel mehr. "Ich habe geweint, als ich mein Gewehr bekam", zitiert Bauer den ehemaligen Ritchie-Boy Stefan Heym: "Ich war nicht mehr wehrlos. Zum ersten Mal konnte ich mich verteidigen."

Doch die Männer von Camp Ritchie sollten nicht auf die Deutschen schießen, Sie sollten mit ihnen und zu ihnen sprechen. Denn wer hätte die Mentalität eines feindlichen Soldaten besser gekannt als sein ehemaliger Schul- oder Turnkamerad? Guy Stern, inzwischen ein emeritierter Professor für deutsche Literatur in Detroit, erinnert sich an eine solche Begegnung.

Während der Kämpfe in der Normandie stieß er in den Unterlagen kriegsgefangener Deutscher auf den Namen eines Mannes, den er aus dem Turnverein kannte. Zum nächtlichen Verhör bestellt, habe sich der gefangene Offizier verblüfft über die Detailkenntnis des Amerikaners gezeigt. Erkannt hat er ihn nicht. Kleider und mehr noch Uniformen machen Leute. Aber die Frage, die Guy Stern am liebsten gestellt hätte, mußte er sich versagen, um seine Identität nicht zu verraten. Erst Monate nach Kriegsende sollte er die Antwort darauf erhalten: Seine Eltern, seine Schwester und sein Bruder waren im Warschauer Ghetto umgekommen.

Aus Sicht mancher ihrer amerikanischen Kameraden - und mehr noch aus Sicht ihrer einstigen Landsleute - erschienen die Ritchie-Boys sicherlich als privilegiert, weil sie mit Worten, Flugblättern, Lautsprechern kämpften. Die Küche im Camp galt als die Beste der US-Army. Und welcher GI hätte Fred Howard und Guy Stern nicht um ihre Jeep-Partie mit Marlene Dietrich beneidet? Und es gab auch komische Szenen, wie die mit den Männern der Counter Intelligence Group, die versuchten "eine Gruppe von ziemlich verwirrten Deutschen zu verhören - in höchst elegantem Französisch".

Auf den Vorschlag, es doch einmal auf Deutsch zu versuchen, soll der Captain geantwortet haben: "Nach unserer Landkarte sind wir in Aix-La-Chapelle. Wir sind doch in Frankreich?" Daß es sich bei Aix-La-Chapelle um den französischen Namen Aachens handelt, war ihm entgangen. Dramatischer war schon das Erlebnis, das Guy Stern mit dem für seine Geschäftstüchtigkeit und seine Abkürzungen berühmten Sergeant "Short Cut" Rabinek hatte. Nachdem Rabinek wieder einmal die falsche Abkürzung gewählt hatte, fanden sich beide plötzlich

mit leerem Tank in unmittelbarer Nähe einer deutschen Stellung wieder. Zudem hatte der Sergeant das Benzin im Reservekanister gegen Calvados eingetauscht, doch glücklicherweise soll der Motor auch damit angesprungen sein.

Solche Anekdoten sind der Stoff, mit dem man Kriegserlebnisse erträglich macht, doch bevor etwa Werner Angress mit Beuteaquavit auf den Tod Hitlers anstoßen konnte, hatten er und viele seiner Kameraden ihr Leben riskiert. Es gehörte Mut, ja Tollkühnheit dazu, sich mit einem Lautsprecherwagen, dessen Schall zunächst kaum mehr als 50 Meter reichte, der feindlichen Front zu nähern. "Eine typische Army-Dummheit" nannte Si Lewen diese Praxis, die auf Seiten der Roten Armee auch von kommunistischen Exilanten geübt wurde: "Die Deutschen mußten nur dahin schießen, wo der Ton herkam - schon erwischten sie das ganze Team."

Schlimmer noch war die Gefahr, gefangen genommen und als ehemaliger deutscher Jude erkannt zu werden. Angress, der bei Beginn der Invasion seinen ersten Fallschirmabsprung absolviert hatte, landete hinter den deutschen Linien, wurde eingesperrt und zwei Wochen danach von US-Truppen befreit. Später wäre er in Frankreich fast von Amerikanern erschossen worden, die ihn wegen seines Akzents für einen verkleideten Deutschen hielten.

Eines der erschütterndsten Erlebnisse beschreibt Morris Parloff, einer der wenigen gebürtigen Amerikaner unter den Ritchie Boys, der die Befreiung des Lagers Nordhausen miterlebt hat. Ein ehemaliger Insasse sei auf einen mehr als zwei Meter hohen Aschehügel gestiegen und habe gerufen, er stehe auf einem Haufen jüdischer Asche: "Ich schrie ihn an, er solle herunterkommen", erinnert sich der Psychologe: "Aber er kam nicht runter, er sah mich nur an, als wolle er sagen: 'Was willst du? Das ist unser Leben'."

Schließlich habe er den Mann vom Aschenhaufen heruntergezogen, doch mit ihm selbst sei dabei etwas Seltsames passiert: "Ich konnte mich nicht mit diesen Menschen identifizieren. Sie behaupteten, sie seien Juden, und ich war Jude, aber das waren keine Juden, wie ich sie kannte."

Als er versucht habe, zu den Befreiten zu sprechen - nicht auf Deutsch, sondern auf Jiddisch - habe er feststellen müssen, daß er seine Sprache verloren hatte - "ich wußte kein einziges Wort mehr - ich hatte alles vergessen - verdrängt. Ich war kein Jude mehr, nicht so!"

Mit solchen Erfahrungen bleibt jeder allein, und die Geschichte der Ritchie Boys ist im Leben der meist noch sehr jungen Beteiligten Episode geblieben. Stefan Heym hat ihr Wirken in seinem Roman "Der bittere Lorbeer" ("The Crusaders", 1948) beschrieben und darin scharfe Attacken gegen das amerikanische Militär und dessen Geschäfte mit Nazis geführt. Hanus Burger hat die USA bei Beginn der McCarthy-Ära verlassen, als die Formel "Antifaschist gleich Kommunist" wiederbelebt wurde. Hans Habe hat in "Ich stelle mich" 1948 nicht nur seine Ankunft im Camp, sondern auch seine persönlichen Verdienste ausführlich gewürdigt.

Die meisten der Ritchie-Boys allerdings sind in den USA geblieben, wo vom Camp, das viele von ihnen in sehr rascher Folge durchlaufen haben, nur noch eine Reihe leerer Gebäude und baufälliger Baracken übrig geblieben ist.

Deren einstige Bewohner, mit denen Christian Bauer gesprochen hat, haben inzwischen erfolgreiche Berufsleben hinter sich und waren ziemlich erstaunt darüber, daß gerade ein Deutscher sich für diesen Teil ihrer Geschichte interessierte.

Si Lewen, der nach dem Krieg einen totalen Zusammenbruch erlebte, ist schließlich in den Staat New York gezogen, zeichnete dort Bilder, die er seit 1985 nicht mehr verkaufen will, arbeitet mit Holzkohle, die ihn an die Asche der Toten erinnert. Später zerschneidet er die Leinwand. "In meiner Arbeit", sagt er, "hat nichts Bestand - alles ist Teil einer großen Transformation."

Als Christian Bauer mit Guy Stern und Fred Howard im Oktober 2003 das zum Fort beförderte Camp Ritchie besucht, steht auch dessen Transformation bevor. Seine Holzbaracken, weiß und zweistöckig, warten auf den Abriß. Betten und Installationen sind verschwunden, der Bo-

denbelag löst sich. Deutsche und japanische Uniformen sind längst aus den Blue Ridge Mountains verschwunden, und nur Wildgänse kreischen am nahe gelegenen See.

Christian Bauer, Rebekka Göpfert: Die Ritchie Boys. Hoffmann & Campe, Hamburg. ...<<
Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 28. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Nie wieder Deutschland"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil II

... Ein gewisser Schwerpunkt soll im folgenden sein, wie es zu diesem deutschen Sonderweg des Verlustes von nationaler wie staatlicher Selbstachtung gekommen ist, - wer diese Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflusste und wer sie heute fördert - und nicht zuletzt: welche Interessen und Ziele dahinter stehen. ...

Im Gegensatz dazu steht nicht, daß auch von Geschichtspolitik die Rede sein wird, von instrumentalisierter Erinnerungspolitik, denn diese bestimmt nicht nur das Handeln beziehungsweise die Barrieren für ein rationales Handeln der "hohen" Politik, sondern sie beeinflusst auch unser Alltagsleben, unser alltägliches Selbstverständnis - wenn wir etwa unablässig eingehämmert bekommen, daß wir ein "Tätervolk" seien, daß wir uns in Fortsetzung des unseeligen Kollektivschuldvorwurfs als "Volk der Täter" zu verstehen hätten.

Eigenartigerweise wird das "Völkische" in diesen "Tätervolk-Anklagen" von den Beschuldigten offenbar gar nicht bemerkt. Denn andererseits soll es ja, wenn es nach ihnen geht, kein "deutsches Volk" mehr geben, sondern nur noch eine identitätslose und somit manipulierbare "Bevölkerung".

Wie diese Strategie der Manipulation funktioniert, hat der Historiker Michael Stürmer in äußerster Knappheit folgendermaßen formuliert: daß nämlich "in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet". Stürmer tat diesen Ausspruch ein Jahr nach der berühmten Rede Richard von Weizsäckers: "Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", seiner Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages.

Diese vielbeachtete und in hoher Auflage verbreitete Rede wurde damals - man muß heute sagen: seltsamerweise - als eine Art Durchbruch und Aufbruch verstanden. Warum? Weizsäcker widersprach zum einen der wiederauferstandenen Kollektivschuldthese: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Landes gibt es nicht. Schuld ist ... nicht kollektiv, sondern persönlich." Und er fuhr fort: "Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben."

Diese Rede wurde vor 20 Jahren gehalten. Nach der heutigen indoktrinierten veröffentlichten Meinung wird nun sogar von den Enkel- und Urenkelkindern ein Schuldbekennnis erwartet und eingefordert. Und wenn es nach dem Wunsch von Funktionären wie Michel Friedman gehen sollte, hat dies für alle Ewigkeiten zu gelten.

Der andere, damals ebenfalls wie die Ablehnung der Kollektivschuldthese zu Recht als positiv gewertete Aspekt der Weizsäcker-Rede war, daß er auch an die deutschen Opfer erinnerte. Heute würde von Weizsäcker dafür wohl aus der CDU ausgeschlossen, wenn man unter anderem die Berliner Vorgänge um einen dortigen Bezirksbürgermeister und die Auseinandersetzungen um seine Wertung des 8. Mai oder auch seine Ansprache zum Volkstrauertag 2004 als Maßstab nimmt.

Dabei hatte schon Theodor Heuss von einer "tragischen Paradoxie des 8. Mai" gesprochen, daß nämlich mit der bedingungslosen Kapitulation die Deutschen "in einem zugleich befreit und vernichtet worden sind". Den Tag der Kapitulation nur als "Tag der Befreiung" zu deuten, ohne zugleich des mit diesem Tag beginnenden millionenfachen Todes in Deutschland sowie abermals beginnender Unfreiheit hierzulande zu gedenken, das wäre ihm nicht in den Sinn

gekommen.

Und auch nicht Kurt Schumacher, der zu selben Zeit ebenfalls auch scharf kritisierte: "Mit dem Wort von der Gesamtschuld beginnt eine große geschichtliche Lüge, mit der man den Neubau Deutschland nicht vornehmen kann." Diese Worte des früheren KZ-Häftlings und Vorsitzenden der SPD von der Kollektivschuld als "große geschichtliche Lüge" wären heute nicht mehr publizierbar, da sie den Nachteil haben, der Wahrheit zu entsprechen.

Die Kritik von Konservativen und Geschichtsbewußten an der Rede von Weizsäcker entzündete sich später an anderen seiner Formulierungen, hatte dieser doch selber zunächst betont - und damit eine Definition für die "Kunst des Erinnerns" gegeben - "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit."

Wie aber vertrug sich mit diesem Anspruch auf Wahrhaftigkeit sein lapidarer Satz: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung", wo doch die bekannte Militärdirektive JCS 1067 der Alliierten bestimmte: "Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat."

Zu von Weizsäcker Gunsten muß hinzugefügt werden, daß er auch das nun beginnende Leid benannte: "Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai begannen und danach folgten." Aber bei der Benennung dieser Leiden blieb er doch sehr zurückhaltend bis hin zu der von vielen als skandalös empfundenen Formulierung von der "erzwungenen Wanderschaft Millionen Deutscher".

Daß es sich bei dieser "Wanderschaft" um brutale Vertreibung, um den Tod von Millionen von Menschen, also um einen Völkermord handelte, davon kein Wort. Auch kein Wort, daß hier ein in der neueren Geschichte Europas unvergleichlicher Raub von fast einem Drittel des früheren deutschen Reichsgebietes - gegen jedes Völkerrecht - erfolgte. Statt dessen fand von Weizsäcker erwähnenswert: "Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber." Daß, als er diese offenbar versöhnlich gemeinten Worte sprach, die deutschen Gräber von den Polen schon längst zerstört und abgeräumt sowie überall die Erinnerungen an die Jahrhunderte deutsche Kulturleistungen ausgelöscht worden waren - auch darüber in seiner Rede kein Wort!

Eine ähnlich verharmlosende Geschichtssicht - immer dann, wenn es um die Schuld anderer Staaten geht - ist es auch, wenn von Weizsäcker sagte: "Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen." Erfolgte etwa kein sowjetischer Überfall auf Polen und dann auf Finnland? Gab es keine noch sehr viel weiterreichenden globalen Eroberungsstrategien der Sowjetunion? Hat es nicht die insgesamt 80 Millionen Opfer roter Diktaturen gegeben - eine welthistorisch wahrhaft unvergleichliche Zahl?

Diese sehr viel größeren Verbrechen des "linken Faschismus" werden bis heute aufgrund bestimmter Interessen bewußt verschwiegen. Dagegen ist die anhaltende Tendenz unübersehbar, immer noch uns Deutschen angeblichen Militarismus und imperiales Streben zuzusprechen, andere Staaten aber trotz ihrer eindeutigen Vergangenheit davon freizusprechen.

Und so wird auch der eigentliche deutsche Sonderweg sichtbar: Während alle Staaten dieser Welt ihre Geschichte zu ihren Gunsten schreiben - und das heißt allermeist zu ihren Gunsten fälschen, zumal wenn es gilt, Ansprüche gegenüber ihren Nachbarn zu erheben oder deren Ansprüche abzuwehren -, fälschen wir Deutschen als einziger Staat unsere Geschichte dann, wenn die Fakten zu unseren Gunsten sprechen, ferner auch, um etwaige eigene Ansprüche zu leugnen oder zu vermeiden.<<

Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 4. Juni 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Nie wieder Deutschland"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil III
Weizsäcker bewegte sich in seiner viel beachteten Rede in den Bahnen eben dieser Ge-

schichtspolitik, als er grundsätzlich feststellte: "Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." Diese mittlerweile zum Glaubenssatz erhobene Feststellung wird seither in allen Variationen wiederholt, aber sie wird deshalb nicht wahrer - auch wenn das immer weniger Menschen wissen.

Wahr ist hingegen, daß der 30. Januar 1933 nicht von 1914 und 1919 - dem Beginn des Ersten Weltkrieges und dem Versailler Vertrag - zu trennen ist. Bei der Nennung dieser Jahresdaten - oder vielmehr der Schicksalsdaten - geht es nicht etwa um historische Besserwisserei, sondern um eine fundamentale Einordnung der deutschen Geschichte in den europäischen Kontext im 20. Jahrhundert. Mehr noch: Es geht um die Korrektur eines ganzen Geschichtsbildes, das uns von außen - und mittlerweile auch von innen - zu bestimmten Zwecken auferlegt wurde und noch wird.

Die Korrektur solcher Geschichtsbilder - selbst wenn diese aufgrund neuer, zweifelsfreier Fakten erfolgt - wird immer dann als "Revisionismus" verurteilt, wenn damit politische Weltbilder und ideologische Herrschaftsansprüche in Gefahr geraten. Der Verzicht auf solche neuen historischen Forschungserkenntnisse bedeutet jedoch das Ende dieser Wissenschaft und den Beginn ihrer Transformation in die Theologie oder vulgär in die Ideologie. Dieses Stadium haben nicht wenige Autoren und ihre Publikationen bei uns erreicht.

Daß insbesondere nach verlorenen Kriegen Tatsachen manipuliert und verfälscht werden, das mögen zwei Zitate zweier sehr unterschiedlicher Autoren veranschaulichen. Erstens Bertolt Brecht: "Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge."

Zweitens der amerikanische Publizist und Politiker Patrick A. Buchanan: "Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben. Die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde." Buchanan war übrigens zu vornehm, um zugleich zu erwähnen, daß es auch die Deutschen selbst seien, die nichts von dem an ihnen verübten Unrecht wissen wollen beziehungsweise diesen Zustand des Nichtwissens, also letztlich den der eigenen Desinformation, selber aufrechterhalten.

Wie die Herbeiführung von zunächst Lüge und dann Vergessen funktioniert, das hat gleichfalls ein Amerikaner beschrieben. Mit Blick auf Deutschland in der Nachkriegszeit sagte der bekannte Publizist Walter Lippmann zu den Zielen der "re-education", der "Umerziehung": Der Sieg über ein Land sei erst dann vollständig, wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Schulbücher des besiegten Landes gefunden hat und sie von den nachfolgenden Generationen als unbestreitbare Wahrheit geglaubt wird.

Diesen Zustand volkspädagogischer Geschichtspolitik oder geschichtspolitischer Volkspädagogik haben wir seit langem erreicht.

Dagegen befanden britische Politiker und Wissenschaftler schon seit längerem, daß die Westmächte einen "30jährigen Krieg gegen Deutschland" geführt hätten - das heißt, daß 1914 zu 1945 führte, ohne das Jahr 1933 als entscheidende Zäsur dazwischen. Die Erinnerungsfähigkeit - und man muß in diesem Fall sagen: die Fairneß - der Briten reicht also etwas weiter zurück, vor die Zeitmauer der sogenannten Machtergreifung.

Der Historiker Fritz Fischer hatte zwar Anfang der 60er Jahre versucht, eine dominierende Rolle Deutschlands beim Kriegsausbruch 1914 zu konstruieren, aber die Briten sind hier weit aus zurückhaltender. Und sie haben auch jeden Grund dazu, selbst wenn man nur die europäische Geschichte betrachtet. Dabei geht es nicht nur um die gezielte britische Einkreisungspolitik gegen Deutschland von 1914 - sowohl politisch wie militärisch - mit Hilfe Frankreichs, das seit 40 Jahren ununterbrochen Revanche, das heißt den Krieg mit Deutschland forderte, sondern auch mit Hilfe des antidemokratischen, imperialen Rußland. Diese Politik wiederholte sich vor und während des Zweiten Weltkrieges.

Was die verfälschte, manipulierte Erinnerung an jene Epoche betrifft, die Ernst Nolte als die des "Europäischen Bürgerkrieges" bezeichnete, so sei dies kurz anhand von drei zeitgeschichtlichen Begriffen illustriert, die bis heute unser historisches Bewußtsein ganz entscheidend prägen. Hier geht es nicht um die "Kunst des Erinnerns", sondern im Gegenteil um die des Fälschens. Es sind dies die Begriffe "Friedensvertrag von Versailles", die "Anti-Hitler-Koalition" und das "Potsdamer Abkommen". Sie betreffen die Zwischenkriegszeit, den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit, also jenen mehr als zweiten "30jährigen Krieg gegen Deutschland".

Wie sehr die Erforschung dieses Zeitraumes ... nach wie vor tabuisiert, ja geradezu vermint ist - und dies ausgerechnet von uns Deutschen selbst zu unserem eigenen Schaden -, das zeigen unter anderem die strikt ablehnenden Reaktionen auf die Bücher von Gerd Schultze-Rhonhof "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte", und von Stefan Scheil: "Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges".

Hier nur sehr kurz eine Demaskierung jener drei Begriffe.

Erstens: Der Versailler Vertrag - in unseren Geschichtsbüchern nach wie vor irreführend als "Friedensvertrag" bezeichnet - war, in Umkehrung der Formel von Clausewitz, eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. In der Weimarer Republik hatte man dies durchaus noch so gesehen, und selbst der französische Ministerpräsident Clemenceau hatte diesen "Vertrag" so charakterisiert. Der "polnische Korridor" wie auch die Annektion des Sudetenlandes durch die Tschechoslowakei waren faktisch Kriegserklärungen von Kleinstaaten an die europäische Zentralmacht. Jeder andere größere europäische Staat hätte jedenfalls solche völkerrechtswidrigen, militanten Maßnahmen gegen sich so verstanden.

Polen galt im übrigen damals - ganz im Gegensatz zu seiner bis heute anhaltenden Geschichtspropaganda - in den 20er Jahren als der aggressivste Staat Europas, der sogleich nach seiner Wiedergründung - unter anderem durch das Deutsche Reich selbst - mit jedem seiner Nachbarn den politischen oder militärischen Konflikt zwecks weiteren Landraubs suchte.

Man denke nur an seinen unprovokierten Angriffskrieg gegen die noch junge Sowjetunion und das riesige, von Polen im Osten eroberte Gebiet, dessen Wiederherausgabe 1945 die Begründung für Polens sogenannte "Westverschiebung" und die Vertreibung von über neun Millionen Deutschen wurde. Eine Argumentation, die bis heute bei uns geglaubt wird.

Ähnlich ist es mit der Tschechischen Republik und den Benesch-Dekreten. Eine gute Nachbarschaft, die wir alle wollen, wird durch eine solche zutiefst unwahrhaftige Geschichtspolitik sehr erschwert.

Zweitens: Die sogenannte "Anti-Hitler-Koalition". Sie war das Bündnis von zwei Demokratien mit einer Diktatur, welche nichts weniger als die Vernichtung eben dieser Demokratien zum Programm hatte, und mit einem Diktator, dessen Verbrechen diejenigen Hitlers bei weitem überstiegen. Und eine dieser Demokratien hatte den Krieg erklärt, weil die Deutschen dasjenige Unrecht beheben wollten, welches diese Demokratie zuvor selbst herbeigeführt hatte.

Von den geradezu ungeheuren Kriegs- und Nachkriegsverbrechen beider Demokratien gemeinsam mit jener Diktatur ganz zu schweigen. Das alles verbirgt sich also in Wahrheit hinter diesem scheinbar so positiven, "antifaschistischen" Begriff für die "Wiederherstellung von Freiheit".

Drittens: Das "Potsdamer Abkommen". Mit diesem geradezu skandalös verharmlosenden, bürokratischen Terminus werden Nachkriegsverbrechen verdeckt, die in ihrer Art einzigartig sind - es geht hier um die Dimension eines Völkermords sowie um den größten Landraub der neueren Geschichte. Dabei galt dieses sogenannte "Abkommen" selbst den Deutschen in der Emigration als ein Verbrechen.

So verurteilte Hubertus Prinz zu Löwenstein ... es mit äußerst scharfen Worten und zog eine Parallele zum Morgenthauplan: "Niemals waren Arroganz, Schamlosigkeit, Verrat von Grundsätzen, Dummheit und Schuld so eng mit einander verflochten ... Und dann reden sie von einem 'gerechten Frieden'! Das ist bewußter Betrug am amerikanischen Volk, welches all dies, wäre die ganze Wahrheit offenbar, nicht hinnehmen würde."<<

Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 11. Juni 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Nie wieder Deutschland"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Letzter Teil

Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsmanipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten". ...

Besonders anschaulich und aktuell wird solche "selektive, politisch paßfähig gemachte Erinnerung" bei der Diskussion um das sogenannte "Zentrum gegen Vertreibungen". Ganz abgesehen von der verunglückten, im Wege vorauseilender politischer Korrektheit völlig verharmlosenden Namensgebung - denn ein "Zentrum" ist keine Gedenkstätte - käme, was seinen Standort betrifft, doch nur der Cecilienhof in Potsdam in Frage, dem Ort dieses Menschheitsverbrechens.

Aber dann müßte man eben sämtliche Beteiligten, die "Täter", beim Namen nennen und wenigstens moralische Anklage erheben - und das will man nicht. Das ist schon sehr seltsam in einem Land, das sich doch sonst unablässig an Täter und Opfer erinnern soll.

Wie eingangs gesagt: Wir Deutschen sind Weltmeister im Erinnern wie im Vergessen - Voraussetzung ist allerdings, daß sowohl das eine wie das andere stets nur einseitig zu Lasten unseres Landes geht. Eine Mäßigung, eine realitätsnahe Verbindung von beidem - eine "Kunst des Erinnerns" also - erscheint uns offenbar nicht möglich. Zu Recht meinte einst George Bernard Shaw, daß die Deutschen die tragische Eigenschaft besäßen, eine gute Sache immer so weit zu treiben, daß eine schlechte daraus wird. Und schon Martin Luther wunderte sich darüber, daß wir Deutschen sinnbildlich beim Reiten entweder rechts oder links vom Pferd fielen, geradeaus aber könnten oder wollten wir unseren Weg nicht finden.

Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart. Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.

Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!"

Da aufgrund von Feigheit und Opportunismus weder von der Politik noch von den Medien ein Gegensteuern zu erwarten ist - sie verschlimmern beide im Gegenteil weiter die Situation -, hätte diese systematische Zerstörung der Fundamente unseres Landes doch längst ein Fall für den Verfassungsschutz sein müssen. Aber auch hier ist leider das Gegenteil festzustellen: Verfolgt werden diejenigen, die noch die Zivilcourage besitzen, trotz aller Verdächtigungen und

Diffamierungen die Wahrheit zu sagen und auf die Gefahren hinzuweisen.

Da Propheten im eigenen Lande bekanntlich nichts gelten und der Verfassungsschutz aus ideologischen Gründen versagt, können unsere wenigen mutigen Warner und Mahner zumindest auf Unterstützung aus dem Ausland zählen. So hat der amerikanische Politikwissenschaftler und Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten Paul Edward Gottfried diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es trägt den bezeichnenden Titel: "Multikulturalismus und die Politik der Schuld". Seine These: Der angestammten Mehrheitsbevölkerung werden Scham- und Schuldgefühle für tatsächliche oder vermeintliche historische Untaten solange indoktriniert, bis ihre Widerstände gegen die multikulturelle Überfremdung ihrer Heimat erstickt worden sind.

Manche dieser Thesen hat im übrigen schon Heinz Nawratil in seinem Buch "Der Kult mit der Schuld" aufgegriffen. Hinsichtlich der demographischen Probleme Deutschlands verweist der israelische Historiker Martin van Creveld auf den folgenden, von Politik und Medien strikt tabuisierten Zusammenhang: "Ich vermute, daß der Vergangenheitsbewältigungskomplex mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen ... De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden ... Volk und Staat der Deutschen zu erhalten, dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht."

Und der französische Autor Yves-Marie Laulan, Mitarbeiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, warnt in seinem gerade erschienenen Buch: ..." Deutschland - Chronik eines angekündigten Todes" vor einer "demographischen Implosion selbstmörderischer Art". Weil es an Kindern fehle, sei Deutschland "unausweichlich verdammt zu einer langsamen Agonie auf allen drei Ebenen: wirtschaftlich, politisch, kulturell".

Er sieht in der demographischen Katastrophe Deutschlands eine "seelische Krankheit, die Krankheit zum Tode". Ursache dafür sei nicht zuletzt, daß der Zweite Weltkrieg eine Nation hinterlassen habe "bis zum äußersten traumatisiert, in vitalen Funktionen durch die Trümmer des Krieges schwer verletzt". Dieses Trauma werde durch die Dauerpräsentation der Vergangenheit, durch die ausschließliche Fixierung auf die NS-Zeit immer wieder aufs Neue aktiviert. Die Folge: "Niemand setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht an die Zukunft der Nation und des Landes glaubt." ...

Wir Deutschen können allerdings kein Plädoyer für das Vergessen halten. Aber wir sollten mit Blick auf die kaum noch zu bewältigenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme den andauernden Blick in die Abgründe der Vergangenheit mäßigen. Thorsten Hinz warnt ebenfalls vor einem Übermaß von Selbstanklagen und ihren Folgen.

Auschwitz und der Holocaust seien mittlerweile zu den dominanten Erinnerungsbildern deutscher Geschichte geworden und damit zu einem kollektiven Selbstbild: "Begleitet wird das von einer Sakralisierung, die keinen Widerspruch duldet ... dieser Prozeß ist für Deutschland hochproblematisch, denn das schlimmste Verbrechen, das von den Deutschen begangen wurde, in den Mittelpunkt des nationalen Selbstbildes zu stellen, bedeutet, den eigenen Unwert zur zentralen Kategorie der kollektiven Identität zu erheben. Wer das tut, signalisiert, daß er seine Existenz innerlich als beendet ansieht. Er wird zum Zombie."

Wir müssen endlich zu einem Erinnern und Gedenken finden, das keine neue "Klassengesellschaft" der Toten und Opfer kennt - dabei sollten Ursachen, Schuld und Täter benannt werden.

Und wir müssen schließlich einen Weg finden aus dem Dilemma des bisher ebenfalls tabuisierten und viele Menschen tief verletzenden Widerspruchs zwischen einerseits den öffentlichen volkspädagogischen Gedenkritualen hierzulande und andererseits den allzu oft abgewiesenen, verleugneten, ja diffamierten privaten Erinnerungen an das erlittene persönliche oder familiäre Leid. Ein solcher Weg bedürfte gar nicht einer "Kunst des Erinnerns", sondern nur des humanen Anstands.

Michael Wolffsohn, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München - der sich selber als einen deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet - hat in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche dazu Folgendes gesagt: Es sei moralisch nicht mehr hinnehmbar, daß "das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, zum Beispiel Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird ... Mit 'Aufrechnung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständigkeit, Seele und Mitgefühl."

Michael Wolffsohns Schlußfolgerung daraus könnte als eine vor allem für das immer noch schwierige deutsch-jüdische Verhältnis des Erinnerns sinnerfüllte und versöhnende Orientierung gelten - nämlich: "Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer hingegen eigenes Leid kennt und öffentlich benennt, der wird auch das Leid anderer eher nachfühlen können und wollen."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 2005 (x887/...): >>Einführung der Sklaverei

Über die Unterlassung der kommentierenden Nachkriegsbetrachtungen

Der 8. Mai ist vorüber, seine Bewertung als "Tag der Befreiung" scheint sich durchgesetzt zu haben. Oder hat der 60. Jahrestag des Kriegsendes insgeheim einen geschichtspolitischen Zeitenwechsel markiert, und sei es nur deshalb, weil die beängstigende Einmütigkeit in Artikeln, Publikationen, Reden und Verlautbarungen die Neugierde auf Verschwiegenes und Verdrängtes anschwellen läßt? Auf wieviel Nichtwissen der aktuelle Meinungskonsens beruht, davon vermittelt das von Karlheinz Weißmann herausgegebene Buch "Die Besiegten" eine Ahnung.

Weißmann stellt in der Einleitung den Bedeutungswandel des 8. Mai in der öffentlichen Wahrnehmung von 1945 bis heute dar. Die breite Akzeptanz des Befreiungspostulats resultiert aus dem Wunsch, sich politisch der Position der Sieger anzuschließen, was zugleich eine psychologische Entlastung bedeutet.

Das Buch behandelt die Zeitspanne von den letzten Kriegswochen 1945 bis zu den ersten Monaten der Besatzung. In den Kapiteln "Endkampf", "Besetzung", "Kriegsgefangene", "Internierung", "Vertreibung", "Verschleppung", "Interregnum" und "Siegermacht" wird das ganze Spektrum der Unterwerfung erfaßt. Jedem dieser Abschnitte ist eine Einleitung vorangestellt, die auch einen Überblick über die historische Forschung gibt.

Danach folgen die Zeitzeugenberichte: Tagebücher, Briefe, eidesstattliche Erklärungen und nachträgliche Aufzeichnungen. Themenbeispiele sind die Zerstörung Demmin durch die Rote Armee nach der Einnahme der Stadt, die schweren Folterungen deutscher Kriegsgefangener durch die Amerikaner im Zuge des Malmedy-Prozesses sowie die Greuel in den deutschen Ostgebieten. Bei der Auswahl ging es nicht um die Kumulation des Grauens, sondern um die exemplarische Bedeutung.

Für die offiziöse deutsche Geschichtsschreibung existieren diese Ereignisse kaum. Wie weit sie sich damit vom wissenschaftlichen Ethos und objektiven Kategorien entfernt hat, deutet der amerikanische Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Vorwort an. Die im Februar 1945 in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin getroffene Entscheidung zur "Verwendung deutscher Arbeitskräfte", auf deren Grundlage hunderttausende deutsche Zivilisten und Millionen Soldaten als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nennt er die Wiedereinführung der "Sklaverei".

Den deutschen Historikern wirft er vor, bisher keine seriösen Statistiken erstellt, Zeitzeugen nicht befragt und keine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Akten vorgelegt zu haben. Neben dem dokumentarischen Wert dieses Buches liegt ein weiteres Verdienst darin, auf solchen Lücke hinzuweisen und für ihre Schließung - soweit sie noch möglich ist - einen Anfang ge-

setzt zu haben.

Karlheinz Weißmann: "Die Besiegten - Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945", Schnellroda 2005 ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Juni 2006: >>"Im Auftrag des Gewissens"

Begin war Drahtzieher des Adenauer-Attentats

Menachem Begin, der spätere israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1978, war Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer eines Anschlags auf Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1952. Das ergibt sich aus einem Bericht mit dem Titel "Im Auftrag des Gewissens", den Elieser Sudit, einer der beiden Haupttäter, mehr als vierzig Jahre nach dem Anschlag niedergeschrieben hat.

Die Umstände der damaligen Bombenattentate und den Gang der Ermittlungen beschrieb der Journalist Henning Sietz zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2003 und später in dem Buch "Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen Anschlags". Der Kreis der mutmaßlichen Täter konnte damals zwar eingegrenzt, aber nicht vollständig geklärt werden. Jetzt stehen die Namen der Attentäter fest - es handelt sich um ehemalige Aktivisten der 1948 aufgelösten jüdischen Terrororganisation "Irgun Zwai Leumi", auch "Etzel" genannt, die gegen die britische Mandatsmacht gekämpft hatte.

Begin legte Protest ein

Die Attentäter handelten im Auftrag prominenter Mitglieder von Begins Partei "Cheruth", die aus dem "Irgun" hervorgegangen war. Diese Erkenntnisse stammen aus dem Bericht des Attentäters Elieser Sudit. In stiller Verehrung nennt Sudit darin den Drahtzieher des Attentats: Menachem Begin.

Anfang April 1952 waren in Paris fünf Israelis festgenommen wurden, von denen vier Mitglieder seiner "Cheruth-Partei" waren. Die französische Polizei warf ihnen vor, an dem Paketbomben-Attentat beteiligt zu sein, das kurz zuvor Adenauer getroffen hatte. Begin - so berichtete die Pariser Zeitung "France Soir" am 5. April 1952 - verlangte von dem französischen Geschäftsträger in Israel nähere Informationen über die Vorkommnisse in Frankreich. Anschließend legte er Protest ein.

Tod eines Sprengmeisters

Am 27. März 1952 hatte ein unbekannter Mann am Münchner Hauptbahnhof zwei Buben ein Paket gegeben. Sie sollten es in Schwabing auf die Post bringen. Die Adresse der Sendung lautete: "An dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundeshaus, Bonn". Am Abend explodierte das Paket im Keller des Polizeipräsidiums und tötete einen Sprengmeister.

Kurz darauf trafen zwei kleinere Briefbomben in Wassenaar bei Den Haag ein, wo Deutschland und Israel über einen Vertrag verhandelten, der als "Wiedergutmachungsabkommen" oder "Shilumim" in die Geschichte eingehen sollte. Kurz darauf bezichtigte sich eine bis dahin unbekannte "Organisation Jüdischer Partisanen" der Attentatsversuche. Das Ziel der Anschläge war nun klar: Sie sollten eine erste Verständigung zwischen Deutschland und Israel verhindern.

Menachem Begin war 1978 zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al Sadat mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, weil beide den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu Wege gebracht hatten.<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 25. September 2006: >>Ernest Hemingway: "Ich töte gerne"

Nobelpreisträger Ernest Hemingway brüstete sich, 122 deutsche Kriegsgefangene erschossen zu haben - eine Spurensuche.

Günter Grass hatte Glück. Als der Angehörige der Waffen-SS im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet, war ein anderer späterer Literaturnobelpreisträger eben in die USA

zurückgefliegen: Ernest Hemingway. Wäre Grass ihm in die Hände geraten, hätte ihm dies passieren können:

"Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt. Als ich ihm sagte, daß ich ihn töten würde, wenn er nicht seine Fluchtwegsignale rausrückte, sagte der Kerl doch: Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Außerdem verstößt es gegen die Genfer Konvention. Du irrst dich, Bruder, sagte ich zu ihm und schoß ihm dreimal schnell in den Bauch, und dann, als er in die Knie ging, schoß ich ihm in den Schädel, so daß ihm das Gehirn aus dem Mund kam, oder aus der Nase, glaube ich." Das schrieb Hemingway am 27. August 1949 seinem Verleger Charles Scribner.

Eine He-Man-Pose? Ernest Hemingway war ein begeisterter Jäger zu Wasser und zu Lande. Man kennt die Trophäenbilder des Großwildjägers, seine Lust am Stierkampf und seine Reportagen. "Ich töte gerne", hatte er sogar verlautbart.

1944 folgte Hemingway als Kriegsberichterstatte den alliierten US-Truppen in die Normandie. Acht Monate, bis zum 6. März 1945, begleitete er das 22. Regiment der Vierten Infanterie-Division im Rang eines Offiziers, bemerkenswerterweise teils auch im Auftrag des OSS, der Vorgängerorganisation der CIA. "Wir habens hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe", schrieb er an Mary Welsh.

In Rambouillet ließ er sich mit Zustimmung des OSS-Obersten David Bruce zum inoffiziellen Gouverneur ernennen. Da er fließend Französisch sprach, beruhigte er die Bevölkerung, hielt die Stadt, ließ die feindlichen Stellungen auskundschaften - und verhörte deutsche Gefangene. In dem 50 Kilometer vor Paris gelegenen Ort trug er ein ganzes Waffenarsenal zusammen und entfernte überdies von seiner Uniform die Zeichen des Kriegsberichterstatters, weiß sein Biograph A. E. Hotchner.

Am 2. Juni 1950 berichtete Hemingway Arthur Mizener, daß er 122 Deutsche getötet habe. Eines seiner letzten Opfer sei ein junger, auf einem Fahrrad flüchtender Soldat gewesen - "ungefähr im Alter meines Sohnes Patrick". Er habe ihm mit einer M1 von hinten durch das Rückgrat geschossen. Die Kugel zerfetzte die Leber.

Daß der Nobelpreisträger gegen die Genfer Konvention verstoßen hat, verschweigen selbst seine Bewunderer nicht. Mit der Zahl und Details konfrontiert, wiegeln sie aber meist ab: Man müsse verstehen, es sei Krieg gewesen. Hemingway hat zwar immer dick aufgetragen, den Macho demonstriert - aber was trieb ihn ohne Not zu diesem Eingeständnis? Die Briefe blieben bis heute in allen Ausgaben unkommentiert. Obwohl es keinen Zeugen für die 122 Morde gibt, mit denen er prahlt, sind jedoch nicht wenige Verehrer entsetzt über den "Massenmörder an deutschen Kriegsgefangenen" (Alfred Mechttersheimer): Die Stadt Triberg im Schwarzwald setzte daraufhin 2002 ihr Festival "Hemingway Days" ab.

Grass gehörte einer Verbrecherorganisation an, Hemingway bekennt sich zu Kriegsverbrechen - wie nobel ist der Nobelpreis eigentlich noch?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):

>>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.

Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes.

... Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deut-

schen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.

Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschatze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.

Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangene den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.

Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu entwaffneten feindlichen Streitkräften erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.

So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Dezember 2007 (x887/...): >>>Einseitige Sichtweise

Deutsch-polnische Geschichte: Darstellungen für den Schulunterricht ...

Deutschen Schülern die polnische Geschichte und zugleich den Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen nahezubringen, ist ein verdienstvolles, wenn auch nicht einfaches Unternehmen. ...

Zu registrieren ist allerdings - wie bei vielen gutwilligen deutschen Publizisten und Wissenschaftlern - ein Geschichtsbild, das trotz aller Bemühungen um Objektivität hin und wieder schwerpunktmäßig einseitige polnische Sichtweisen wiedergibt, die nicht oder in ihrer Gewichtung nicht den Fakten entsprechen. Zum Beispiel wird die aggressive Großmachtspolitik des Marschalls Pilsudski, der Angriffskriege gegen mehrere Nachbarländer geführt hat, bei-läufig und eher unkritisch abgehandelt.

Immerhin wurden nach dem Ersten Weltkrieg weite Teile der Ukraine, Weißrußlands und Litauens, wie auch später noch das tschechische Olsa-Gebiet annektiert und "polonisiert". Aus diesen Gebieten stammten größtenteils die Menschen, die von Polen 1945 als polnische Vertriebene in den deutschen Ostgebieten, heute etwa ein Drittel des polnischen Territoriums, angesiedelt wurden.

Die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Volksabstimmungen werden nur am Rande erwähnt. Es ist von "strittigen Gebieten um Allenstein, Marienwerder und in Oberschlesien" die Rede, und daß es "im südlichen Ostpreußen und in westpreußischen Plebiszitgebieten 1920 nur wenige Stimmen für Polen gab, weshalb die Gebiete größtenteils bei Deutschland verblieben". Die Teilung Oberschlesiens, des seinerzeit zweitgrößten deutschen Industriegebiets, auf Betreiben Polens durch den Völkerbund entgegen dem Votum der Volksabstimmung von 1921 - 60:40 zugunsten Deutschlands - findet keine analytische Beachtung. ...

Auch unter Berücksichtigung der polnischen Teilungen und der von Deutschen zu verantwor-

tenden Leiden des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs erscheint es sehr gewagt und undifferenziert, Schulern die Polen sozusagen als ein überwiegend friedliebendes und tapferes, wenn auch bemitleidenswertes Volk vorzustellen, die Deutschen dagegen als eher übergriffig, dominant und aggressiv. ...

Es ist kontraproduktiv und gefährlich, wenn aus Scham über die NS-Vergangenheit und aus falsch verstandenem Entgegenkommen Geschichtsklitterung betrieben wird. Versöhnung oder wenigstens ein gutes nachbarliches Verhältnis kann nicht mit Selbstverleugnung bezahlt werden. ...

Solange wir Tendenzen und Geschichtsklitterung noch erkennen, sollten sie benannt werden. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 2008 (x887/...):
>>**Alte Parolen**

Erneuter Versuch, die Wehrmacht zu diffamieren

Als vor zwölf Jahren eine im Auftrag von Jan Philipp Reemtsma konzipierte Wanderausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht unter dem Titel "Vernichtungskrieg" eröffnet und in zahlreichen Städten mit Unterstützung durch die öffentliche Hand gezeigt wurde, löste sie eine heftige Diskussion aus.

Mit ihr sollte "bewiesen" werden, daß die Wehrmacht neben der NSDAP die zweite Säule des NS-Regimes war. Ihre Führung habe die Kriegspolitik Hitlers massiv vorangetrieben. Außerdem behaupteten die Propagandisten, Deutschland und seine Wehrmacht hätten gegen Polen und die Sowjetunion einen "Vernichtungskrieg" geführt, der von unendlichen Greueln begleitet war. Das sollte mit vielen Bildern belegt werden - bis sie jämmerlich scheiterte, nachdem deutsche wie ausländische Historiker massive Fälschungen nachgewiesen hatten.

Zu den Wissenschaftlern, die Hannes Heer und Reemtsma unterstützten, gehörte die sogenannte "Rote Zelle" im zum Bundesverteidigungsministerium gehörenden Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Als ihren Kopf bezeichnete der sachkundige Publizist Rüdiger Proske Prof. Manfred Messerschmidt.

Der ist inzwischen pensioniert. Man sollte annehmen, daß das Scheitern der Propagandaausstellung ihm und seinen Gesinnungsgenossen den Mund verschlossen hätte - aber weit gefehlt. Jetzt erschien aus der Feder des langjährigen Assistenten dieses Prof. Messerschmidt, Jürgen Förster, ein schmaler Band mit einem Titel, den schon sein Lehrmeister einmal für eine Veröffentlichung genutzt hat: "Die Wehrmacht im NS-Staat". Damit wendet sich der Autor an die zeitgeschichtlich interessierte Öffentlichkeit wie auch an Studenten und Schüler.

Es sei vorweg genommen: Es ist der alte Aufguß der These, die mit der ruhmlos untergegangenen Reemtsma-Heer-Messerschmidt-Ausstellung dargestellt werden sollte. ...

Wie in Schriften dieser Art üblich, kommen die Gegner Deutschlands nicht vor. Man erfährt nichts von dem auch militärischen immerwährenden Druck, den die Siegermächte auf die Weimarer Republik ausübten. Allein Deutschland unter Hitler war aktiv und war natürlich auch ganz allein verantwortlich für den Ausbruch des Krieges. Im übrigen stellt Förster fest, daß damals die Angst vor dem Bolschewismus übertrieben war.

Es sind die alten Parolen, auch wenn sie jetzt unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit daherkommen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Auflage 2007) und den "Kult mit der

Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.

"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor. ...

... Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.

Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.

Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.

Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.

Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.

Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?** ...

1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.

Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.

Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.

Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen

Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zugunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.

Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Dezember 2009 (x887/...): >>**Tod und Elend noch nach Kriegsende**

Das Schicksal der 1,065 Millionen deutschen "Kriegs-Gefangenen" in französischem Gewahrsam

Im und nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich über eine Million Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft. Zwischen ihrem traurigen Schicksal und der in der Regel völkerrechtskonformen Behandlung französischer Kriegsgefangener durch die Wehrmacht liegen Welten. ...

Es ist heute unbestritten, daß Deutschland sich 1940 an diese Regelung hielt. Unmittelbar nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wurden etwa eine Million französische Gefangene freigelassen. Die übrigen waren in Lagern untergebracht, die sich überwiegend auf dem Territorium des Deutschen Reiches befanden. Offiziere waren vertragsgemäß von Arbeit freigestellt, Unteroffiziere und Mannschaften waren im Arbeitseinsatz, größtenteils in der Landwirtschaft. Im Oktober 1941 wurden die Regelungen für französische und belgische Kriegsgefangene gelockert. Sie konnten nun Ausgang beantragen und in Gruppen Spaziergänge in die Umgebung unternehmen. Ihre Frauen, Töchter und Mütter bekamen Besuchserlaubnis. Den Gefangenen wurde der Besuch von Gottesdiensten angeboten.

Aufschlußreich ist der Vergleich mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945. Millionen von deutschen Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft auch der westlichen Alliierten, davon nur ein eher kleiner Teil - etwa 300.000 - in die Hand der Franzosen. Daher lieferte die USA zahlreiche deutsche Gefangene an Frankreich aus, das sie als billige Arbeitskräfte einsetzen wollte. Es waren 740.000, darunter 500 bis 600 Frauen, aber auch viele Jugendliche und Kinder. Britische Streitkräfte übergaben den Franzosen 250.000 Kriegsgefangene. Sie alle waren auf französischem Boden in 115 Lagern untergebracht.

Das Völkerrecht verlangt zwingend, Kriegsgefangene bald nach dem Ende der Feindseligkeiten freizulassen, sofern im Einzelfall kein begründeter Verdacht auf Kriegsverbrechen oder andere Straftaten besteht. Denn die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht darin, den entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Insofern war die jahrelange Gefangenschaft Hunderttausender Deutscher auch in westalliiertem Gewahrsam nach Kriegsende schon per se rechtswidrig.

Hinzu kam, daß die Lebensverhältnisse vor allem in den ersten Monaten grauenhaft waren. In den meisten Lagern gab es zunächst weder Betten noch Tische und Stühle. Im Winter froren die Gefangenen erbärmlich, weil Öfen fehlten. Die Franzosen nutzten den deutschen Zusammenbruch, um Rache an Wehrlosen zu nehmen. Die Verpflegung bestand aus Hungerrationen. Krankheiten breiteten sich aus. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das nach mehreren Monaten endlich Zugang zu den Lagern bekam, protestierte bei der französischen Regierung gegen die unmenschlichen Zustände in den Lagern. Wenn nicht sofort entsprechende Maßnahmen ergriffen würden, so das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, dann sei das Leben von Zigtausenden gefährdet. Fast alle seien ungenügend bekleidet.

Im Januar 1946 mußten 70.000, die am Rande des Verhungerns waren, an die Amerikaner zurückgegeben werden, weitere 60.000 wurden nach Hause entlassen, weil sie zu keiner Arbeitsleistung mehr fähig waren. Im März 1946 waren 90 Prozent unterernährt. Es kam zu zahlreichen Arbeitsunfällen aus Schwäche. Nach Protesten des Roten Kreuzes erhielten die Gefangenen wenigstens Seife, um sich reinigen zu können.

Um nur einen Zeitzeugen zu Worte kommen zu lassen, hier der Bericht des Soldaten Richard Heß aus Ludwigshafen - veröffentlicht in "Die Gefangenen" von Paul Carell und Günter Bödder - über die Lebensverhältnisse, denen die deutschen Kriegsgefangenen im Lager Nr. 404 ... bei Marseilles ausgesetzt waren: "Wir lebten dort fünf Monate im Freien ohne Zelt, ohne Decken, ich hatte noch nicht einmal einen Mantel. Wir schliefen immer auf dem Boden, Mann an Mann. Das Essen ein Minimum, unter anderem Sauerkrautsuppe. Fünf Monate auf der Erde schlafen. Fünf Monate ohne die Wäsche wechseln zu können, die Strümpfe faulten in den Stiefeln. Nach fünf Monaten kam ich dann in das sogenannte Stammlager 306, dort wurde es langsam besser."

Ebenfalls unter dem Druck des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes erlaubte die französische Regierung endlich, daß die Gefangenen Pakete aus Deutschland empfangen durften. Die Schweiz schickte Kartoffeln in die Lager. Erst im Frühjahr 1947 bezeichnete das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Lage der deutschen Gefangenen bezüglich ihrer Ernährung als normal.

Nach amtlichen französischen Angaben starben in französischer Gefangenschaft etwa 24.000 deutsche Kriegsgefangene - eine Zahl, die von deutschen Sachverständigen als viel zu niedrig bezeichnet wurde. Viel wahrscheinlicher sind Schätzungen, die auf 115.000 Tote kommen. Nicht wenige von ihnen starben durch völkerrechtswidrigen Einsatz beim Räumen von Minen und Bombenblindgängern - zunächst ohne jede Hilfsmittel. Die Verlustrate bei den 40.000 Deutschen, die zu diesen Einsätzen gezwungen wurden, betrug monatlich 2.000 Mann.

Von 1945 bis Ende 1948, als die letzten deutschen Kriegsgefangenen freigelassen wurden, hatten sie an 383 Millionen Arbeitstagen, 3,06 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Als unter dem Druck des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes die letzten Kriegsgefangenen entlassen wurden, blieben von den insgesamt rund 1.065.000 deutschen Kriegsgefangenen in französischem Gewahrsam 71.000 als Zivilarbeiter in Frankreich zurück. In Frankreich wurde kein einziger Verantwortlicher für das schreckliche Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen vor Gericht gestellt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Mai 2010: >>**Deutsche, laßt den Schuld kult!**

Der Italo-Marxist *Losurdo*

Christian Dorn

Ist Deutschland als "verspätete Nation" verurteilt, auf ewig dem Verdacht eines "Sonderwegs" ausgesetzt zu sein? Oft ertönt dieser Vorwurf gerade aus dem Lager der Linken, dem jede Regung nationaler Selbstvergewisserung wie die neuerliche Empfängnis des "noch fruchtbaren Schoßes" erscheint.

Eine bemerkenswerte Ausnahme macht hier die luzide Schrift des linken italienischen Geschichtsphilosophen Domenico Losurdo. Er legt kurz und schlüssig dar, daß es sich beim Stereotyp vom "deutschen Sonderweg" um "idealistischen, reaktionären Unsinn" handelt. Denn, so Losurdo, "wir können zwar sagen, daß das deutsche Volk einzigartig ist, aber das gilt ebenso für alle anderen Völker". Es ist eine Absage an Günter Grass' Verdikt: "Deutschland denken heißt Auschwitz denken". Wie dieser verdrängt auch ein Teil der politischen Elite, daß der Faschismus keine exklusiv deutsche Erscheinung war. Vielmehr, so die Vermutung Losurdos, diene der Vorwurf vom "deutschen Sonderweg" dazu, der Bundesrepublik gegenüber den USA und Israel eine Vasallenrolle aufzunötigen.

Fatalerweise werde dies durch "eine gewisse Linke" befördert, die den Begriff der Nation nur dann wiederentdecke, "wenn es sich um die pauschale Verurteilung der Deutschen handelt". Dabei habe Karl Liebknecht 1913 die "Vaterlandslosigkeit" und den "vollkommenen Apatriotismus" gerade des Kapitals als ein Gebaren angeprangert, "das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt".

Nicht zufällig seien auch Lenin und Gramsci als "große Theoretiker der Hegemonie gleichzeitig die beiden großen Theoretiker der nationalen Frage" gewesen. Indem Losurdo zudem den Massenmörder Mao Tse-tung oder Ho Chi Minh und Fidel Castro als Gewährsleute anführt, läuft er Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Das aber wäre schade, denn seine faktenreiche Auflistung der insbesondere US-amerikanischen Einflüsse auf den Rassismus des Dritten Reiches sind schwerwiegend. Dies gilt - neben dem Modell der "white supremacy" - auch für die importierte Figur des "Untermenschen", die 1922 vom Eugeniker Lothrop Stoddard in dessen Schrift "The Revolt against Civilization. The Menace of the Under Man" eingeführt wurde. Alfred Rosenberg bewunderte diese Klarheit mehrfach.

In seinem "Mythus des 20. Jahrhunderts" feierte er die USA als Vorbild: als ein Land, dem das Verdienst zukomme, den "neuen Rassestaatsgedanken" formuliert zu haben, den es jetzt nur noch praktisch umzusetzen gelte.

Domenico Losurdo: Die Deutschen. Der Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact-Reihe Nr. 15. Kai Homilius Verlag, Berlin 2010. ...<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>... Und heute? ... (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "auserwählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwil-

lig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten? Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärte am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>... Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

Der deutsche Jurist Konrad Löw schrieb am 1. Januar 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Falsche Moralapostel beherrschen die Szene**

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert. Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. ...

Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.

In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter - also die Vorfahren - ehren",

"Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.

Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.

Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument

Die Canossa-Republik

Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."

Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen. Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen – weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. ...

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik.

Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldskult. ...

Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:

"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden – aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst."

Es verwunderte nicht, daß Meris Berliner Rede vom deutschen Establishment kühl aufge-

nommen wurde, denn dieser kluge Freund der Deutschen legte die Finger in die geistigen Wunden des großen Volkes in Mitteleuropa, das 1945 die schwerste Katastrophe seiner Geschichte erlitten hatte: sein so häufiges politisches Unvermögen, von dem seine Geschichte immer wieder berichtet, und seine kompensatorische Neigung zur Flucht in hypermoralische Praxis und lautstarke moralische Betroffenheit. Dagegen postulierte Meri, daß gute und erfolgreiche Politik nur mit Selbstachtung betrieben werden kann, ohne Tabuisierung der eigenen Geschichte und Tradition.<<

Wilhelm von Gottberg, ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule, schrieb am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>Der 8. Mai will nicht vergehen

Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute

Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtlosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.

Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten. Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.

Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.

Rund elf Millionen Wehrmachtsoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.

Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.

Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.

Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der

schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.

Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Februar 2012 (x887/...): >>Im Grunde selber Schuld

Tagung fragt "War die 'Vertreibung' Unrecht?" ...

Während das Zentrum gegen Vertreibungen nicht so richtig vom Fleck kommt, formieren sich die Kräfte in Deutschland, die das Verbrechen der Vertreibung relativieren und verdrängen wollen. Dies geschieht sogar mit finanzieller Unterstützung vom Staat und unter dem Mantel staatlicher Förderung. Dabei kommen Vereinigungen zum Tragen, die ganz offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. ...

Das Motto lautete: "War die 'Vertreibung' Unrecht? Die Umsiedlungsbeschlüsse des Potsdamer Abkommens und ihre Umsetzung in ihrem völkerrechtlichen und historischen Kontext." In der Einladung hieß es: "Bitte haben Sie Verständnis, daß wir wegen der erforderlichen Fördermittel eine Teilnehmerliste mit Anschrift und Unterschrift benötigen." Also wurde die Veranstaltung mit dem gesponsert, was in linken Kreisen "Staatsknete" heißt. Was also bekamen die Steuerbürger von der Veranstaltung, bei der kein Vertreter der Betroffenen geladen worden war, geboten?

Die einführenden Worte von Christoph Koch von der Freien Universität gaben der Veranstaltung die inhaltliche "Marschrichtung" vor. ... Die Deutschen hätten sich selbst vertrieben, so das Fazit seiner Ausführungen. ...

Die Vertreterin der Deutsch-Polnischen Akademischen Gesellschaft kritisierte pauschal die Charta der Heimatvertriebenen und befand, die Vertreibung sei das Resultat deutscher Verbrechen gewesen und schließlich habe es ja einen sehr großzügigen Lastenausgleich gegeben. ...

Der in Gießen lehrende Völkerrechtler Thilo Marauhn gelangte allerdings in seinem Vortrag zu dem Endergebnis, daß der Menschentransfer völkerrechtswidrig gewesen sei. Von einer Sonderregelung zu Lasten der Deutschen hält er nichts. Er hatte das Recht von heute rückblickend betrachtet, die Römischen Statuten, das Genfer Abkommen von 1949, die Nürnberger Prozesse, die Potsdamer Beschlüsse und schließlich die Haager Landkriegsordnung, und diesen Schluß gezogen. ...

Die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, SPD, legitimierte sich durch ihre Geburtsstadt Preßburg als "Vertriebene", um dann ihren verstorbenen Parteikollegen Peter Glotz für sein Engagement für das Zentrum gegen Vertreibungen zu kritisieren. Dann sprach sie über das Heimatrecht der wegen des Braunkohletagebaus umzusiedelnden brandenburgischen Dorfbewohner. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2013 (x887/...): >>Halbe Wahrheit ist ganze Lüge

Alfred M. de Zayas erweitert "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle"

Obwohl "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" bereits 1979 erschienen ist, ist die

achte, erweiterte Auflage keineswegs eine "olle Kamelle!" Jeder, dem keine der früheren Ausgaben gegenwärtig ist, wird das Buch auch heute noch, mit Gewinn in die Hand nehmen.

Vom April 1995 bis Oktober 1999 wurde die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt. Die Wehrmacht wurde als verbrecherische Organisation dargestellt, also negativer als sie die Siegermächte in Nürnberg beurteilt hatten. Vor allem dem polnischen Historiker Bogdan Musial ist es zu verdanken, daß die Ausstellung ihr abruptes Ende fand.

Wieder ist es ein Ausländer - Alfred M. de Zayas ist ein US-Amerikaner -, der uns mit einer Wirklichkeit vertraut macht, über die jeder politisch aufgeschlossene Deutsche Bescheid wissen sollte. De Zayas ist über jeden Zweifel erhaben, die Geschichte zu Gunsten Deutschlands umschreiben zu wollen. Dementsprechend waren die Rezensionen der ersten Auflagen fast überschwenglich. "Eine der wichtigsten Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte", schrieb damals "Die Welt". Bis heute gab es keine Anregungen, die Fakten oder die Sichtweise des Autors zu korrigieren. Aber ob es heute noch verbreiteten Beifall gibt?

Ja, Wehrmachtsangehörige haben schwere Verbrechen an Zivilisten und Gefangenen begangen, und derlei war nicht die seltene Ausnahme. Doch zweierlei gilt es zu berücksichtigen: Auch die Alliierten haben sich insofern versündigt, und Wehrmachtsangehörige mußten mit harten Strafen rechnen, wenn sie ohne Weisung von ganz oben ihre Pflichten schwer verletzen. Nicht wenige wurden, weil sie sich an Fremden vergangen hatten, von deutschen Militärgerichten hingerichtet.

De Zayas betont nachdrücklich, daß ihm jedes Aufrechnen fernliegt. Aber halbe Wahrheit ist ganze Lüge. Kein Verbrechen wird durch vorausgegangene Verbrechen der anderen Seite gerechtfertigt.

De Zayas' Resümee lautet: "In Tausenden von richterlichen Ermittlungen stellte die Wehrmacht-Untersuchungsstelle fest, daß Wehrmachtssoldaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Deutsche Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene sind völkerrechtswidrig auf allen Kriegsschauplätzen erschossen worden, vor allem in der Sowjetunion ..." Wichtig ist auch zu wissen, daß, wie Zayas betont, "die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte und justizkonforme Dokumentation betrieben hat".

Alfred M. de Zayas: "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg", ... Beltheim-Schnellbach 2012 ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014: >>**Der Selbsthaß blüht**

Der "häßliche Deutsche" lebt. Und es sind die Deutschen selbst, die inzwischen am eifrigsten damit beschäftigt sind, ein Zerrbild ihrer selbst am Leben zu erhalten. Als Nationalneurose wirkt die Kriegspropaganda aus zwei Weltkriegen verinnerlicht in den Köpfen der Besiegten weiter - vom Unbehagen an der eigenen Identität über das Mißtrauen politischer und medialer Eliten gegenüber dem eigenen Volk bis zum manifesten Selbsthaß.

Mit ihrem zynisch-vulgären "Deutschland verrecke!" - "Nie wieder Deutschland!" - "Bomber Harris, do it again!" überschreiten die autoaggressiven National-Borderliner aus der linksextrremen "Antifa-Szene" mitunter selbst die Geschmacksgrenzen der linksliberal-postnational sich dünkenden "richtigen Mitte".

Die radikalisierten Bürgerkinder sind in ihrem auf die Spitze getriebenen Nationalmasochismus freilich Fleisch vom Fleische einer politisch-medialen Klasse, in der die Verächtlichmachung des Eigenen und die permanente innere Distanzierung vom eigenen Volk zum guten Ton gehört. Der neue Deutsche ist stolz auf seine vermeintlich weltoffene und kosmopolitische Einstellung.

Deutsche Tugenden im Ausland geschätzt

"Typisch deutsch" gilt in weiten Teilen der Welt noch heute als Ausdruck der Anerkennung. Man schätzt deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz - dieser uns immer noch umgebende Ruf ist übrigens von Amerika bis Asien ein wesentliches Argument, deutsche Maschinen, Anlagen, Automobile und Industrieprodukte zu kaufen, mithin ein Grundpfeiler unseres noch immer beachtlichen Wohlstands. Wer Werte schafft, hört solche Komplimente durchaus gern, der diskutierenden Klasse sind sie unangenehm.

Da wird dann barsch zurückgewiesen, was freundlich und höflich gemeint war, und der eifernde deutsche Rechthaber, der sich sein schönes Negativbild vom eigenen Land nicht trüben lassen will, steht auf einmal wieder so da, wie er auf gar keinen Fall sein möchte: "typisch deutsch".

So typisch deutsch wie jener nachmalige SPD-Chef Oskar Lafontaine, der als Nachwuchssozialist dem aus der Weltkriegsgeneration stammenden Bundeskanzler Helmut Schmidt entgegenhielt, seine "deutschen Tugenden" seien "Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ leiten" könne.

Da ist er, der Holocaust- und Kriegsschuldkomplex, der jedem deutschen Fluchtreflex aus der eigenen nationalen Identität unausgesprochen zugrunde liegt. Im vergifteten Klima der ersten Nachkriegsjahre gaben junge Deutsche, die in der dänischen, niederländischen oder französischen Provinz umherreisten, sich schon mal als "Österreicher" aus, um Anfeindungen zu entgehen. Der Fluchtreflex hat sich, aller beschworenen Versöhnung zum Trotz, vererbt.

Gravierende politische Konsequenzen

Man könnte geradezu eine Psychotypologie der Deutschen aufstellen, je nach den Völkern, in deren Haut man gerne schlüpfen möchte, um nur ja die eigene, mit dem ewig empfundenen NS-Makel behaftete, hinter sich zu lassen: die Atlantiker, die gern die besseren Amerikaner wären, die Zivilisations-Europäer, die sich französisch verfeinert fühlen möchten, die Toskana-Linken, die ganze Landstriche des deutschen Sehnsuchtslandes aufkaufen, die nach Harmlosigkeit gierenden Bullerbü-Deutschen, die Volvo fahren, um in einem Stück der skandinavischen Heimat von Michel und Pippi vom dritten Weg zu träumen, und nicht zu vergessen diejenigen, die dem eigenen "Tätervolk" am konsequentesten zu entkommen suchen und sich eine jüdische Ersatzidentität zulegen, sei es als Konvertiten oder auch nur per Künstlernamen und gesellschaftlichem Engagement.

Man könnte dies als "typisch deutsche" Grübeleien und Selbstbeschäftigung einer in der Seele tief verletzten Nation der allmählichen Selbstheilung überlassen, fände der unterschwellige deutsche Selbsthaß im luftleeren Raum statt und hätte er nicht laufend gravierende politische Konsequenzen. Der wohl fatalste Typus sind jene Deutschen, die aus der deutschen in eine nebulöse europäische Identität zu fliehen versuchen.

Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten.

Deutschlands politische Eliten sind vermutlich die einzigen in Europa, die tatsächlich an die Überwindung des Nationalstaats durch die "Vereinigten Staaten von Europa" oder dergleichen glauben. Die Opfer, die sie dafür zu bringen bereit sind, von der allzu bereitwillig aufgegebenen eigenen Sprache bis hin zu Währung und Wohlstand, werden gern angenommen, die ersehnte Erlösung vom Deutschsein wird trotzdem nicht gewährt. Wenn es ernst wird, winkt doch wieder die "ewige" deutsche Schuld, um den Deutschen zusammenzucken zu lassen.

Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet

Den Reflex nutzen nicht nur griechische Demagogen, sondern auch aggressive Jungorientalen, die wissen: Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet und darf

obendrein auf öffentliches Verständnis hoffen. Vom freudig begrüßten Einwanderer als "Scheiß-Deutscher" geschmäht zu werden, ist Migrantensalz in die Identitätswunde des guten Deutschen, der doch gerade keiner mehr sein wollte und sich vom Multikulturalismus die finale Befreiung von der Last der nationalen Identität erhofft hat.

Hundert Jahre nach der Geburt des "häßlichen Deutschen" aus dem Geist der britischen Kriegspropaganda sollte es an der Zeit sein, Schuld kult und Nationalneurosen allmählich abzustreifen. Die unangenehme Seite des "typisch Deutschen" ist heute der Schuldstolz, der sich lustvoll selbst an den Pranger stellt, wo andere längst differenzierter hinschauen.

Nicht jeder sieht in uns noch immer den ewigen "Nazi", wenn wir diesen nicht selbst beständig kultivieren, instrumentalisieren und ausnutzen lassen. Ein Volk, das sich weigert, in das 21. Jahrhundert mit einer gefestigten Identität zu gehen, wird das Ende dieses Jahrhunderts vielleicht nicht mehr erleben.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>"Versteinertes Besatzungsrecht"

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"

... Preußische Allgemeine Zeitung: Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde. Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

Preußische Allgemeine Zeitung: Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt. Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016 (x887/...): >>"Blind und wehrlos"

Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht

Ist der "Schuld kult" zum Willen nach Selbstauf lösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.

Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen

tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.

Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.

Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.

Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistieren soll.

Wenn die Selbstaufgabe zugunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden.

Denn dann ist erwiesen, welche selbstzerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.

Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

... Obwohl die Bundesrepublik 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft. Die berüchtigten UN-Feindstaatenklauseln wurden nicht gestrichen. Somit bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt. Die Regierung um den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kämpfte noch um Souveränitätsgewinne. Auch aus den Reihen der SPD waren damals noch patriotische Töne zu hören. Im Laufe der Jahrzehnte verstummten diese Stimmen gänzlich. Bandulet zitiert in seinem Buch zustimmend den britischen Historiker Niall Ferguson, der die von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein "einvernehmliches System von Kriegsreparationen" nannte.

Immer wieder belegt Bandulet Einflußnahmen der US-Regierung auf die aktuellen Geschehnisse in Europa. Beim Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2010 habe Bundeskanzlerin Merkel zunächst noch vorgehabt, sich an die Kriterien des Maastrichter Vertrags zu halten, der eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung ablehne: "Dann klingelte das Telefon aus Washington, Merkel wurde von Präsident Obama bearbeitet - und fiel um. Seitdem läuft die vertragswidrige Euro-Rettungsmaschinerie."

Die Ausplünderung der Bundesrepublik geht weiter. Weil das Land, wie es Buchautor Bandu-

let belegt, zwar formaljuristisch "frei" sei, aber geistig-moralisch immer noch gefangen ist. "Die tonangebenden europäischen Eliten betreiben planmäßig eine Politik, die darauf hinausläuft, im Zeichen des Multikulturalismus die Homogenität der Nationalstaaten zu unterminieren." Die Abschaffung Deutschlands - das Hauptziel dieser Politik. Und alles mit deutschem Geld.

Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten, 19,95 Euro<<

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 1. November 2016: >>"Über Grenzen"

... Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?

taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?

Hans Rösner: Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.

taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?

Hans Rösner: Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.

taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?

Hans Rösner: Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.

taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?

Hans Rösner: Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.

taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.

Hans Rösner: Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.

Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes

taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.

Hans Rösner: Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<

Schlußbemerkungen

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"

_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. ...

Die BRD als US-Bundesstaat

Woran arbeiten Sie derzeit?

Rolf Hochhuth: Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

Um was geht es darin?

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945. Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlusses durch die SED-Verbrecher.

Sie sind ein zorniger Mann und schreiben Sätze wie diese hier zum Raubtierkapitalismus: "Nie hat er sich, der in der BRD längst schrankenlos ausartet - in meiner Jugend undenkbar -, so ehrlich und schäbig geoutet, wie heute durch den Abriß der Kudamm-Bühnen. Er ist verbrennungsreif! Doch keine Illusion. Da helfen keine parlamentarischen Korrekturen, sondern nur noch Mord und Totschlag." Mir ist da ein bißchen mulmig: Ist das nicht ein Aufruf zur Gewalt?

Rolf Hochhuth: Diese Forderung, die ich höchst ungern ausspreche, dennoch leider als legitim anerkennen muß, stammt von dem erzkonservativen Historiker Jacob Burckhardt in Basel. Der hat in seinem bedeutendsten Buch über die Weltgeschichte, das je vor Spenglers Untergang des Abendlandes erschienen ist, festgehalten - so wörtlich: "Der Mord ist ein Hilfsmittel, da man bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel Richter in eigener Sache wird."

Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

Wen kann man noch wählen?

Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. ...<<

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am 6. Dezember 2019 während ihrer Rede im ehemaligen NS-Vernichtungslager Auschwitz (x354/90): >>... An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren - das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar; und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewußt zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat.<<

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten. Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 30 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x077/79) = Verletzungen von Menschenrechten, Seite 79.

x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4</u> . Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten</u> . Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen</u> . Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x265	Courtois, Stéphane u.a.: <u>Das Schwarzbuch des Kommunismus</u> . Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfälle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.

x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust</u> . Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.

Internet

x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html – September 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x904	https://de.wikipedia.org/wiki/Denkmal_f%C3%BCr_die_ermordeten_Juden_Europas – März 2019